

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, der 10. November 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Einzelnummern in die Post-Verkaufsstellen. Unter Anruf für Deutschland und Österreich 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonietabelle oder deren Raum 90 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berlangungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile Wort 20 Pf. (zwei Zeilen 40 Pf. Wort), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ercheint täglich außer Montags.

Auf zum Massenprotest!

Das tolle Schauspiel, das am Donnerstag der Reichstag bot, macht es dem Proletariat zur dringendsten Pflicht, die Friedensdemonstrationen am kommenden Sonntag zur wichtigsten Kundgebung des

klaren und unerschütterlichen Willens des Proletariats zu machen!

Ein sinnloser Kriegstaumel raste sich in der Reichstags-Sitzung aus und wird am Freitag seine Fortsetzung finden. Die Wortführer der bürgerlichen Parteien wiederholten all die verbrecherischen Hetzphrasen, von denen in den letzten Wochen und Monaten die bürgerliche Presse widerhallte. Der kolonialen Raubpolitik wegen soll das deutsche Volk, soll Europa in eine

wüste Massenmecherei

getrieben, in

furchtbarste Barbarei und wirtschaftlichen Massernin

gestürzt werden, wenn die Ventagier und Kaufleute unserer herrschenden Klassen nicht befriedigt wird!

Die „Königs-“ und „regierungstreuen“ Parteien wollen Regierung und Krone gegen ihre Ueberzeugung

zum Krieg zwingen!

Wie Gliederpuppen sollen sie nach der Weife der Agrarier und Panzerplatteninteressenten tanzen und zu den ungeheuerlichsten Verbrechen am Volke, an Gefittung und Kultur getrieben werden!

Freilich: Krone und Regierung ernten jetzt nur, was sie gesät haben!

Solange haben sie selbst zum Wettrüsten unserer imperialistischen Handelspolitik gedrängt, bis ihnen die entfesselten Mächte des Chauvinismus und der Abenteuerpolitik

über den Kopf zu wachsen drohen!

In diesem aberwitzigen Treiben, diesem Taumel eines gröbstenwahnsinnigen Akerpatriotismus hat das Volk der Arbeit als

eherner Fels

zu stehen, an dem sich die Kriegsbeher die Köpfe einrennen! Je lauter die dreiste Sippe der Prozentpatrioten ihr Scharfmahergeräusch erhebt, desto lauter muß auch die Stimme der Vernunft und der Volkswohlfahrt sich vernehmen lassen. Millionenstimmig muß der Ruf erschallen:

Wir wollen Frieden!

Nieder mit allen Kriegstreibern!

Die 12 Massenversammlungen, die das Berliner Volk der Arbeit am Sonntag veranstaltet, werden schärfsten Einspruch erheben gegen den Raubzug und die entsetzlichen Barbareien Italiens in Tripolis. Aber der Protest gilt nicht der italienischen Raubpolitik allein, sondern richtet sich gegen das

imperialistische Schreckensregiment überhaupt!

In allen Ländern zugleich protestiert das Proletariat gegen das System der kolonialpolitischen Volksauslaugung und Völkerverfleischung! Wie deutsche Redner im Ausland gesprochen haben, so werden auch die

Vertrauensmänner der ausländischen Arbeiterbewegung

in Berlin dem Willen der internationalen Sozialdemokratie Ausdruck geben.

An das arbeitende Volk Berlins ergeht deshalb der Ruf:

Erscheint in Massen!

Dem aberwitzigen Kriegsgeheul antworte der Empörungsschrei des Volkes!

Der Kanzler in der Luftschwebe.

Das eine fünfjährige Ergebnis des ersten Tages der Marokkodebatte im Reichstag ist, daß der Reichskanzler von Bethmann Hollweg keine Partei zu seiner Unterstützung hinter sich hat.

Er schwebt isoliert in der Luft; nur Herr von Aiderlen-Waechter umklammert ihn noch die Weine. Aber dieser Ballast ist am allerwenigsten geeignet dazu, den haltlosen Kanzler auf festen Boden zu ziehen. Die Parteien der Rechten, das Zentrum und die Konserwativen, die bisher seine parlamentarische Stütze bildeten, denen er noch in der Teuerungsbearbeitung, koste es was es wolle, nach dem Munde redete, haben ihn zwar nicht völlig preisgegeben, aber ihre Redner gaben doch mit süß-saurer Miene zu verstehen, daß sie nur deshalb nicht offen mit ihm brechen, weil ihre patriotische Pflicht sie abhalte, dem Auslande das Schauspiel der Herabwürdigung der Reichsregierung zu geben. Der wahre Grund ist natürlich der, daß sie einen so dienstbeflissenen Wahlmacher so schnell, wie sie ihn brauchen, nicht wieder kriegen.

Man merkte es dem Kanzler auch deutlich an, daß von Anfang an ihm keine Isoliertheit zu Bewußtsein gekommen war. Dadurch, daß die Erörterung der Frage nicht an Interpellationen geknüpft, sondern als Beipredung des Vertrages auf die Tagesordnung kam, war es Herrn von Bethmann möglich, als erster Redner die zu erwartenden Anklagen vorweg widerlegen zu können, so gut oder so schlecht wie das gelingen wollte. Was die sachlichen Darlegungen der Marokkogeschichte anbetrifft, so konzentrierte sich das Interesse des Hauses auf die kritischen Punkte, die zum Teil bis dahin noch völlig unaufgeklärt waren und auch durch Bethmanns Erläuterungen keineswegs zweifellos klargestellt sind. Vor allen Dingen handelt es sich um die Entsendung des „Panther“ nach Agadir. Zwar keinen Beifall bei den Patrioten, aber stürmische Geiterkeit bei den Sozialdemokraten erregte Bethmann Hollweg, als er mit starker Stimme die Worte in den Saal hinausgeschmettete: Wir provozieren und bedrohen niemand. Die Entsendung des „Panther“ hätte nur den Zweck gehabt, Frankreich darüber zu verständigen, daß die deutsche Regierung die deutschen Untertanen zu schützen gewillt sei. Dieser Zweck des Kanonenbootes sei unmittelbar vor dem Eintreffen in Agadir den Mächten durch die deutsche Volkshoheit kundgegeben worden. In keiner Weise sollte damit ein Anspruch auf Landerwerb in Südmorokko angemeldet werden. Wiederholt nahm der Kanzler überhaupt im Laufe seiner Rede Anlaß, mit großem Nachdruck zu betonen, daß die deutsche Regierung niemals die Absicht gehabt hätte, auf Landerwerb in Südmorokko auszugehen. Mit dieser einen Erklärung erzielte der Kanzler Beifall bei der Sozialdemokratie, die anderen Parteien bewahrten ein eisiges Schweigen; aber die Sozialdemokraten wollten auch nur dadurch ihre Abneigung gegen Kolonialerwerb zum Ausdruck bringen, ohne der sonstigen Politik des Kanzlers ihre Zustimmung zu geben.

Diese bethmannische Versicherung tugendhafter Entschlossenheit steht nun leider mit zwei anderen Tatsachen in Widerspruch, den der Kanzler nicht aus der West geschafft hat. Die eine Tatsache ist die, daß der englische Schatzmeister Lloyd George seine bekannte Rede über den Vantberisprung ganz zweifellos unter der Voraussetzung gehalten hat, daß eine Festsetzung Deutschlands in Agadir oder in Südmorokko beabsichtigt werde. Dies Verhalten des englischen Ministers bleibt völlig unerklärlich, wenn wirklich die deutsche Regierung der englischen glaubhaft gemacht hätte, daß mit der Entsendung des „Panther“ kein Landerwerb und kein Flottenstützpunkt geplant wurde.

Ebenfalls steht die Tatsache zu Bethmanns Tugendbeteuerung im Widerspruch, daß um die Zeit des Vantberisprungs im Auswärtigen Amt einer Anzahl Pressevertreter versichert wurde, daß eine Politik der mehr oder weniger verhüllten Besignahme von Teilen Marokkos eingeleitet werden solle. Verschiedene Teilnehmer an dieser Besprechung sind bekanntlich bereit, selbst vor Gericht zu erhärten, daß sie in diesem Sinne informiert wurden. Selbst wenn nicht ein Beamter des Auswärtigen Amtes selbst, sondern ein zu solchen Zwecken gewohnheitsgemäß gewählter Mittelsmann jene Informationen gegeben hat, bleiben sie doch an dem Auswärtigen Amt hängen. Denn gerade, wenn es der Regierung gar nicht ernst damit war, wenn sie diese Informationen nur zum Zweck der Stimmungsmache in die Welt schickte, um sie zu gelegener Zeit zu dementieren, so hat sie damit nur bewirkt, daß man im Ausland ihr Verhalten nicht nach ihren schon stilisierten diplomatischen Erklärungen, sondern nur nach ihren wirklichen Taten beurteilt und deshalb den Vantberisprung als eine „Bedrohung und Provokation“ aufsahte.

So hat denn der Reichskanzler durch die Art und Weise, wie er diese Frage behandelte, nur das allgemeine Mißtrauen gegen seine Politik gesteigert. Er kann jetzt zehnmal versichern, daß nie und nimmer ein Gebietserwerb in Südmorokko beabsichtigt war, der Vantberisprung und die Zeitungsinformationen sprechen zu beredt das Gegenteil. Sollte beides aber nur ein Bluff sein, so haben der Kanzler und sein Gehilfe Aiderlen sich selbst die Falle gegraben, in die sie hineingeklumpt sind.

Sachlich hatte der Kanzler ja gegenüber den Schreipatrioten recht, als er fragte, ob denn irgendjemand ernstlich gewillt gewesen sei, einen Krieg wegen Marokko zu führen. Aber wenn die Regierung selbst eine solche Absicht nicht hatte, dann durfte sie ja auch nicht einen Augenblick den Schein erwecken, als ob es ihr nicht darauf ankomme, Deutschland in einen brudermörderischen Krieg mit Frankreich und England zu stürzen.

Nicht minder unglücklich schnitt der Kanzler ab, mit dem Versuch, den Lindequist-Konflikt aufzuklären. Er spielte die ganze Sache auf eine Art Disziplinbruch des Herrn Lindequist und einer Indiskretion des Kolonialamtes hinaus. Die Vorbringung dieser bürokratischen Eitelkeitsfrage konnte aber nicht veruschen, daß die sachliche Differenz, die zum Ausschneiden Lindequists führte, in dem Kongovertrage zu suchen ist. Darin aber, daß diese Kongovertrage nur ein Danaergeld für das Deutsche Reich wird, stimmen mit Herrn v. Lindequist wohl die sämtlichen Parteien des Reichstages überein.

Der annehmbarste Teil seiner Darlegungen war noch die Rechtfertigung und Erringung wirtschaftlicher Zugeständnisse für Deutschland in gleicher Weise wie für die übrigen Mächte in Marokko. Verschiedentlich im Laufe seiner Rede versuchte Bethmann die konserwativen Votanten in Bewegung zu setzen, indem er gelegentlich einen Appell an die Kriegervereinsgefühle einflößt. Er hatte aber nur einmal Erfolg damit, als er erklärte, daß Deutschland zu Lande und zu Wasser vollaus für jeden Krieg gerüstet sei. Dieser Beifall war um so charakteristischer für den Beifallsspenden wie für den Beifallserzenger, als es doch nur eine hohle Modomontade ist, wenn ein deutscher Staatsmann so leichten Herzens von der Erzbereitschaft zu einem gleichzeitigen Seekriege mit Frankreich und England rekonniert. Als er dann aber am Schlusse seiner Rede sich niederlegte, gelang es ihm nicht, ein einziges Bravo zu erzeugen, eiliges Schweigen im ganzen Hause kennzeichnete seine Isoliertheit.

Für das Zentrum sprach der Freiherr v. Hertling, für die Konserwativen Herr v. Seydebrand. Beide regierungsparteilichen Reden zeugten von einer höchst lauen Grundhaft, die mit ironischen Bitterkeiten gespickt waren. Der Zentrumsjührer gab seinen Ausführungen aber noch eine besondere Note, indem er dem armen Bethmann als so eine Art unglücklichen Erben der Bülowischen Marokkoeffenschaft halbwegs entschuldigte. Sonst hatte er seine Rede auf den patriotischen Ton gestimmt. Mit drohendem Stürmungszeln gegen das Ausland, insbesondere England, sicherte er einem verehrungswürdigen Publikum am Hofe den Bewilligungserweise seiner Partei zu.

An patriotischem Gedrohn ließ es natürlich auch Herr v. Seydebrand nicht fehlen. Als er aber dazu überging, von der Opferwilligkeit seiner Partei an Blut und Gut zu schwafeln, erinnerten ihn zornige Zurufe aus den Reihen der Sozialdemokratie an den junkerlichen Liebesgabenmacher und den bewährten Unwillen der Edelfien und Vesten, bei Steuerbewilligungen in das eigene Portemonnaie zu greifen.

Schon Herr von Hertling hatte sich für Kommissionsberatung der eingebrachten Anträge erklärt und auch zu verstehen gegeben, daß unbedingt die Verfassung des Reiches die Genehmigung solcher Verträge mit dem Reichstag erforderlich mache. Mit größter Entschiedenheit erhob diese Forderung dann Genosse Bebel, indem er die Abneigung, die Herr von Seydebrand dagegen durchblicken ließ, im Gegensatz stellte zu dessen Geschwafel über die Würde und Ehre der Nation. Bebel richtete an den Junkerführer unter stürmischem Beifall der Sozialdemokratie die Frage, ob er es denn verträglich halte mit der Ehre und Würde der Nation, daß der Deutsche Reichstag bei der Entscheidung über solche wichtigen Fragen einfach ausgeschaltet werde. Die Behauptung des Herrn von Seydebrand, daß die Junker auch ihr eigenes Blut für das Vaterland zu opfern bereit seien, beleuchtete er in ihrem Verhalten bei der Frage der Erbschaftsteuer und der Versicherung des Herrn von Oldenburg, daß die Konserwativen dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts niemals die Bewilligung über ihr Portemonnaie auszubändigen würden.

Bebel ließ dann die ganze unwürdige Kriegsbeherie der Patriotenpresse Spieghelrunten laufen und kritisierte auf das schärfste das ganze widerprüchsvolle Gebaren der Regierung in der Marokkofrage. Er schloß seine eindringlichen Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß das neue Abkommen, weit entfernt den Frieden zu sichern, nur das Betrüben fördern würde. Die von den bürgerlichen Parteien getriebene kapitalistische Kolonialpolitik müsse aber notwendigerweise zum Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft führen.

Nachdem noch Passermann gesprochen, wurde die Debatte auf Freitag vertagt.

Fortschreitende Zerietzung.

Die Desorganisation in den obersten Regierungskreisen macht reichende Fortschritte und nimmt gefährlichen Charakter an. Gestern die Revolte eines Staatssekretärs gegen den verfassungsmäßig allein verantwortlichen Reichskanzler, heute eine Demonstration kaiserlicher Prinzen gegen die Politik der Regierung und des Kaisers!

Das deutsche Volk muß nicht nur das persönliche Regiment über sich ergehen lassen, den unfähigen bürokratischen Absolutismus ertragen — es erwächst ihm noch die Gefahr, daß sein Schicksal zum Spielball wird der Ribalitäten der obersten Reichsbeamten und des verfassungswidrigen Treibens unverantwortlicher höfischer Kamarillen!

Die Nachricht der „National-Zeitung“, daß der Kronprinz nach Verständigung mit seinen Brüdern und der Kaiserin beim Kaiser gegen die Politik des Reichskanzlers auftreten wolle, wird von einer ganzen Anzahl Blätter wiedergegeben und bestätigt.

So schreibt die „Post“:
„Wir können aus eigener Kenntnis der Dinge hinzufügen, daß bereits zur Zeit des Höhepunktes der Marokkofrise der Kronprinz und seine älteren Brüder (mit einer Ausnahme allerdings) ihrem Bedauern über unsere amtliche Politik rückhaltlos Ausdruck gegeben und aus ihrer Ueberzeugung kein Hehl gemacht haben, daß unser ängstliches Zurückweichen gegenüber der anmaßenden Haltung Frankreichs den praktischen Bedürfnissen Deutschlands kaum entsprechen dürfte. Eine Aenderung in der Ueberzeugung der Prinzen ist seitdem unseres Wissens nicht eingetreten.“

Ebenso bestätigt das „Verl. Tagebl.“ die Meldung der „Nat.-Ztg.“ und die „Vossische Ztg.“ schreibt:

„Es sei richtig, daß der Kronprinz an die übrigen Prinzen geschrieben, sich scharf gegen das Abkommen ausgesprochen, einen nichts weniger als verherrlichenden Ausdruck über Herrn v. Bethmann Hollweg gebraucht habe. Der Brief sei im Umlauf und werde den Weg in die Öffentlichkeit finden.“

Demgegenüber hätte es an sich schon wenig Bedeutung, daß das kronprinzliche Hofmarschallamt folgendes Dementi erläßt:

„Wotsdam, 9. November. Die von der „Nationalzeitung“ gebrachte Notiz, nach der der Kronprinz eine gemeinsame Aktion mit seinen Brüdern gegen den Reichskanzler plant, entspricht nicht den Tatsachen.“

Das Dementi ist ja recht vorsichtig abgefaßt und ließe zu allerlei Mutmaßungen Raum. Aber solcher bedarf es nicht mehr. Der Kronprinz persönlich hat sich der Aufgabe unterzogen, die Widerlegung vorzunehmen. Er hat einen mehrtägigen Urlaub genommen, um den Reichstagsverhandlungen beizuwohnen, und in der heutigen Sitzung hat er für seine Politik öffentlich und nachdrücklich demonstriert.

So oft die Herren v. Hertling und Seydebrand für den früheren Staatssekretär v. Bindequist und gegen den Reichskanzler Stellung nahmen, applaudierte der Kronprinz und gab durch lebhaftes Kopfnicken seine Zustimmung zu erkennen. Der Kronprinz ging aber noch weiter: bei allen nationalpolitischen Stellen, die sich gegen Frankreich und England richteten, bei allen kriegerischen Phrasen demonstrierte er seine Zustimmung. Der Satz des Herrn v. Hertling: „Unsere Friedensbeteuerungen werden im Auslande für Schwäche gehalten“, erhält den kronprinzlichen Applaus nicht minder als der Appell des Herrn v. Seydebrand an das „deutsche Schwert“, das allein die Stellung Deutschlands sichern könne.“

Der Kronprinz demonstriert vor dem versammelten Reichstage gegen die verantwortliche Regierungspolitik, er schreut nicht davor zurück, in den schwierigsten und gefährlichsten Fragen internationaler Politik prononcierte Stellung zu nehmen, in unser heikles Verhältnis zu England und Frankreich in einem Moment störend einzugreifen, in dem ein schwieriger Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt scheint! Die Alldeutschen, deren schädlichen Einfluß auf unsere auswärtige Politik man kennt, gegen die heute selbst Herr v. Bethmann scharfe Worte finden mußte, haben seit langem den Kronprinzen als einen der Ihren in Anspruch genommen. Sein heutiges Verhalten scheint ihnen recht zu geben.

Der Kronprinz glaubt also mit seiner Stellung vereinbaren zu können, gegen die verantwortliche Politik des Reiches öffentlich demonstrieren zu können. Damit wäre aber eine verfassungswidrige Nebenregierung gegeben, die das deutsche Volk nicht ertragen kann, nicht dulden wird. Diese Zustände sind in der Tat unhaltbar. Es muß verlangt werden, daß augenblicklich Ordnung geschaffen, daß verfassungsmäßige Zustände — sie sind ja ohnehin schlecht genug — wiederhergestellt werden. Das heutige Auftreten des Kronprinzen wird ohnehin dem deutschen Volke noch genug Schaden bringen. In England und Frankreich wird der künftige Deutsche Kaiser vor vornherein als eine Drohung betrachtet werden. Die deutschen Arbeiter, die sich des Wortes von den „Elenden“ noch sehr wohl erinnern, haben keine Lust, zum Objekt einer Politik zu werden, die außerhalb der Verfassung steht. Das ist unerträglich, das ist unmöglich!

Saben die heute Herrschenden nicht die Kraft, schnelle und gründlichen Wandel zu schaffen, nun, dann wird das deutsche Volk selbst nach dem Rechten sehen müssen.

Die „Germania“ gegen den Kronprinzen.

Das Zentrumsblatt schreibt über die Meldung der „National-Zeitung“, die sie amtlich dementiert zu sehen wünscht, folgendes:

„Wenn der Kronprinz den Marokko-Unterhandlungen sein eingehendes politisches Interesse zugewandt hat, so wird es ihm gewiß nicht unbekannt geblieben sein, daß diese Marokko-Unterhandlungen sich genau im Rahmen eines Programms entwickelt haben — es ist von uns schon früher darauf hingewiesen worden — das der Kaiser am 14. Mai d. J. genehmigt hat. Wenn demnach der Kronprinz für seine Person allein oder in Gemeinschaft mit seinen Brüdern eine Opposition gegen den Reichskanzler hätte einleiten wollen, so würde sich diese nicht gegen den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und nicht gegen den Staatssekretär v. Siderlen, sondern im letzten Grunde gegen den Kaiser selbst richten. Es wäre eine Ungehörigkeit, das beim Kronprinzen auch nur als möglich anzunehmen, zumal er bei der strengen Auffassung von der militärischen Disziplin auch für die politische Disziplin zweifellos ein großes Verständnis besitzen wird.“

Wir sind nur neugierig, wie das Zentrum sich zu dem heutigen Auftreten des Kronprinzen im Reichstag stellen wird.

Uebel über den Kronprinzen.

Am 22. Januar 1908 setzte sich Uebel in einer berühmt gewordenen Rede mit den Angriffen auseinander, die Wilhelm II. im Verlaufe der Krupp-Affäre gegen die Sozialdemokratie gerichtet hatte. Dabei fielen einige Worte auch für den Kronprinzen ab, die heute sehr aktuelles Interesse finden werden. Uebel sagte nach dem stenographischen Protokoll:

„Meine Herren, nicht genug damit, daß der Kaiser so gegen uns redet, nun kommt gar noch sein Sohn, der Kronprinz des Deutschen Reiches, und macht es ihm nach. Dieser junge, 20jährige Herr kommt und redet von unserer Partei als von Elenden. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Ja, was hat denn dieser junge Herr eigentlich für Verdienste, daß er sich überhaupt herausnehmen kann, in diesem Ton von der deutschen Sozialdemokratie zu sprechen. (Stürmisches Sehr gut! links und große Heiterkeit.) Wenn man uns die Partei der Elenden nennt, ach, wir ärgern uns nicht darüber; schließlich wird dieser Name ein Ehrenname für uns genau so, wie der Name „Geusen“, Wetzler, ein Ehrenname geworden ist für den holländischen Adel und das holländische Bürgertum, als die spanischen Eroberer in Lande kauften, und es im Kampfe mit diesen fand. Da akzeptierte man das Schimpfwort Wetzler, Geusen, als Ehrennamen. Vielleicht beschließt nächstens ein sozialdemokratischer Parteitag: wir nennen uns künftig: Partei der Elenden! (Stürmisches Bravo! bei den Sozialdemokraten.)“

Damit werfen wir dem Herrn den Handschuh ins Gesicht. Ich meine aber, der junge Mann hätte zunächst Besseres zu tun, als Reden zu halten und solche Angriffe gegen uns zu schleudern. (Lebhaftes Bravo! links.) Meine Herren, dieser junge Mann, der vorläufig nach menschlicher Berechnung noch lange Zeit hat, bis er auf den Thron kommt, sollte doch etwas Besseres zu tun wissen, als schon in jungen Jahren sich als den grimmigsten Feind der deutschen Sozialdemokratie auszuspielen. Ich meine, das könnte seiner Zukunft als künftiger Deutscher Kaiser vielleicht nicht einmal sehr förderlich sein; denn mittlerweile dürfte die deutsche Sozialdemokratie noch eine ganz andere Machtposition erobert haben als heute, und er darf dann vielleicht nicht mehr wagen, von uns als den „Elenden“ zu sprechen.“

Zur Reichstagswahl.

Kartell zwischen Zentrum und Nationalliberalen am Niederrhein.

In Duisburg finden Ende dieses Monats die Stadtverordnetenwahlen statt. Bisher war es unseren Genossen nicht möglich, in das dortige Stadtparlament einzudringen, so daß sich der Kampf um die Mandate lediglich zwischen Zentrum und Nationalliberalen abspielte. Vor 2 Jahren gelang es unseren Genossen zum ersten Male, eine Stimmenzahl von über 1200 zu erreichen, wodurch sie das Jünglein an der Wage bildeten und zugunsten der Liberalen den Ausschlag gaben. Auch bei den bevorstehenden Wahlen war als ziemlich sicher anzunehmen, daß unsere Genossen gleichfalls gegen das Zentrum gestimmt haben würden, zumal doch die politische Situation inzwischen sich noch mehr zugunsten der Liberalen verschoben hat. Nun macht aber die nationalliberale und die Zentrumspresse plötzlich bekannt, daß beide Parteien sich auf gemeinsame Kandidaten (!) geeinigt haben. Man will aus „höheren Rücksichten“ keine Wietracht in die Reihen der Bürgerschaft bringen! Diese Verbrüderung geht sogar so weit, daß man auch einen Vertreter der Hirsch-Dunderscher Gewerkschaftsaktion mit auf die gemeinsame Liste gesetzt hat, obwohl die Hirsch-Dunderscher in der Stadt Duisburg ohne jede Bedeutung sind. Und die Herren von der fortschrittlichen Volkspartei sind gleichfalls einverstanden! Also wird ein eigentlicher Kampf um die Stadtverordnetenmandate diesmal überhaupt nicht stattfinden, sondern nur eine Verschönerung der Mandate. Es ergibt sich daraus, daß höchstwahrscheinlich am Niederrhein der schwarzblaue Bloß mit den Nationalliberalen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen gemeinsame Sache machen wird. Lediglich der Stadtverordnetenmandate halber hätten die Nationalliberalen kein Bündnis mit dem Zentrum eingegangen brauchen, denn nur diese beiden kommen als Konkurrenten in Betracht. Und daß unsere Genossen in der sicher zu erwartenden Stichwahl nicht zugunsten des Zentrums entscheiden würden, wissen die Nationalliberalen ganz genau. Also muß das nationalliberal-zentrumliche Kartell für die Reichstagswahlen am Niederrhein so gut wie abgeschlossen sein. Daß sich auch die fortschrittliche Volkspartei an diesem Handel beteiligen würde, haben wir freilich nicht erwartet.

Wahlvorbereitungen in der Provinz Posen.

Während die Sozialdemokratie längst ihre Kandidaten in allen 15 Wahlkreisen der Provinz Posen aufgestellt hat, sind die bürgerlichen Parteien noch immer nicht fertig damit. Die sogenannten Kompromißverhandlungen zwischen den Konservativen und Nationalliberalen sind trotz wiederholter gegenseitiger Meldung nicht zum Abschluß gekommen. Vorläufig ist als gemeinsamer Kompromißkandidat für den Wahlkreis Krotoschin der Justizrat Hampel-Krotoschin aufgestellt. Für den Wahlkreis Bromberg haben die Konservativen den bisherigen Abgeordneten Schulz nominiert. Die Liberalen tragen sich dort immer noch mit dem Gedanken, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Was jetzt hat es ihnen aber an der Courage gefehlt. Im Wahlkreis Kolmar-Garnikau-Filshöhe ist wieder der konservative Gutbesitzer Ritter aufgestellt. Im Wahlkreis Birsch-Schubin verhandeln die Nationalliberalen noch mit dem Generalsekretär des Zentralvereins der ober-schlesischen Industriellen Dr. Volk-Kuttowich wegen der Kandidatur. Im Wahlkreis Fraustadt-Lissa stellen infolge eines Sonderabkommens die Freisinnigen den Sommerkandidaten aller Bürgerlichen mit Ausnahme des Zentrums. Den bisherigen Vertreter Kolbe hat man fallen lassen und an seine Stelle den Buchdruckereibesitzer Wagner aus Posen aufgestellt.

Die Polen sind mit der Aufstellung der Kandidaten noch nicht fertig. Unter ihnen scheint der Streit über die Besetzung noch an Schärfe zugenommen zu haben. Zu erwarten ist, daß ähnlich wie bei der Nachwahl in Posen-Stadt sich in einzelnen Wahlkreisen zwei polnische Kandidaten gegenüberstellen werden.

Neubesetzung der sozialdemokratischen Kandidatur in Breslau-Ost.

Eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau beschäftigte sich mit der durch den Rücktritt des Genossen Schäß notwendig gewordenen Kandidatenaufstellung.

Die Reichstagskandidatur wurde einstimmig dem Genossen Pauer-Verlin, 2. Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften, übertragen.

Zur Kandidatur Wagem in Arefeld.

Das Arefelder Zentrumsblatt behauptet, das Zentrum denke nicht daran, den gegenwärtigen Vertreter Dr. Pieper fallen zu lassen und den früheren Vertreter Dr. Karl Wagem wieder aufzustellen.

Dazu bemerkt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

„Dann muß im Schoße der Arefelder Zentrumsparlei seit Montag eine völlige Umkehr stattgefunden haben! In der „glanzvoll“ verlaufenen Versammlung in der Stadthalle, die eine einzige Guldigung für Karl Wagem darstellte, rief der Parteivorstand Johann Blum, nach dem Bericht derselben Rheinisch-Westfälischen Volkszeitung aus: „Wir hatten zurzeit das Verdienst und die Freude, den jungen Dr. Wagem zu entdecken, mögen wir auch jetzt die Freude haben, ihn dem parlamentarischen Leben wiederzugeben!“

Der Krieg.

Zur Kriegslage.

Rom, den 6. November 1911. (Fig. Ver.)

Tripolitanien ist annektiert, ein neuer Jahrgang unter die Waffen gerufen und die ganze Situation erscheint verschärfter, ein Ausweg schwächer als je. Offenbar will man das Angebot ehrenhaften Friedens, das der Türkei gemacht wird, durch die Drohung unterstreichen, die das neue Aufgebot von nahezu 100 000 Mann einschließt. Aber keiner glaubt recht an den Frieden, obwohl sich für ihn in den industriellen Zentren Italiens eine sehr energische Strömung geltend macht.

Die öffentliche Meinung glaubt nicht an den Frieden, weil sie sehr wohl einsieht, daß die Türkei sich den Weg zum Rückgeben verweigert hat, indem sie durch systematische falsche Kriegsberichterstattung im türkischen Volke den Glauben aufkommen und bestehen ließ, daß die Kämpfe um Tripolis zugunsten der hohen Porte ausgefallen seien. Die falsche Berichterstattung der Türkei ist nun aber nur durch die falsche Berichterstattung Italiens möglich oder doch wirksam geworden. Es liegt auf der Hand, daß in Kriegszeiten die militärtechnischen Nachrichten einer Zensur unterworfen werden müssen. Was hat aber diese Zensur mit der törichtesten Verheimlichung der tatsächlichen Ereignisse und vor allem mit der Vertuschung der Verluste zu tun? Dadurch, daß Italien von Anfang an lächerliche und durchaus unglaubwürdige Verlustzahlen bekannt gab, hat die Regierung den Glauben in die offizielle Berichterstattung ganz und gar erschüttert.

Weiter zweifelt man in Italien an der Möglichkeit baldigen Friedens, weil die öffentliche Meinung sich mit Entsetzen bewußt wird, daß die Schrecken des Krieges heute eine Erbitterung gezelligt haben, die die Eingeborenen zum Kampfe bis zum äußersten antreibt. Auch über die Kriegsgrenzen mögen Legenden im Umlaufe sein. Aber die Wirklichkeit, wie sie die bürgerliche Presse Italiens ausdrücklich zugestimmt, ist so erschrecklich, übersteigt so sehr die Grenzen des Vorstellbaren, daß man sich wirklich nicht um ihre Verstärkung in Unkosten zu stürzen braucht! Dem „Giornale d'Italia“ zufolge sind schon am 24. Oktober in Tripolis

„mehrere tausend Uebelthäter erschossen oder gefangen genommen worden“. Die konservative „Stampa“ berichtet mit folgenden Worten über einige Hinrichtungen, eben nur einen kleinen Abschnitt des endlosen blutigen Films, den die Kulturträger jetzt in Afrika sich abrollen lassen.

„Ein Ehepaar, zwei prächtige Exemplare der arabischen Rasse und gleichzeitig tüchtige Waffentäger, wurde vor die übliche Mauer gestellt, vor der schon im letzten entsetzlichen Kampf zusammengezogen, die Leiche eines Sudanesen lag, der auf wenige Schritte Entfernung auf einen Arzt geschossen hatte. Die beiden Gefangenen zeigten weder Furcht noch Abscheu. Sie saßen einander bei der Hand und beteten dann. Nachdem sie den Bewehrungen den Rücken gewandt hatten, ertönte das Kommando: Feuer auf den Mann! Ein Knattern, ein jähes Aufflammen, dann mußte die Frau des Gatten Hand freigeben, der nach kurzem Wanken tot zusammengebrochen war. Sie stand regungslos. Ohne ein Schauern erwartete sie den Tod. Eine zweite Salve zermettete ihr die Hirnschale. ... Ein alter Mann mit Feuer in den Augen und einer ergrissten Starbheit in den Zügen stürzte wenige Augenblicke später über die anderen Leichen zusammen, von 20 Kugeln getroffen. Mit priesterlicher Beredsamkeit streckte ein junger Mann dreimal die Hände zum Himmel und rief: Allah, Allah, Allah! Eine fürchterlich häßliche Alte mußte nackt ausgezogen (!) werden, weil sie eigenhändig Patronen und Dohle unter ihren sinkenden Pumpen verbarg. Sie wurde sofort getötet. Die Leichen blieben in den fürchterlichen Stellungen des Todeskampfes der glühenden Sonne ausgelegt. ... Unsere Soldaten sind trunken vor Rache.“

Und das ist noch nicht das Schrecklichste. Nicht genug, daß sich das „Giornale d'Italia“ nicht schämt, einen Brief zu veröffentlichen, in dem geraten wird,

die Kriegsgefangenen aufzuhängen,

weil der Tod durch Erschießen zu wenig geeignet sei, ein Exempel zu statuieren; auch das Kommando selbst scheint mit dem Massenmord durch Feuerwaffen nicht zufrieden. Die Araber sterben gar zu ruhig, halb stumpf und halb verzückt; es heißt, daß seit zwei Tagen die handrechtlichen Hinrichtungen mit dem Säbel vorgenommen wurden! Als Schlichter verwendet man also die Soldaten, lehrt sie in Menschenblut baden, hält sie an, den Stahl ruhig und auf Kommando in den lebendigen Leib wahrloser Menschen stoßen! So sieht die „Kultur“ aus, die Italien nach Afrika bringt; so wird die Kultur aussehen, die dereinst die Zurückkehrenden in ihre Heimat mit zurücknehmen werden!

Nun hält zwar die italienische Presse der auswärtigen entgegen, daß kein europäisches Land es bei einem Kolonialkrieg anders gemacht hätte. Das ist schon richtig, aber dieser Einwand sollte nur den Hurrapatrioten in Deutschland, Oesterreich usw. den Mund stopfen, die morgen ein Gleiches tun und ein Gleiches bejubeln würden. Die sozialistische Presse brandmarkt nicht die Grauel der italienischen Kriegsführung, sondern die der Kriegsführung überhaupt, nicht die Völsfert der Individuen, sondern die Inhumanität des Systems!

Die Situation in Tripolis.

Nach den Verstärkungen, die die Italiener inzwischen erhalten haben, wodurch ihre Truppenzahl auf 85 000 Mann gedroht worden ist, scheint die Möglichkeit eines erfolgreichen Angriffs der Türken und Araber auf Tripolis ausgeschlossen zu sein. Die Pläneleien dauern noch fort. Die Italiener verstärken ihre Stellungen durch neue Ausgrabungen, Verhau und Stacheldrahtzäune.

Ein energische offensive Bewegung, ein Vorrücken in das Innere denkt indessen die italienische Heeresleitung selbst nicht. Sie will erst im Frühjahr den Krieg nach dem Innern verlagern. Sie wird dann auch erfahren, daß die Eingeborenen, die sich bereits vor den Toren von Tripolis so heldenmütig geschlagen haben, bei dem Kleinkrieg im Innern des Landes erst recht überaus gefährliche Gegner sind!

Die Verluste der Italiener.

Nach einer Meldung eines Korrespondenten Berliner Blätter sollen die Verluste der Italiener viel höher sein, als die offiziellen Zahlen angeben. Allein in Tripolis betrage die Zahl der Toten, Verwundeten und Verstorbenen bis zum 8. November gegen 2000. Die Cholera verbreitete sich sehr stark.

Die Unruhen in Tanis.

Tanis, 9. November. (W. L. B.) Die Zahl der Opfer der hiesigen Unruhen, die in die Krankenhäuser gebracht sind, beträgt

18 Tote und 41 Verwundete; es ist jedoch unmöglich, die Zahl der abigen Opfer anzugeben, da die Arbeiter die Toten und Verwundeten soviel als möglich verbergen. Der Aufruhr hat übrigens keineswegs den Charakter einer fremdenfeindlichen Bewegung oder einer Erhebung gegen die Regierung von Tunis. (2) Das Innere des Landes ist völlig ruhig. (3) Die wahre Ursache der jüngsten Ereignisse liegt in der hochgepannten Erregung, die bei Italienern und Arabern durch die einander widersprechenden Kriegsnachrichten aus Rom und Konstantinopel hervorgerufen war. — Sehr „diplomatisch“ gefaßt.

Die Revolution in China.

Die Fortschritte der Revolution haben nunmehr dazu geführt, daß die Rebellen die ganze Linie des Jangtse von Schanghai bis Tschang in ihren Händen haben. Auch die Städte im Süden des Jangtse werden in kurzem in ihrem Besitz sein. Die Revolutionäre von Schanghai versuchen von den Konsuln die amtliche Anerkennung zu erhalten.

Unmittelbare Gefahr für die Dynastie bedeutet aber die Tatsache, daß in Nordchina die Revolutionäre allmählich die Oberhand gewinnen. Die dritte Tschangschun-Division in Langtschau, die eine Stärke von 6000 Mann haben soll, hat beschloffen, auf Peking zu marschieren. Kein Wunder, daß die Vorbereitungen zur Flucht bei Hofe mit aller Energie betrieben werden.

Die Zerstörung von Hankau.

London, 9. November. Wie jetzt aus Hankau gemeldet wird, sind zwei Drittel der Stadt durch Feuer zerstört. Die Verluste werden auf 10 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Gegen 400 000 Personen sind ohne Mittel.

Das Geld der Kaiserin.

Peking, 8. November. Die Regierung teilt mit, daß die Kaiserin Witwe dem Finanzminister drei Millionen Taels Gold für die außerordentlichen Ausgaben übergeben hat.

Es wird auch angekündigt, daß die dritte Division auf dem Wege nach Peking ist, man glaubt jedoch, daß auch diese Truppen sich weigern werden, mit den Rebellen zu kämpfen. Ein Trainwagen der dritten Division geht mit reichlicher Munition nach den Gräbern der Ming-Dynastie ab, um deren Entweihung zu verhindern.

Futschau, 9. November. Futschau ist nach kurzem Widerstand in die Hände der Aufständischen gefallen. Der Vizekönig und der Tatarengeneral sind entkommen. Die Damen wurden niedergebrannt. Alle Fremden sind wohlbehalten und in Sicherheit.

Nach Peking!

Hankau, 9. November. Die Lage im Jangtsetal ist sehr kritisch, da General Li, der Kommandant der revolutionären Truppen, sich bis jetzt ständig geweigert hat, mit Huanschi-Tai betreffs des Abchlusses eines Waffenstillstandes auf Grund des Befehls in Unterhandlungen zu treten, vielmehr haben die Revolutionäre den Vormarsch auf Peking beschloffen. In der Umgebung von Hankau fanden verschiedentlich kleinere Gefechte statt. Während die Stimmung der royalistischen Truppen eine mehr und mehr niedergeschlagene wird, wächst bei den Revolutionären das Vertrauen in die Zukunft, und Defektionen sind bei den Kaiserlichen an der Tagesordnung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. November 1911.

Das Zentrum und die Marokkofrage.

Die „Tägliche Rundschau“ leistet sich das Vergnügen, an verschiedenen Aeußerungen führender Zentrumsblätter nachzuweisen, wie das Zentrum in den verschiedenen Phasen der Marokko-Affäre seine Ansichten gewechselt hat — je nach dem politischen Wind, der durch die offiziellen Regierungsblätter weht.

Als der Marokko-Enthusiasmus einsetzte, zeigte sich zunächst die Zentrums-Presse gewaltig kriegerisch gemint. Mit geschraubten Worten fordert sie ein Stück Marokko und falls die Franzosen darauf nicht eingehen sollten, den schönen Kampf für Deutschlands Ehre. So schrieb am 7. September die fromme „Germania“:

„So! Herr v. Kiderlen in seinem „Desinteressent“ so weit gehen, daß er ganz Marokko den Franzosen einfach als Kolonie anbietet, so dürfte eine Entrüstung nicht nur in alldeutschen Kreisen sich erheben, von deren Stärke man sich in der Wilhelmstraße wohl keine richtige Vorstellung gemacht hätte.“

Am 9. September betonte die „Kölnische Volkszeitung“:

„Wenn Krieg geführt werden muß, so sollen unsere Ailingen lustig in der Sonne blühen.“

Und die Erzberger-Presse schrieb zum Sedantage („Sächs. Volkszeitung“ Nr. 200):

„Hinter der Regierung steht geschlossen das deutsche Volk, dieses fordert, daß die deutsche Ehre gewahrt wird, mag der Weg auch zum zweiten Male Sedansbegeisterung nahebrücken: ein Reich, ein Heer, ein Volk.“

Einen Monat später aber ist diese Presse wie umgewandelt; kühl bis ans Herz hinan bespricht die „Kölnische Volkszeitung“ die Lage, und was nicht zufrieden ist, erhält von ihr in Nr. 949 vom 6. November das höhnische Wort „Neurotiker“ ins Gesicht geschleudert. In einem Täuschungsversuch über die „wahre Volkstimmung“ schreibt sie: „Man hüte sich, mit Stimmungen zu rechnen, die vielleicht vor Monaten einmal in unserem Volke oder einem großen Teile desselben lebendig waren, es heute aber jedenfalls nicht mehr sind. Lasse man sich darüber durch die Aufgereiztheit einzelner, namentlich Berliner Blätter nicht täuschen! Diese Blätter spiegeln nicht die wahre Volkstimmung wider. Diese Presse ist nicht die wirkliche öffentliche Meinung, ebensowenig wie Berlin gleichbedeutend mit Deutschland. Und es ist gut, daß es so ist, denn man müßte ja sonst glauben, wir seien ein Volk von Neurotikern geworden!“

Und die „Germania“, die am 7. September der Regierung klarmachte, daß ein Sinibergleitenlassen Marokkos in die Hand Frankreichs eine Erbitterung hervorrufen würde, von der sich die Herren in der Wilhelmstraße keine Vorstellung machen könnten, diese selbe „Germania“ schreibt heute — wir haben unsere Leser schon von dieser moralischen Selbstentleerung des näheren Kenntnis nehmen lassen — die klassischen Worte:

„Wir können es nicht tadeln, daß unsere Diplomatie zu einem Verzicht auf Marokko sich schließlich bereit gefunden hat. Im Prinzip ist Deutschlands Ehre und Ansehen gewahrt, und das ist immerhin ein glücklicher Ausgang zu nennen.“ —

Die „Tägliche Rundschau“ bemerkt zu dieser feilen Rechenschaftsfrage des Zentrums: „Eine solche nackte Schamlosigkeit ihren Lesern anzubieten, so in ihrer Schande vor aller

Welt und am lichten Tage bloß zu gehen, darf sich freilich nur die Presse des Ultramontanismus unterziehen.“

Wir vermögen uns in Anbetracht der völligen moralischen Korruption der Zentrums-Partei über diese Leistungen ihrer Presse nicht im geringsten zu wundern. Sie entsprechen genau der inneren Verlogenheit und Charakterlosigkeit dieses konfessionellen Parteigebildes. Um sich die Gunst der Regierung zu sichern, sind die Wortführer des Zentrums bereit, ihre Seelen sogar dem Teufel Vitru zu verschreiben — vorausgesetzt, daß dieser nach solchen Schmutzfeelen Verlangen trägt.

Furcht, aber keine Besserung.

Die durch die Politik der schwarzblauen Regierung heraufbeschworenen Verhältnisse haben Unzufriedenheit auch in die Reihen der Staatsarbeiter bis weit in das Beamtenum hinein getragen. Mit Entsetzen müssen die Behörden zusehen, wie die Staatsarbeiter in öffentlichen Versammlungen den Vertretern der Sozialdemokratie zuzuheln, den einzigen Politikern, zu denen sie noch Vertrauen haben. Statt aber den Ursachen der Unzufriedenheit nachzuspüren und für Abhilfe Sorge zu tragen, glaubt man in Verwaltungskreisen gewohnheitsweise alles durch ein angeschlagenes Blatt Papier wieder einrenken zu können.

Die Königl. Eisenbahndirektion Berlin erließ an ihre Bediensteten folgende

Bekanntmachung.

Die sozialdemokratische Partei ist unausgesetzt bemüht, mit allen Mitteln — sei es durch Verbreiten tendenziöser Schriften, Einberufen von Versammlungen, unbefugtes Eindringen ihrer Agitatoren in Eisenbahnversammlungen und in die Arbeitsstätten — die Eisenbahnbediensteten für ihre Bestrebungen zu gewinnen, das gute Verhältnis zwischen der Verwaltung und den Bediensteten zu zerstören und letztere gegen die Verwaltung aufzubringen. Wir bringen deshalb unsere Warnungen vor der Beteiligung an solchen Bestrebungen in Erinnerung. Als Beteiligung gilt u. a. das Halten und Weiterverbreiten sozialdemokratischer Zeitungen und Schriften (Broschüren usw.), die Mitgliedschaft in ordnungsfeindlichen Vereinen und Verbänden (z. B. der Reichssekktion der Eisenbahner des Transportarbeiterverbandes, sozialdemokratischen Vereinen usw.), die Beteiligung an Versammlungen, die von ordnungsfeindlicher Seite einberufen sind, das Dulden ordnungsfeindlicher Agitatoren in den Dienst- und Arbeitsräumen oder in Versammlungen der Eisenbahnbediensteten usw. Jede derartige Handlung ist mit den nach den „Gemeinsamen Bestimmungen“ von den Staats-Eisenbahnbediensteten übernommenen Pflichten unvereinbar und würde unannehmlich die Auflösung des Dienstverhältnisses zur Folge haben. Wir hegen das Vertrauen, daß dieser Hinweis genügen wird, die Eisenbahnbediensteten von unbedachten Schritten zurückzuhalten und wir erwarten, daß sie sich mit ihrem Anliegen vertrauensvoll auf dem vorgedachten Wege an ihre Vorgesetzten oder an die sonst dafür bestehenden Stellen (Arbeiterausschüsse usw.) wenden werden. Nur auf diesem Wege kann die Erfüllung von Wünschen erwartet werden.

Wenn den Eisenbahnbediensteten schon für „unbedachte“ Schritte die Auflösung des Dienstverhältnisses angedroht wird, so ist dies sicher nicht geeignet, ihr geschwundenes Vertrauen zu der vorgesetzten Behörde wieder wahrzurufen. Die Angestellten sind zur Sozialdemokratie gekommen, weil die Erfüllung ihrer Wünsche auf dem üblichen Instanzenwege sich nicht erreichen ließ. Nun zittert die Verwaltung vor der Sozialdemokratie. Statt aber dieser den Boden durch die weitgehenden Zugeständnisse an die Bediensteten abzugraben, droht die Verwaltung mit Vernichtung des Koalitionsrechts! Das zeugt von keiner Besserung und ist höchstens geeignet, die Unzufriedenheit der Eisenbahnangestellten noch zu erhöhen.

Auf den Anschlag der Direktion werden die Eisenbahner mit roten Stimmzetteln antworten!

Die „Thronrede“ in Oldenburg.

Es gehört zum System des sogenannten konstitutionellen Parlamentarismus, daß die Potentaten der deutschen Vaterländer „ihre“ Parlamente mit einer sogenannten Thronrede eröffnen und darin diesen Körperschaften mitteilen, welche Gesetzesvorlagen die Regierung einbringen wollen. So war es auch bei Eröffnung des oldenburgischen Landtages. Selten wohl aber hat eine Thronrede solche Enttäuschungen als diese verursacht, „weil in letzter Zeit eine große Menge Gesetze im Reich und in Oldenburg erlassen sind, dürfte eine zeitweise Einschränkung der gesetzgebenden Tätigkeit erwünscht sein.“ Mit diesen dürren Worten führte sich die „Thronrede“ ein. Dann folgten ein paar Anklindigungen von Gesetzesvorlagen ganz untergeordneter Art. Nichts ist darin enthalten von einer bitter notwendigen, gründlichen Reform des gesamten Gemeindefinanzwesens und der Gemeindeverwaltung, die aus dem Jahre 1873 stammt und die von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes längst überholt ist; nichts von einer dringend notwendigen Reform des Staatsfinanzwesens in der Richtung einer Entlastung und gerechteren Gestaltung des Einkommensteuergesetzes.

Das Volk erwartete gerade von diesem Landtage positive Arbeit. Nicht der Regierung der Blick dafür, so wird es umsomehr Aufgabe des Landtages sein, hier den Dränger zu spielen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Köln.

Aus Köln wird uns geschrieben: Bei der drei Tage dauernden Wahl von sieben Stadtverordneten der dritten Abteilung in Köln erzielte Zentrum 25 000, Sozialdemokratie 18 000, Liberale 4400 Stimmen. Von den 78 000 Wahlberechtigten machten nur etwa 64 Proz. von ihrem Stimmrecht Gebrauch, dank der Öffentlichkeit der Wahl, die aber allein für sich der Zentrumsmehrheit im Kölner Rathaus noch nicht genügt, denn sie hat die Errichtung von Abstimmungsbezirken in den Vororten abgelehnt, so daß in der ein Riesengebiet (mehr als 11 000 Hektar) unaffiliateden Gemeinde Köln alle Wähler, auch aus den entferntesten Außenorten, in das Zentrum der Altstadt müssen, um ihr Stimmrecht auszuüben. Das ist ein Zustand, der in den großen Gemeinden Deutschlands vergebens seinesgleichen sucht, der aber vom Zentrum mit Absicht aufrecht erhalten wird, um den Industriearbeitern der Vororte das Wählen so schwer wie möglich zu machen. Ein wie außerordentlich großes Gewicht das Zentrum darauf legt, die Industriebevölkerung der Vororte möglichst von der Wahl fernzuhalten, das mag man daraus erkennen, daß, als vor einigen Jahren der damalige Oberbürgermeister von Magdeburg, der jetzige preussische Finanzminister Dr. Penze mit Köln wegen Übernahme des dortigen Oberbürgermeisterpostens in Unterhandlung stand, Herr Trimborn diesen verpflichten wollte, nicht ohne Zustimmung beider Fraktionen, der Liberalen wie der Liberalen, Bezirkswahlen in Köln einzuführen. Herr Trimborn ist es auch gewesen, der im Kölner Rathaus den Standpunkt vertrat, „der Geist der Städteordnung“ verlange, daß derjenige, der keine Steuern zahlt, auch nicht wählen dürfe. Ein nationalliberaler Bourgeois, Stadt v. Wassmann, trat dem sozialpolitischen Führer des Zentrums entgegen und belehrte ihn, daß es die Aufgabe der heutigen Zeit sei, nach Möglichkeit die ihm Rahmen der alten Gesetze enthaltenen Härten zu lindern. Welter hielt ein liberaler Juristat dem „Volksmann“ Trimborn eine

Vorlesung über das Jeltalter der Sozialpolitik. Erst später hat das Kölner Zentrum unter dem Druck der öffentlichen Kritik seinen brutal-geldgierigen Standpunkt aufgeben müssen.

Der vom Zentrum in Köln gewaltig aufrecht erhaltene Zustand, daß die Riesengemeinde, die mehr als drei Bezugsstunden im Durchmesser mißt, einen einzigen Wahlbezirk bildet, kommt einer Wahlentziehung weiter Einwohnerkreise gleich. Am Abend des ersten Wahltages war der Andrang zu den Wahllokalen derart lebensgefährlich, daß viele Hunderte von Arbeitern unrichtiger Dinge wieder in die Außenorte heimfahren mußten.

Gegenüber der vorigen Wahl stiegen die Stimmen des Zentrums von 18 800 auf 25 000, die sozialdemokratischen Stimmen von 10 600 auf 18 000, die Liberalen von 4000 auf 4400, so daß das Zentrum um 98, die Sozialdemokraten um 23 und die Liberalen um 10 Proz. zunahm. Die Stärke des Zentrums beruht neben seinem unglaublich gut ausgebauten Organisations- und Schlepptapparat in der neben dem zahlreichen Kleinbürgertum vorhandenen großen Masse von Kleinbeamten der Post, der Eisenbahn, der städtischen Straßenbahnen usw., die fast ausschließlich vom Lande heringewandert sind; alles Leute, die völlig unter dem Einfluß der im Dienste des Zentrums arbeitenden katholischen Zeitschriften stehen. Was die Zentrums-Presse und die schwarzen Flugblätter diesmal an Verleumdungen der Sozialdemokratie, besonders durch tausendfach widerlegte alte Wahllügen geleistet haben, das sucht in der Geschichte der deutschen Wahlkämpfe vergebens seinesgleichen.

Die Liberalen haben für die Wahl so gut wie gar nichts getan, obwohl ihr Führer Kommerzienrat Dr. Neben Du Mont vor einigen Jahren erklärte: „Wir müssen den Kampf gegen das Zentrum führen, im staatlichen wie im kommunalen Leben, bis zum letzten Atemzuge.“ Das Wort, dessen Eigentümer der Herr Kommerzienrat ist, der in hunderttausend Exemplaren täglich zweimal erscheinende „Stadt-Anzeiger zur Kölnischen Zeitung“, hat lediglich ein paar Nachrichten über die Wahl gebracht, aber nicht die mindeste Agitation getrieben. Der Herr Kommerzienrat wünscht nämlich gerade zu werden; deshalb darf sein Blatt in der dritten Klasse nichts tun, was geeignet wäre, die liberale Stimmzahl so zu erhöhen, daß sich Stichwahlen zwischen Sozialdemokratie und Zentrum ergeben, wobei der Liberalismus in die unangenehme Lage käme, eine Stichwahlparole ausgeben zu müssen. Wenn die Liberalen trotz ihrer Vernachlässigung jeder Wahltagitation die alte Stimmzahl erhalten haben, so kommt das daher, daß mindestens die Hälfte ihrer Stimmen von Leuten stammen, die durch die Öffentlichkeit der Wahl verhindert wurden, sozialdemokratisch zu wählen. Hier liegt die Ursache des prozentual nicht befriedigenden Zuwachses der sozialdemokratischen Stimmen. Die nächste Reichstagswahl in Köln wird zeigen, daß wir recht haben.

Aus dem eßay-lothringischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat beschloffen, die ihr nach ihrer Stärke zustehenden Posten für das Präsidium der Zweiten Kammer der Reichstages zu beanspruchen. Als Vizepräsidenten wird sie den Abgeordneten Wolfer-Strasbourg vorschlagen.

Eine feine Nummer.

Die konservativen Granden lieben es, in der Hofe vornehmer Selbstherrschung über die „raue Agitation“ der liberalen Parteien und besonders der Sozialdemokratie zu räsonieren. Das hindert sie nicht, sich in ihren Wahlversammlungen, wenn sie glauben, es sich leisten zu können, die unflätigsten Ausdrücke zu gebrauchen. So leistete sich, wie die nationalliberale „Kommerische Rundschau“ berichtet, in einer öffentlichen Versammlung zu Rosenfeld, in der am 2. November der nationalliberale Kandidat für Kaugard-Regenwalde sein Programm entwickelte, Herr v. Wangenheim, der Sohn des bekannten Wändlerführers folgende geschmackvolle Stilblüte:

„Als ich vernahm, daß die Nationalliberalen auch in Pommern agitieren, da fragte ich einen Bekannten, der die Verhältnisse kannte: Womit gehen denn die Nationalliberalen nun eigentlich kreden? Etwa mit der Reichsfinanzreform? Möglicherweise, wurde mir da geantwortet. Na, mit der Prämiensteuer und der Liebesgabe, so sagte ich weiter, können sie doch unmöglich ankommen, denn wenn sie das täten, dann würden ja die Hunde das Wein gegen sie hochheben. Und nun kommen sie, wie ich soeben gehört habe, doch damit! Nur gut, daß hier kein Hund im Saale anwesend ist, sonst könnte es ein Malheur geben.“

Schweiz.

Sozialdemokratische Stichwählerfolge.

Zürich, 16. November. (Fig. Ber.) Die am Sonntag in den Kantonen Baselstadt und Neuenburg stattgefundenen Nationalrats-Stichwahlen haben unserer Partei die erwarteten Erfolge gebracht, indem im ersten Wahlkreise unsere Genossen Jäggi, Konsumverwalter, mit 7000 und Frei, Redakteur des „Weseler Vorwärts“, mit 6429 Stimmen gewählt wurden. Das sind Erfolge aus eigener Kraft, wenn auch in diesen Stimmzahlen katholische und demokratische Stimmen enthalten, die sich zu dieser Unterstützung aus eigener Initiative entschlossen, ohne daß irgendein Kompromiß dieser beiden Parteien mit unserer Partei abgeschlossen worden wäre. Unsere Partei ist die stärkste Partei in Basel, und sie hätte eigentlich auf drei Mandate berechtigten Anspruch und nicht nur auf zwei Sitze. Im weitem Abstand von den sozialdemokratischen Stimmzahlen folgen die Bürgerlichen mit 3782 bis 4211 Stimmen, und sind von ihnen drei Freistimmige und zwei Konservative gewählt.

Im Kanton Neuenburg ist unser Genosse Advokat Raine in Chaux-de-Fonds mit der höchsten Stimmzahl von 9007 gegenüber 5750 bis 7785 bürgerlichen Stimmen gewählt. Raine ist in der Hauptsache mit bürgerlichen Stimmen gewählt, da er auf der freistimmigen Liste stand. In seiner Stimmzahl dürften 3000 bis 4000 sozialdemokratische Stimmen enthalten sein. Die sechs anderen Gewählten verteilten sich mit 5 auf die freistimmige und mit 1 auf die konservative Partei.

Die Wahl Raines ist infolgedessen besonders beachtenswert, als er ein ausgesprochener Antimilitarist ist und vor etwa sieben Jahren wegen Dienstverweigerung drei Monate Gefängnis erhielt.

Es sind nun 13 Sozialdemokraten in den Nationalrat gewählt. Sicher ist noch für alle Fälle die Wahl des Genossen Müller in Bern, während die Wahl der übrigen vier noch in der Stichwahl stehenden Genossen zweifelhaft ist. Die noch ausstehenden Stichwahlen finden am nächsten Sonntag statt.

England.

Rücktritt Balfours als Führer der Konservativen.

London, 8. November. Wenn auch Balfour seinen Sitz für die City von London im Unterhause behält, wollte er doch nicht bis zum Ende der gegenwärtigen Session mit seinem Rücktritt warten, zumal ihm die Ärzte die Teilnahme an der Homerule-Kampagne untersagt haben. Dem entsprechend sagte Balfour in einer Versammlung der Konservativen Vereinigung der City, er fühle, daß er einem anderen Mann Platz machen müsse.

Gewerkchaftliches.

Staatsbetriebe — Musterbetriebe.

Tiefgehende Erbitterung herrscht in letzter Zeit wieder unter den Arbeitern der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven über eine Verfügung, die die Verwaltung wegen des Nichtstempeln der Zeitkarten erlassen hat. Bisher wurde jeder Arbeiter, der das Stempeln seiner Zeitkarte unterlassen hatte, mit zwei Stunden Lohnabzug bestraft. Gegen diese harte Maßregel wandte sich wiederholt der Arbeiterausschuß. Schließlich wurde auch eine Prüfung der Beschwerde zugesagt. Aber das Gegenteil von dem, was die Arbeiter erwarteten, ist eingetreten. In geradezu probierender Weise sagt ein Anschlag, daß von jetzt ab das Nichtstempeln der Zeitkarte bei Beginn oder Schluß der Arbeitszeit das erstmalig mit einer Stunde, bei Wiederholung innerhalb eines Jahres seit der ersten Bestrafung das zweite Mal mit zwei Stunden und das dritte Mal mit fünf Stunden Lohnabzug bestraft wird. Bei noch häufigerer Wiederholung innerhalb eines Jahres seit der ersten Bestrafung tritt Entlassung ein. Die gleichen Strafen sind für wiederholtes Falschstempeln oder bei Verwechslung der Zeitkarte festgesetzt. Wenn man bedenkt, wie leicht es vorkommt, daß ein Arbeiter an der Uhr vorbeigeht oder seine Karte verwechselt, so wird man die Empörung über eine solche Maßnahme verstehen. Am Schlusse der Verfügung heißt es noch, daß die Lohnabzüge im Sinne des § 9 der Arbeitsordnung als Bestrafung angesehen sind. Hierdurch wird das Vergehen gegen die Arbeitsordnung aufgehoben und den härtesten Strafen, wie Entzug des Erholungsurlaubes, ja sofortiger Entlassung ist der Arbeiter preisgegeben. Unter solchen Umständen ist es verständlich, wenn immer mehr tüchtige Arbeitskräfte einen solchen Betrieb verlassen und die Beschaffung von Ersatzkräften schwer wird. Wahrscheinlich werden die Werftarbeiter die Zustände in einem Staatsbetrieb in breiter Öffentlichkeit bekannt geben müssen.

Berlin und Umgegend.

Gemeingefährliche Spielereien mit Revolvern

Weder seit einiger Zeit von Bureauangestellten der Firma Elektro-mechanische Industrie, Heim u. Co., Chausseest. 42, betrieben und führten am Mittwoch zu einer schweren Verwundung des Angestellten Berde, der einen Schuß in den Leib erhielt und ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Als der eigentliche Urheber dieses Unglücksfalles muß ein gewisser Max Glaser gelten, der angeblich bei der Firma als Buchhalter tätig ist, der jedoch im Adreßbuch, Panst. 73, als Gasarbeiter aufgeführt steht. Dieser Glaser trägt immer einen Revolver bei sich, und sein Beispiel hat offenbar dazu geführt, daß auch die anderen Leute im Bureau sich erst als rechte Kerle fühlten, als sie auch solch Ding in der Tasche hatten und, gleichwie er, gelegentlich damit herumspielen konnten. Bei solcher Spielerei ist einer der Revolver losgegangen, und es scheint zweifelhaft, ob der, den die Kugel traf, mit dem Leben davonkommen wird. Der erwähnte Glaser aber erschein den, die ihn kennen, aber auch sonst noch als ein Mensch, dem man soweit wie möglich aus dem Wege gehen muß. Er ist nämlich als eine Art Spitzel tätig und offenbar auch zu diesem Zweck von jener Firma eingestellt worden. Nach dem Unglücksfall hat man ihn vom Lohnbureau nach dem Hauptbureau verlegt. Den Arbeitern der Metallindustrie ist der Max Glaser schon von dem Streik bei der Firma Ever Ready am Kottbusser Damm her bekannt. Dort war er während des Streiks als „Arbeiter“ eingestellt, seine Streikarbeit bestand jedoch darin, daß er sich vor dem Betriebe aufhielt und die Schulleute auf die Streikposten aufmerksam machte, die er dann auch, wenn sie von den Beamten fixiert wurden, mit zur Wache begleitete, wo er sich als guter Bekannter mit den Schulleuten unterhielt. Kriminalbeamter ist er jedenfalls nicht. Einer der Streikenden sagte ihm damals direkt ins Gesicht, daß er Achtungsjunge sei, und gab ihm auch noch andere dergleichen Titel, forderte ihn auch auf, ihn zu verlocken; aber, obwohl die Personalien des Streikenden dann auf der Wache festgestellt wurden, ist es zu einer Anzeige nicht gekommen. Als jener Streik durch Verhandlungen mit der Firma beendet wurde, verlangten die Arbeiter dringend die Entlassung des Glaser, und der Direktor Braun erklärte darauf, daß er sich bereits am Tage vorher mit ihm „abgefunden“ habe. Es ist klar, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen von Heim u. Co. auch nicht von der Anwesenheit dieses Menschen in dem Betriebe erbauet sind und keine Lust haben, sich gelegentlich auch einmal eine Kugel in den Leib schießen zu lassen. Sie hielten deshalb gestern Abend eine zahlreich besuchte Betriebsversammlung ab, in der der Fall gründlich besprochen wurde und die allgemeine Entrüstung über das Treiben des Spitzels lebhaft Ausdruck fand. Dringend wurde die Forderung erhoben, daß dieser Mensch aus dem Betriebe entfernt wird, und man wählte schließlich eine Kommission, die heute bei der Firma vorstellig werden soll. Die Versammelten verpflichteten sich, jede Verührung mit dem Menschen zu vermeiden.

Maßregelung von organisierten Gastwirtsgehilfen.

Im „Bahrenhauer Ausschank“ in der Friedrichstraße 71, Ede Taubenstraße, war bekanntlich vor einigen Wochen eine Vereinbarung zwischen dem Inhaber, Herrn Wettermann und dem Verband deutscher Gastwirtsgehilfen zustandekommen. Danach hatte Herr Wettermann sich verpflichtet, seinen Kellnern Kostenschädigung zu gewähren, die Ausgaben für Fondbücher usw. abzuschaffen. Samliche dort beschäftigten Kellner sind Mitglieder des Verbandes. Herrn Wettermann, der allen Anschein nach erst durch einen sanften Druck der „Bahrenhauer Brauerei“ zu Verhandlungen veranlaßt worden war, scheint seine Zunge aber bald wieder leid geworden zu sein. Er begann damit, unter allerhand nichtigen Vorwänden einen nach dem anderen von seinen Kellnern zu entlassen. Gestern nun wurden dreizehn weitere entlassen, nachdem man sie vor die Alternative gestellt hatte, aus dem Verbands auszuscheiden. Die Direktion der „Bahrenhauer Brauerei“ lehnte den Wunsch der Verbandvertreter, Verhandlungen mit dem Pächter ihres Lokals in die Wege zu leiten, bisher ab.

Für organisierte Gastwirtsgehilfen ist dieser Betrieb gesperrt.
Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin I.

Achtung, Schiffszimmerer! Der Unternehmer Dobbertau in Reglin hat den Stundenlohn von 45 Pf. auf 42 Pf. reduziert. Ein Versuch, durch Verhandlung die Sache wieder rückgängig zu machen, scheiterte an dem starren Sinn des Unternehmers. Die bei Dobbertau beschäftigten Schiffszimmerer legten darauf einmütig die Arbeit nieder. Allem Anschein nach ist dieser Vorstoß auf die am Sonntag, den 29. Oktober, in Brandenburg stattgefundene Zusammenkunft der Unternehmer zurückzuführen, in der die Schiffsarbeiter wieder das Wort geführt haben. Bezug von Schiffszimmerern nach Reglin ist deshalb streng fernzuhalten.

Der Streik der Kutsher bei Richter.

Ueber den Streik der Richterschen Kutsher ist zu berichten, daß am Dienstagabend eine große Anzahl der Arbeitswilligen den Betrieb wieder verlassen haben. Andererseits haben auch die Gebrüder Richter verschiedene dieser „nützlichen Elemente“ entlassen, wahrscheinlich weil dieselben allzu unsichere Kantonsisten waren. Da die Unternehmer so wenig Glück mit den bisherigen Arbeitswilligen hatten, scheinen sie es jetzt mit gewerkschaftlichen Streikbrechern versuchen zu wollen. Am Mittwoch früh gelangte auf dem Richtensberger Bahnhof unter Führung

eines Agenten ein Trupp von ungefähr 80 Mann von auswärts an. Im Laufe des Mittwochs vormittag wurden bereits etliche dieser Leute mit Fußwerkeln auf die Tour geschickt. Neben den arbeitswilligen Kutshern sahen Mitarbeiter auf dem Kutsherhof, die man als Kriminalkugelleute erkannt haben will. Diese Herren zeigten sich in ihrer Betätigung als Mitarbeiter jedoch sehr unbeholfen. In der Wägenstraße hatte die Firma Richter für eine größere Fabrik Wenzin anzufahren. Als der Mitarbeiter des Wagens sich bei dem Abladen der Kisten und Fässer gar zu ungeschickt anstellte, rief ihm einer der mitführenden Hausdiener zu: „Na Du stellst Dir ja auch an, als wenn Du in Deinem ganzen Leben noch keine Fässer angefaßt hast. Bequem Dir man een bißchen mehr anzuhaken.“ Der angebliche Kriminalkugelmann soll dann auch eine größere Kanne mit Wenzin im Schweiße seines Angesichts in die Fabrik geschleppt haben.

Wie weiter mitgeteilt wird, hatten diese neuesten Arbeitswilligen aus Bismarck. Die Firma hat die Leute auf dem Hofe in einer leerstehenden Wohnung einquartiert. Die Nachtlager bestehen aus Strohschütten und Decken. Sie erhalten freie Kost und pro Mann 6 R. Die Mieter des Hauses sollen schon lebhaft Klage geführt haben über das Treiben dieser Kolonne, die sich als Herr der Situation fühlt. Nach den Äußerungen der Inhaber der Firma scheinen dieselben selbst nicht allzu viel Wohlgefallen an ihrem neuen Personal zu haben, vor allen Dingen ist der Spatz zu kostspielig. Herr Richter soll auch gesagt haben, die Ausständigen hätten folgende Forderungen gestellt: Eine Arbeitszeit von morgens 6 bis abends 7 Uhr, geregelte Pausen, 30—33 R. Lohn und jeden zweiten Sonntag frei. Obgleich nun diese angeblichen Forderungen nichts weniger denn unerträglich sind, trifft das Gesagte nicht zu. Was die Streikenden verlangt haben ist Anerkennung ihres gesetzlichen Koalitionsrechts und Wiedereinstellung der vier gemahregelten Vertrauensmänner. Weiter nichts.

Die besten Fahrer scheinen die neuen Arbeitswilligen, gerade nicht zu sein, denn einer fuhr dieser Tage in den Straßengraben, und in Westend und Spandau sollen die zu transportierenden Schweine auf der Straße herumgesprungen sein, und es soll große Mühe gekostet haben, sie wieder einzufangen; selbst die Polizeiorgane sollen hierbei — zum Gaudium der Zuschauer — behilflich gewesen sein.

Wenn die Gebrüder Richter glauben, mit den Arbeitswilligen von außerhalb ohne Schädigung ihres Geschäfts auskommen zu können, dann werden sie bald sehen, daß sie auf dem Holzwege sind. Dazu sind die Gefahren für den Kutsherberuf in dem verkehrsreichen Berlin denn doch zu groß. Wenn auch das Portemonnaie dieser Unternehmer sehr groß ist, auf die Dauer werden sie es nicht aushalten, ihre Gespanne in diesen Aufzügen auf die Straße zu schicken. Die Arbeiterschaft Berlins in den größeren Betrieben, Brauereien usw., hat bereits dafür gefordert, daß sie nicht mehr mit den Richterschen Arbeitswilligen in Verührung kommen. Andere Fußgänger haben in diesen Betrieben bereits die Fußtritten übertrugen erhalten. Die Solidarität der Arbeiterschaft zeigt sich auch bei diesem Streik in erfreulicher Weise. Die Arbeiterschaft Berlins wird gebeten, die streikenden Kutsher weiter solidarisch zu unterstützen.

Deutsches Reich.

Neue Kampfpraktiken der Tabakindustriellen.

Die Unternehmer planen weitere Maßnahmen. Jedenfalls auf Anraten des Tabakfabrikantenverbandes versuchen die einzelnen Unternehmer jetzt mit den Arbeitern, besonders mit den Sortierern, langfristige Kündigungen zu vereinbaren, um das Weihnachtsgeschäft noch erledigen zu können.

Die Arbeiterorganisationen fordern daher alle Tabakarbeiter, Zigarrensortierer und Kistenbelleber auf, besondere Kündigungsfristen mit den Unternehmern jetzt nicht zu vereinbaren und so die Maßnahmen der Unternehmer zu durchkreuzen.

Der Rat der Stadt Dresden als Scharfmacher.

Der Stadtrat zu Dresden erließ folgenden Ullas:
Bekanntmachung.

In neuerer Zeit wird wieder versucht, die Bediensteten der städtischen Straßenbahn zum Beitritt in den Transportarbeiter-Verband zu veranlassen.

Das Bestreben dieses Verbandes und seines Organs „Der Straßenbahner“ ist in der Hauptsache darauf gerichtet, Unzufriedenheit zu erregen.

Wie dies schon mündlich und schriftlich der Stabesvertretung der Schaffner und Führer gegenüber geschehen ist, wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Beteiligung am Transportarbeiter-Verband und die Unterstützung derartiger Bestrebungen mit der Stellung der Beamten und der Beschäftigung im Straßenbahnbetriebe unvereinbar ist.

Der Gesamtrat hat daher beschlossen, allen Beamten und Bediensteten der städtischen Straßenbahn den Beitritt zu diesem Verbande, den Besuch der von ihm veranstalteten Versammlungen und die sonstige Unterstützung seiner Bestrebungen sowie das Halten und Verbreiten der Zeitschrift „Der Straßenbahner“ zu verbieten.

Wir fordern daher alle diejenigen Beamten und Angestellten der städtischen Straßenbahn, die zurzeit Mitglieder des Transportarbeiter-Verbandes sind, auf, sofort oder spätestens binnen acht Tagen aus diesem Verbands auszutreten.

Zu widerhandlungen gegen obiges Verbot oder gegen diese Aufforderung werden mit Dienstentlassung bestraft.
Dresden, den 30. Oktober 1911.

Der Rat zu Dresden.

Direktion der Straßenbahn.

Das Koalitions- und Versammlungsrecht und das Recht zum Halten einer Zeitung werden mit einem Federstich den Straßenbahnern genommen bei Strafe des sofortigen Hinauswurfs. Jedenfalls dürfen die Arbeitervertreter im Stadtworordnetenkollegium sich mit diesem Ullas auch noch beschäftigen.

Der Leipziger Steindruckereihilfsarbeitervertrag vor dem Zivilgericht.

Aus Anlaß des Steindruckereihilfsarbeiterstreiks in Leipzig kam es zu Differenzen der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen mit den Steindruckereihilfsarbeitern. Als die Steindruckerei am 8. September kündigte, nahmen die Unternehmer unter dem Hülfpersonal viele Kündigungen vor. In diesen Massenkündigungen sehen die Hilfsarbeiter, den Bestimmungen des Tarifs entsprechend, eine Verletzung des Tarifvertrages, und auch sie kündigten nun in größerer Anzahl und erklärten den Tarifvertrag für aufgehoben. Darin erblickten die Unternehmer einen Tarifbruch und strengten vor dem Landgericht in Leipzig Klage an auf Einhaltung des Tarifvertrages durch die Arbeiter; ferner verlangten sie Schadenersatz. Im ersten Termin vor dem Landgericht erhob der Vertreter der Hilfsarbeiter den Einwand, daß das Zivilgericht für die Klage nicht zuständig sei, da im Tarifvertrage die Bestreitung dieses Rechtsweges angedeutet sei. Das Gericht verurteilte die Verhandlungen zum 8. November.

In dieser neuen Verhandlung am Mittwoch, den 8. November, wies nun die 10. Zivilkammer des Landgerichts in Leipzig den Einwand des Hilfsarbeiterverbandes zurück. Es entschied, daß die ordentlichen Gerichte zur Entscheidung der Frage, ob die von den Arbeitern aufgebundene Tarifgemeinschaft fortzulegen sei, zuständig sind. Das Landgericht erklärte sich somit für kompetent, über den Fortbestand der Tarifgemeinschaft eventuell zu urteilen. Gegen diese Entscheidung wird die Organisation der Arbeiter Berufung beim Oberlandesgericht einlegen.

Lohnbewegung in der Schuhindustrie.

Die Zwider bei der Firma G. L. Weith in Virmosens haben wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt, nachdem die Firma die bereits angeforderten Verbesserungen wieder zurückgenommen und erklärt hatte, daß die Zwider sofort aufhören könnten. Weiter haben

die Zwider bei der Firma Peter Sandmann in der Apostelmühle wegen Einführung des Akkordlohnes in der Zwidemaschinenabteilung die Kündigung eingereicht.

Ausland.

Auch die Schmiede gegen die Civic Federation.

Wie die Bergarbeiter und Mechaniker haben sich nunmehr auch die amerikanischen Schmiede mit aller Deutlichkeit gegen die National Civic Federation erklärt, jene Vereinigung, die die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit anstrebt und zu deren Beamten Präsident Compers der Federation of Labor und andere Gewerkschaftsführer gehören. Auf dem Jahreskonvent der Schmiede, der gegenwärtig in Atlanta tagt, wurde eine Resolution angenommen, die das angebliche Ziel der Civic Federation als Schwindel bezeichnet und den Mitgliedern des Verbandes die Zugehörigkeit zur Civic Federation verbietet.

Letzte Nachrichten.

Keine Reichstagsnawahl mehr.

Cassel, 9. November. Amtlich wird bekannt gegeben, daß die auf den 30. November anberaumte Reichstagsnawahl für den verstorbenen Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg im Reichstagswahlkreise Triptar-Somberg-Ziegenhain aufgehoben worden ist.

Der Protest gegen die koloniale Raubpolitik.

Leipzig, 9. November. (Privattelegramm des „Vorn.“) Die Leipziger Arbeiterschaft demonstrierte heute im Kristallpalast in einer gewaltigen Versammlung gegen den italienischen Raubzug nach Tripolis und den feigen Ueberfall auf türkisches Gebiet. Genosse Dr. Lenz legte in einer wuchtigen, großzügigen Rede die Wurzeln des europäischen Imperialismus bloß, der erst während der Marokkokrise den Weltfrieden gefährdete und jetzt bei dem tripolitaniischen Abenteuer das Volk aufs neue in den Abgrund eines Weltkrieges zu stürzen droht. Die Raubpolitik der herrschenden Gewalten kann nur durch die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat beseitigt werden.

Die Versammlung war schon lange vor Beginn abge-sperrt, in den angrenzenden Straßen stauten sich gewaltige Menschenmassen, die vergeblich Einlaß begehrten.

Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen und die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie geschlossen.

Panik der Italiener in Tunis.

Paris, 9. November. Aus Tunis wird gemeldet, unter der italienischen Bevölkerung herrsche eine große Panik, da dort alarmierende Nachrichten verbreitet seien, darunter das Gerücht, Tausende von Eingeborenen marschierten aus dem Innern des Landes nach Tunis. Eine Bestätigung des Gerüchtes liegt nicht vor.

Tunis, 9. November. Die Nacht ist ruhig verlaufen. Heute morgen sind in Warda vier französisch-seelente von Eingeborenen überfallen worden, wobei ein Seemann getötet und die übrigen drei durch Flintenschüsse verwundet wurden. In Susa und Sfax soll sich eine gewisse Unruhe bemerkbar machen.

Die Verhandlungen mit Spanien.

Paris, 9. November. Der „Temps“ richtet im Hinblick auf die bevorstehenden französisch-spanischen Marokko-Verhandlungen in sehr nachdrücklicher Weise an England die Mahnung, sich in dieser Angelegenheit auf die Seite Frankreichs zu stellen, dessen Forderung, daß Spanien Larraoch und Elksar räumen möge, durchaus berechtigt und loyal sei. England, welches mit Frankreich und Spanien durch Abmachungen und Freundschaftsbände verknüpft sei und an dem französisch-spanischen Vertrag von 1904 mitgewirkt habe, sei ganz besonders dazu berufen, Spanien zu eröffnen, daß es die Loyalität Frankreichs mit gleicher Münze bezahle. Der Augenblick sei gekommen, wo die französisch-englische Solidarität sich bewähren müsse. Möge den Regierungsmännern in London und Paris der Vorwurf erspart bleiben, daß diese Solidarität unfruchtbar geworden sei.

Die Spanier in Tanger.

Paris, 9. November. Das nationalistische Blatt „La Presse“ erklart in der Entzendung des spanischen Kreuzers „Cataluna“ nach Tanger ein Anzeichen dafür, daß der französisch-spanische Streit sich sehr zugespitzt habe. Der Hinweis auf die durch die sanitären Maßnahmen in Tanger hervorgerufene Gärung sei nur ein Vorwand. Die spanische Regierung wolle zeigen, daß sie Tanger als zur spanischen Einflusphäre gehörig ansehe.

Die Annexionsfrage im Unterhause.

London, 9. November. Unterhause. Dillon (Ire) fragte, ob die italienische Regierung der englischen die Proklamation mitgeteilt habe, in der die Annexion von Tripolis verkündet wurde, ferner welche Wirkung die Proklamation nach Auslegung der italienischen Regierung für die Bewohner Tripolitaniens haben würde, die in ihrem Widerstand gegen die Truppen beharrten; ob drittens die englische Regierung die Proklamation anerkannt oder ihr zugestimmt habe, und viertens, ob die englische Regierung bei der italienischen gegen etwaige auf Grund der Proklamation über die Bevölkerung verhängte Strafen protestieren werde. Staatssekretär Grey bejahte die erste Anfrage und erklärte zur zweiten, daß er sie nicht beantworten könne, weil er es selbst nicht wisse. Die beiden letzten Anfragen verneinte der Staatssekretär. Wenn ich eine andere Antwort gäbe, so würde dies eine Einmischung in den Krieg zwischen Italien und der Türkei bedeuten. Dillon fragte weiter, ob die Proklamation bedeuten solle, daß alle, die den italienischen Truppen Widerstand leisteten, als Rebellen behandelt werden könnten. Grey antwortete: Ich kann nicht sagen, welches die Auslegung der italienischen Regierung über die Wirkung der Proklamation ist. Die Proklamation ist, ebenso wie der Protest der türkischen Regierung gegen sie, uns mitgeteilt worden. Das scheint meiner Ansicht nach Dinge zu sein, über die man nichts weiter sagen kann und denen gegenüber man sich alle Rechte vorbehalten muß, so lange die Feindseligkeiten andauern.

In einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey, die englische Regierung habe sich den anderen Regierungen bei der der bulgarischen Regierung abgegebenen Versicherung nicht angegeschlossen, in der erklärt wird, die Regierungen seien überzeugt, daß die Türkei keine aggressiven Tendenzen gegenüber Bulgarien verfolge, nachdem die englische Regierung erfahren habe, daß die bulgarische Regierung vollkommen zufriedengestellt sei durch die von der türkischen Regierung erteilten Versicherungen.

Das Marokko-Abkommen vor dem Reichstage.

201. Sitzung vom Donnerstag, den 9. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten v. Bethmann-Hollweg, v. Kiderlen-Waechter, v. Tirpitz, Delbrück, Fischer, Kraetzke, v. Reitzenbach, Wermuth.

Alle Tribünen sind überfüllt, ebenso die Bundesratsstrassen. Das Haus ist sehr stark besetzt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Sozialdemokraten über die Entlassung von Arbeitern der Reichseisenbahn.

Der Reichskanzler bekann, daß Arbeiter der Reichseisenbahn nach langjähriger durchauszufruchtender Arbeit aus ihrer Arbeitsstelle entlassen wurden, weil sie zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen im Rahmen der bestehenden Reichsgesetze tätig waren? Was gebietet der Reichskanzler zu tun, um solch willkürliches, der Gleichberechtigung der Staatsbürger widersprechendes Vorgehen der Reichseisenbahnverwaltung für die Zukunft unmöglich zu machen?

Preussischer Minister v. Reitzenbach erklärt sich auf die Frage des Reichskanzlers Graf Scherwin bereit, die Interpellation im Laufe der nächsten Woche zu beantworten.

Das Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich.

Es liegen fünf Anträge vor. Die Nationalliberalen und Freisinnigen beantragen eine gesetzliche Klarstellung des verfassungsmäßigen Rechts des Reichstages bei Erwerb und Abtretung von Schutzgebieten mitzuwirken. Die Freisinnigen beantragen außerdem die Vorlegung eines Weißbuchs und die Überweisung des deutsch-französischen Abkommens an die Budgetkommission. Das Zentrum beantragt in das Schutzgebietgesetz die Bestimmung einzuschalten: die Grenzen eines jeden Schutzgebietes können nur durch ein Gesetz geändert werden.

Die Sozialdemokraten beantragen: Die Verbündeten Regierungen zu erlösen:

1. Die deutsch-französischen Abkommen vom 4. November 1911 betreffend Marokko und Äquatorial-Afrika dem Reichstag zu der verfassungsmäßig für ihre Gültigkeit erforderlichen Genehmigung vorzulegen; 2. dem Reichstag ein Weißbuch zugehen zu lassen, das die aus Anlaß jenes Abkommens mit fremden Mächten geschickten Noten enthält; 3. noch in dieser Session dem Reichstag einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, wodurch ausdrücklich der Artikel 11 der Reichsverfassung eine Abänderung dahingehend erfährt, daß alle Verträge mit fremden Staaten zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstages erfordern.

Alle fünf Anträge werden widerspruchsfrei mit zur Beratung gestellt.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg

gibt eine ausführliche Darstellung der letzten Entwicklung der marokkanischen Frage. Die Akte von Algiciras war bestimmt, die Selbständigkeit Marokkos aufrecht zu erhalten, um das Land zu Gunsten des Handels aller dabei beteiligten Mächte wirtschaftlich zu entwickeln. Es zeigte sich bald, daß eine wesentliche Voraussetzung fehlte: ein das Land tatsächlich beherrschender Sultan, in dessen die vorgesehene Reformen durchzuführen. Auch Sultan Mulah Abd vermachte es trotz seiner persönlichen Eigenschaften (Nachen links) nicht. Er geriet immer mehr in fremde Abhängigkeit und wurde deshalb von den Stämmen seines eigenen Landes immer lebhafter befehdet. Dies führte zu immer größerem Einfluß Frankreichs, dessen Militärmission sich am Hofe des Sultans durchzusetzen wußte. Ebenso war Frankreich seit langem der Geldgeber Marokkos. Die Lage des von feindlichen Stämmen bedrängten und in bezug eingeschlossenen Sultans wurde schließlich so prekär, daß Frankreich den Mächten erklärte, es müsse für das Leben und Eigentum seiner in bezug befindlichen Offiziere und der europäischen Kolonie ernste Besorgnisse hegen und wolle Truppen nach bez schicken, um die Europäer nach der Küste zurückzuführen. Wir hätten keine so bedrohlichen Nachrichten aus bez und erklärten deshalb, daß fremde Hilfe für unsere Kolonisten nicht erforderlich sei. Da wir aber keine Garantie für das Leben der anscheinend bedröhten Franzosen übernehmen konnten, erhoben wir keine Einwendungen gegen den Zug nach bez.

Wir knüpften aber daran den ausdrücklichen Vorbehalt, den wir auch öffentlich bekanntgaben, daß wir uns unsere Handelsfreiheit vorbehielten, sobald die französische Expedition den angegebenen Zweck überschreite, und dies auch dann, wenn das Darüberhinausgehen lediglich eine Folge der sich aus der Expedition ergebenden äußeren Umstände sein sollte. Dies traf, wie vorauszuweisen war, zu. Frankreich schaltete vermöge seines allmählich absolut gewordenen Einflusses auf den Sultan ziemlich unbedenklich als Herr im Lande. Dadurch war die Voraussetzung der Algicirasakte — ein selbständiger Sultan — hinfällig. Es ist zwar eingewendet worden, der Sultan habe ja die Franzosen selbst zu Hilfe gerufen, aber wer fremde Truppen zu Hilfe ruft, wer sich nur auf fremde Bajonette stützt, der ist nicht mehr der selbständige Herrscher, den die Algicirasakte zur Voraussetzung hatte. Wir gaben dies zu erkennen und legten Frankreich eine Verständigung nahe, wobei wir natürlich Frankreich die Initiative anboten. In allgemeinen Umrissen deuteten wir unser Programm dahin an, daß wir bereit seien, der durch die veränderten Verhältnisse bedingten veränderten französischen Stellung Rechnung zu tragen, daß wir aber dafür genauere Garantien für die uns zugesicherte Gleichheit auf dem Gebiete des Handels und der Industrie, insonderheit in öffentlichen Unternehmungen verlangen müßten, außerdem Kompensationen für diejenigen Rechte, die sich Frankreich ohne vorherige Verständigung mit uns über Buchstaben und Sinn der Algicirasakte hinaus angeeignet hatte.

Während sich die französische Militärmacht in Marokko immer mehr ausbreitete und sich allmählich die Fiktion festzusetzen begann, nicht nur in Frankreich, sondern auch bei den anderen Mächten, als handelte Frankreich infolge eines europäischen Mandats, als daher deutsche Interessen infolge der Ereignisse in Marokko bedröht erschienen, entstanden wir ein Kriegsschiff nach Agadir. Die Entsendung eines Schiffes hatte zunächst den Zweck, Leben und Eigentum unserer Untertanen zu schützen. (Nachen bei den Sozialdemokraten.) Sie war aber gleichzeitig eine deutliche Kundgebung unserer Verechtigung und unseres Willens, unsere Untertanen (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Es gibt keine Untertanen!) ebenso gut selbständig zu schützen wie Frankreich die seinigen, so lange letzteres sich nicht anderweitig mit uns verständigt haben würde. Dieser Zweck der Entsendung unseres Kriegsschiffs und die Beschränkung auf diesen Zweck ist unmittelbar vor Eintreffen des Schiffes den Mächten durch unsere bei ihnen beglaubigten Vorwörter und Gesandten kundgegeben worden. Es ist also eine unwahre Behauptung, wenn in der Presse, die die Schiffsendung nach Agadir als Provokation und Drohung dargestellt wurde. (Lautes Nachen links.)

Wir provozieren und bedrohen niemand (Schallendes Gelächter auf verschiedenen Bänken), aber wir wahren unsere Rechte, und wir werden uns darin durch niemand heitren oder behindern lassen. Danach kam es zur Aussprache mit Frankreich. Vom rein formalen Standpunkte aus könnten wir die Wiederherstellung des Status quo ant, d. h. des Status quo von 1906 fordern,

praktisch war es unmöglich. Es war kaum möglich, ohne innere Wirren befürchten zu müssen, Marokko wieder ganz von fremden Truppen zu entblößen. Außerdem wäre die Wiederherstellung des früheren Zustandes nur höchst unvollständig gewesen, weil der nachhaltige Eindruck, den das Vorgehen Frankreichs hervorgerufen hatte, auch nach Zurückziehung der Truppen bestehen geblieben wäre. Schließlich wären wir auch nur und zwar unter für uns ungünstigen Umständen, zu einem Punkte zurückgelangt, der der Ausgang jahrelanger Weiberleien gewesen wäre, deren Befestigung von beiden Regierungen gleichmäßig gewünscht wurde.

Die Behauptung, daß die Entsendung des „Panther“ nach Agadir Landwerb in Marokko bezweckt hätte, ist unrichtig. Schon durch das Februar-Abkommen von 1909 war Landwerb in Marokko ausgeschlossen, unser bereits lange vor Entsendung des Kriegsschiffes festgelegtes Programm bewegte sich in derselben Linie. Die Unrichtigkeit der Behauptung wird auch durch die Erklärungen dargelegt, welche wir den fremden Mächten unmittelbar vor Eintreffen des Schiffes in Agadir gegeben haben.

Sie folgt endlich auch aus den Erklärungen, die wir beim Eintreffen des Schiffes durch die Organe der Presse in die Öffentlichkeit haben gelangen lassen. Es ist im hohen Grade beklagenswert, daß diese unrichtige Behauptung, auch bei uns dazu benutzt worden ist, um in unpatriotischer Weise daraus ein

Zurückweichen der kaiserlichen Regierung und eine Demütigung des Landes

zu konstruieren. (Vereinzelt Bravo! rechts, Laufen links.) Bei den Verhandlungen mit Frankreich war der leitende Gedanke der, daß sich die Unmöglichkeit ergeben hatte, daß die Marokkaner aus eigener Kraft die Ordnung in ihrem Lande herstellen und aufrecht erhalten, daß es dazu des Eingreifens einer fremden Macht bedürfe. Dies konnte für den überwiegenden Teil Marokkos nur Frankreich sein. Je größer die Freiheit war, die Frankreich hierbei erlangte, desto mehr kam es in die Lage, die Vorkaufs- und Verantwortungs für die Ordnung zu übernehmen. Dagegen haben wir weitergehende und detailliertere Garantien für die Gleichberechtigung des nichtfranzösischen Handels, der nicht französischen Industrie, für die Rechte der in Marokko weilenden nichtfranzösischen Staatsangehörigen erworben. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Ihnen vorliegenden Verträge. Wir haben es uns insbesondere angelegen sein lassen, der Ein- und Ausfuhr die Gleichberechtigung zu sichern, besonders Bürgerrechte für die Gleichberechtigung öffentlicher Arbeiten zu erhalten, unserer Schiffer die Schiffahrt zu sichern, unseren Handel die Benutzung aller Verkehrsmittel zu Wasser und zu Lande zu gewährleisten. Die Konsulargerichtsbarkeit und das Recht des Schutzes von Eingeborenen sind soweit gesichert, als es die Zustände dieses Gebietes gestatten. Ein besonderes Augenmerk ist der

Frage der Erzwinnung

gewidmet worden. Ob die Hoffnungen erfüllt werden, die darauf gesetzt werden, vermag ich nicht zu entscheiden. Wir haben aber die Möglichkeit großer Erfolge bei den Verhandlungen nicht aus den Augen verloren. Wir haben den Deutschen die freie Konkurrenz im Bergbau gesichert, wir haben uns nach Anhörung von Sachverständigen über die Bestimmungen geeinigt, die der Belegung von Terrains ohne Abbau entgegen wirken und wir haben dafür gesorgt, daß die gefundenen Erze frei und nur mit bestimmten vertraglich festgesetzten Abgaben abgebaut werden können.

Für verkehrspolitische Verpflichtungen in den wahrscheinlich hauptsächlich in Betracht kommenden Minengebieten und für die Förderung des Produktes von Eisen nach den staatlichen Eisenbahnen oder nach den nächsten Hafenanlagen sind vertragliche Bestimmungen getroffen. Ich glaube, daß mit allen diesen Bestimmungen unseren wirtschaftlichen Interessen in Marokko ein guter Dienst geleistet worden ist.

Die Kompensationen.

Ich komme zu der Frage der Kompensationen. Dabei will ich zunächst über den

Rücktritt des Herrn v. Lindequist

sprechen. Der Herr Staatssekretär des Reichskolonialamtes widerstrebt von Anfang an dem Erwerb eines größeren Kolonialgebietes, wie er uns jetzt zugefallen ist. (Hört! hört!) Er richtete vielmehr seine Wünsche auf kleinere, aber in der Kultur vorgefertigte und deshalb leichter und billiger zu verwaltende Gebiete. (Lebhaftes Sehr richtig!) Da sich die Erreichung dieses Zieles als nicht möglich erwies, so redete er bloß Abbruch eines uneres Kolonialgebietes und Grenzberichtigungen das Wort. Ich konnte auf diesen Gedanken nicht eingehen, da ich die Erweiterung eines größeren Kolonialgebietes für unsere Betätigung für notwendig hielt. Bezüglich des Kongo, von dem bei früherem Anlaß in unverbundenen Versprechungen mit Frankreich schon vor Jahren die Rede gewesen war, lag auch keine ros integra (kein unbeschriebenes Blatt Papier) mehr vor. Diese Meinungsverschiedenheiten und die Anschauungen im Reichskolonialamt, denen kein genügender Einfluß auf die Richtlinien der Verhandlungen gegeben wurde, hatten den Herrn v. Lindequist bereits im Sommer dieses Jahres bestimmt, um seinen Abschied zu bitten. Das Abschiedsgesuch war von Seiner Majestät auf meinen Antrag während Schwabens der Verhandlungen abgelehnt worden. Die Wünsche des Reichskolonialamtes sind in dem Ihnen vorliegenden Abkommen insofern erfüllt worden, als sich in dem uns zugefallenen Gebiete diejenigen Teile an der Süd- und Ostgrenze von Kamerun befinden, welche mir vom Reichskolonialamt als erstrebenswert bezeichnet worden waren. (Hört! hört!)

Gegen die

Abtretung deutschen Landes

hatte Herr v. Lindequist prinzipielle Bedenken. (Stürmisches Sehr richtig! und Bravo! auf verschiedenen Bänken.) Er erklärte mir aber schließlich selbst, da es ohne solche Abtretung nicht zum Abschluß gekommen wäre, die Abtretung des jetzt an Frankreich abgetretenen Gebietes für erträglich. (Hört! hört!) Am 23. Oktober tauchte in der Presse das Gerücht von der bevorstehenden Demission des Herrn v. Lindequist auf. Es ist mit Zustimmung des Herrn v. Lindequist demementiert worden, der Wortlaut des Dementis hat ihm vorgelesen. Um aber anderweitigen Ausstreuungen in der Presse entgegenzutreten, bemerkte ich, daß mir Herr v. Lindequist die Wahrscheinlichkeit seines Rücktritts im nächsten Frühjahr erklärt hat. Aber gleichzeitig erklärte er, nach dem Abschluß der Reichstagsverhandlungen eine Inspektionsreise nach Südwestafrika antreten zu wollen. Wenige Tage darauf wiederholte Herr v. Lindequist sein Abschiedsgesuch. Er hatte vorher, in einem schriftlichen Votum, scharfe Einwendungen gegen den ihm vorgelegten Text des projektirten Vertrages erhoben (hört! hört! auf allen Seiten) und war dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß durch die zu erwerbenden 275 000 Quadratkilometer

auch nicht im entferntesten der Schaden aufgewogen würde, der unserem Kolonialgebiet durch die Abtretung der 12 000 Quadratkilometer und die Nebenabreden des Vertrages zugefügt würde.

(Lebhaftes Hört! hört! und Sehr richtig!) Einige der Nebenabreden konnten auf die Vorschläge des Staatssekretärs des Reichskolonialamtes durch Verhandlungen mit Frankreich berücksichtigt werden. Immerhin nötigte mich die in dem Votum eingenommene Stellung des Staatssekretärs, ihm die Frage vorzulegen, welche Haltung er bei der Verhandlung der Angelegenheit im Reichstage einzunehmen gedenke. Dabei ergab sich, daß Herr v. Lindequist

zur ressortmäßigen Vertretung der Abkommen im Reichstage nicht bereit war.

(Lebhaftes Hört! hört! und Bravo! Große Bewegung im ganzen Hause.) Darin lag — bei aller persönlicher Hochachtung — eine Verkennung der Sachlage. (Weiterkeit.) Es war Herr v. Lindequist nicht zugemutet worden, die Verantwortung für das Kongoabkommen mit seiner Person zu bedenken. Das Kongoabkommen ist nur ein Teil des gesamten politischen Abkommens über Marokko und dafür trage ich die Verantwortung. (Allgemeines Sehr richtig!) Es war auch Herr v. Lindequist von mir nicht zugemutet worden, das Kongoabkommen nach allen Richtungen hin zu verteidigen oder gar zu loben.

Ich habe von ihm nur erwartet eine objektive Prüfung vom kolonialen Standpunkte aus, wobei auf die Schattenseiten des Vertrages: auf die Abtretung des Lagonegebietes, die Schiffsankunft, die großen Konzessionsgesellschaften und die teilweise ungünstige Konfiguration ausdrücklich hinzuweisen, nur aber die Möglichkeit, die

Hoffnung einer zukünftigen Entwicklung

nicht zu bestreiten sei. Herr von Lindequist verweigerte aber auch ein so zurückhaltendes Eintreten für meine Politik (Sehr gut! und Bravo!) und reichte, wie ich schon erwähnte, sein Abschiedsgesuch ein. (Weifall.)

Noch peinlicher als das Abschiedsgesuch dieses in langjährigem Kolonialdienst bewährten Beamten war die Tatsache, daß ungefähr gleichzeitig mit mir auch die Presse von der ablehnenden Haltung des Herrn von Lindequist in dem erwähnten Votum Kenntnis erhielt. War dies auch zweifellos ohne Zutun und gegen den Willen des Herrn von Lindequist geschehen, so blieb mir doch nunmehr nichts weiter übrig, als durch eine schnelle Erledigung des Rücktrittsgesuches für eine Weiterführung der Geschäfte des Reichskolonialamtes Sorge zu tragen, die der erforderlichen Einseitigkeit und Geschlossenheit der Reichsregierung nicht im Wege stand. (Nachen links.)

Damit komme ich zu dem sachlichen Gegenstande zurück. Ich habe soeben ausgeführt, daß und weshalb ich

unsere Kompensationsansprüche

auf eine Vergrößerung Kameruns richtete; ich habe weiter ausgeführt, daß sich in dem uns zuzufallenden Teile diejenigen Landstriche befinden, die uns von Kamerun unserer Kolonien als erstrebenswert bezeichnet worden sind. Ihr Erwerb ist für die Gegenwart wertvoll und rundet zugleich Kamerun in erstwünschter Weise ab. Wir müßten aber auch Wert darauf legen, an die größten Ströme Afrikas, den Kongo und seinen Nebenfluß, den Ubangui, heranzukommen. Auch das ist gelungen. Ich bestreite aber nicht, daß wir dabei auch Länder in Kauf nehmen müßten, die weniger wertvoll sind,

deren Entfaltung und nach manche Sorge bereiten wird.

(Hört! hört!) Daß mir die Abtretung von Lagone zum mindesten ebenso unangenehm gewesen ist wie dem Reichskolonialamt, brauche ich nicht hervorzuheben (Zuruf: Warum ist es denn geschehen?), aber ohne irgend eine Art von Ränderaustausch war es unmöglich, das zu erreichen, was wir erreichen wollten. Die neugeschaffenen Grenzen sind, das gebe ich zu,

zum Teil un bequem und für die Verwaltung mit Schwierigkeiten verbunden.

Wehnliche Schwierigkeiten haben aber auch schon an der bisherigen kameruner Südgrenze und auch am Entschänel bestanden. Um die Schwierigkeiten zu mildern, ist der Kommission für die Abtretung der Grenzen ein weiter Spielraum gelassen. Sie soll nur darauf achten, daß die Abweichungen sich im Gesamtergebnis wieder ausgleichen. Für ihr nördliches Kongogebiet gewähren wir den Franzosen eine Stappenstraße, ganz nach Analogie einer ihnen auch von den Engländern zugestanden Stappenstraße, was auf beiden Seiten zu keinerlei Schwierigkeiten geführt hat.

Der Schlusartikel des Vertrages hat keine aktuelle Bedeutung, kann eine solche aber erlangen, wenn im Kongobekannt territorialen Veränderungen vor sich gehen sollten, bei denen wir dann mitzupringen hätten. Gegen diesen Kongovertrag hat sich nur in einem großen Teile der Öffentlichkeit

ein Sturm der Entrüstung

erhoben. (Sehr richtig! links.) Man hat kein Wort gefunden, das scharf genug war, um die Arbeit der Regierung zu beurteilen, und vor dem Ausland zu diskreditieren. Man kann aber zu einem richtigen Urteil nur kommen, wenn man nicht nur die schlechten, sondern auch die guten Seiten betrachtet. Gewiß befinden sich unter den erworbenen Gebieten minder wertvolle, vielleicht sogar schlechte Erde, genau wie dies in allen Kolonien, die sich gegenwärtig in unserem Besitz befinden, der Fall ist. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten. (Weiterkeit.) Die Konzessionen sind eine schwere Belastung. (Sehr wahr! links.) Aber sie sind zeitlich begrenzt und sie werden deutscher Gerichts- und Verwaltungsbehörde unterstehen, die uns vor Mißbräuchen schützen wird. (Nachen bei den Sozialdemokraten.) Die Schiffsankunft ist eine böse Zugabe. (Sehr richtig! links.) Auf der anderen Seite erhalten wir — das können auch die Herren, die mich durch Zwischenrufe unsicher machen wollen (Nachen links.) — nicht bestreiten — zu Kamerun durchaus künftig gelegene Städte. Wir erhalten den Zugang zum Kongo und zum Ubangui. Der Wert dieser Nachbarschaft wird sich erst in Zukunft realisieren, aber sie werden nicht behaupten können, daß die Realisierung ausgeschlossen sei. Wir erhalten im ganzen ein sehr beträchtliches, neues Kolonialgebiet. Deutschland ist spät, leider viel zu spät, unter die Reihe der Kolonialvölker getreten. Da sollten Sie uns doch keine Vorwürfe machen, daß wir bei dieser Gelegenheit zu erlangen versuchen, was wir erlangen können. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß sich die günstige Entwicklung Kameruns auch in den neu erworbenen Gebieten wiederholen wird. Wer Kolonialpolitik treiben will, der soll über den Gegenwartswert nicht die Zukunftsmöglichkeiten vergessen. Wer hat in Afrika Recht behalten: Die Später über Rhodesien oder die Taltraft des Mannes, der dem Lande seinen Namen gegeben hat? Alle Erfolge, welche große Kolonialvölker erzielt haben, sind nur dadurch erzielt worden, daß diese Völker nicht mit kurzen, sondern mit sehr langen Zeiträumen gerechnet haben, und daß sie den Mut gehabt haben, Schwierigkeiten der Gegenwart um der vielleicht in fernerer Zukunft zu erwartenden Vorteile willen gering zu achten. Es ist auch nicht richtig, daß die Franzosen froh sind, einen Teil ihres Kongogebietes los zu sein. Die französischen Staatsmänner haben die Erfolge, die sie in Marokko erzielt haben, mit Recht hoch eingeschätzt, aber es ist ihnen trotzdem nicht leicht geworden, große Teile von einem Gebiete abzutreten, dem ein Menschalter lang bewährte Forscher und Offiziere ihre ganze Lebensarbeit gewidmet haben.

Das sind die Ergebnisse und das ist der Hergang! Unser Programm lautet von Anfang herein: Kubilligung erhöhter politischer Rechte an Frankreich nur gegen erhöhte Sicherung unserer wirtschaftlichen Interessen in Marokko und gegen Kolonialerwerb — Sonderwerb in Marokko haben wir in keinem Augenblicke angestrebt — Verhandlung nur zwischen uns und Frankreich, nicht vor einem internationalen Kongress, nicht unter Beteiligung dritter. Dieses Programm haben wir aufgestellt, und wir haben es durchgehalten. Durch nichts, durch keinen Einfluß von außen oder von innen haben wir uns von ihm auch nur um einen Schritt drängen lassen. (Mit erheblicher Stimme) All die

Vorwürfe der Schwäche

mit denen wir diese Monate über bedacht worden sind, der Schwäche und der Nachgiebigkeit, das Gerücht von einem neuen Dünmüß und was dergleichen Dinge mehr waren, zerfallen in sich selbst, sie sind gegenstandslos gegenüber den Tatsachen. (Na, na! links.) Unsere Verhandlungen mit Frankreich sind ohne Unterbrechung auf beiden Seiten von dem Bestreben getragen gewesen, zu einem für beide Teile annehmbaren Geschäftsbahnhof zu kommen. In keinem Stadium der Angelegenheit ist von irgend einer Seite eine Sprache geführt oder ein Ansuchen gestellt worden, das mit der Ehre des einen oder anderen Teiles unvereinbar gewesen wäre. Zu dem mit der Faust auf den Tisch schlagen, was uns angetragen worden ist, ist auch nie ein Anlaß gewesen. Übrigens halte ich auch von dieser drohenden Gefahr nichts. Ich würde im gegebenen Moment ein Handeln vorziehen. Wir leben nicht mehr in homerischen Zeiten, wo Drohen und Prahlen ein notwendiges Mittelzeug jedes Kriegers waren. Deutschland ist stark genug, um auf diese Artmassen zu verzichten. (Weiß.) Deutschland wird, wenn die Stunde kommen sollte, auch sein Schwert zu ziehen wissen. (Wab!) Nur auf dieser Grundlage ist auswärtige Politik möglich. (Sehr richtig!) Se. Maj. der Kaiser hat die strikte Durchführung des bereits im Mai dieses Jahres festgelegten Programmes in allen Phasen der Verhandlung gefordert in dem vollen Bewußtsein, daß jede politische Aktion einer Großmacht die Schicksalsfrage: Krieg oder Frieden heraufbeschwören kann, und in der festen Bereitschaft, für die Ehre der Nation mit dem Schwerte einzutreten. Darin hat sich der Kaiser mit dem Volke eins gesetzt. Selbstverständlich ist auch in keinem Augenblicke an der

absoluten Kriegsbereitschaft von Armee und Flotte

auch nur der mindeste Zweifel entstanden. (Wab!) Die Gerüchte, die jetzt in der Presse verbreitet werden, als sei in einer vertraulichen Beratung unsere Kriegsbereitschaft, namentlich die der Marine in Frage gestellt worden, diese Gerüchte (mit schreiender Stimme): sind frei erfunden, sie schlagen den Tatsachen ins Gesicht. (Wab!) rechts.)

Nun hat man gemeint, und das hat besonders tief im Volke gefestigt, wir seien zurückgewichen. Dabei ist besonders eine Wortredde des englischen Ministers Lloyd George verwendet worden. In dieser Rede wird Deutschland nicht erwähnt. (Zeh-haftes Gelächter); ich spreche jetzt ernste Worte und ich darf bitten, daß Sie mich ohne Unterbrechungen ausprechen lassen. Ein hiesiges konservatives Blatt hat damals sogar hervor-gehoben, indem es in der ganzen Rede statt England Deutschland setzte, wie die Rede, für sich betrachtet, anstandslos auch von einem deutschen Staatsmann hätte gehalten werden können. Eine Bedeutung gewann die Rede dadurch, daß die gesamte französische und ein großer Teil der englischen Presse sie in einer schändlichen Weise gegen Deutschland gehässigen Weise interpretierte und daß dieser Interpretation von englischer Seite in keiner Weise entgegengetreten wurde. (Hört! hört!) Ich habe mich veranlaßt gesehen, diese Dinge durch den leitenden Postkammerherrn in London zur Sprache bringen zu lassen. Meine Vorstellung ging dahin, daß wir dabei seien, die Marokkoangelegenheit mit Frankreich zu besprechen, daß dadurch zunächst englische Interessen nicht herabgeführt würden, und daß, sofern England durch das Ergebnis der Besprechung seine Interessen berührt glauben sollte, wir erwarten, daß seine Regierung dieselben bei den beiden kontrahierenden Regierungen nur auf dem üblichen diplomatischen Wege zur Geltung bringen werde. Die englische Regierung hat danach keinerlei Wunsch mehr zu erkennen gegeben, sich an unseren Verhandlungen mit Frankreich zu beteiligen. Immerhin bleibt die unerwünschte Wirkung jener Rede bestehen, sie erzeugte insbesondere in der ihr durch die Presse gewordenen Interpretationen in weiten deutschen Kreisen eine sehr bittere Stimmung. (Sehr richtig!) war also für ein fremdliches Verhältnis zu England nicht förderlich. (Sehr richtig!) So offen ich das bedauere, so bestimmt muß ich es zurückweisen, daß die Rede benutzt worden ist, gegen die deutsche Regierung den Vorwurf einer unsicheren schwächlichen Politik zu erheben. Tatsächlich ist unser Programm einer einverständlichen Auseinandersetzung mit Frankreich ohne Vermischung dritter und auch unbeeinträchtigt von

unverantwortlichen Presseberichten

durchgeführt worden. Der englische Minister Sir Edward Grey hat vorgeschrien in englischen Unterhaus in einem Appell an die Presse beider Länder ernste Worte gesprochen und namentlich vor der Verbreitung unwarmer Nachrichten gewarnt. Ich kann mich dieser Warnung nur anschließen, damit sich in der beiderseitigen Volkstimmung nicht Ansichten festsetzen, die auf die Dauer die Beziehungen beider großen Länder zu ihrem beiderseitigen Schaden und ich füge hinzu, zum Schaden der Welt vergiften müssen.

Ich habe Ihnen dargelegt, daß wir durchgeleitet haben, was wir gewollt haben. Im gemeinen Leben nennt man das nicht Schwäche, aber der Vorwurf ging wohl nach der anderen Richtung; daß wir mehr, ein Anderes hätten wollen sollen. Das habe die Ehre und das Ansehen Deutschlands gefördert: entweder Süd-Marokko oder die Wiederherstellung der Algeriasakte. Also: ein Entweder — Oder. Ja, meine Herren, wenn der Besitz von Süd-Marokko als ein Lebensinteresse Deutschlands gilt, der wird in der Rückbeanspruchung dieses Festes eine Preisgabe des Ansehens Deutschlands erdulden, der kann kein Oder kennen, der muß verlangen, daß wir in den Krieg ziehen, um Süd-Marokko zu erobern. Für den kann die Wiederherstellung der Algeriasakte kein gleichwertiges Äquivalent sein. Mit dieser Formel ist also vom Standpunkt der Ehre und des Ansehens Deutschlands nichts anzufangen, aber auch nicht vom Standpunkt praktischer Realpolitik aus. Süd-Marokko war für uns und deswegen nicht begehrenswert, weil uns seine Erwerbung, seine Sicherung und Verteidigung Opfer auferlegt haben würde, die mit dem Wert des Landes nicht im Einklang stehen. (Oh! bei den National-liberalen; Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist bis in den letzten Sommer hinein die allgemeine Ueberzeugung gewesen. (Erneute Zustimmung der Sozialdemokraten.) Bismarck hat be-kanntlich den Wunsch ausgesprochen, Frankreich möge sich Marokko aneignen. Sie werden mir vielleicht erwidern, daß sich seitdem die Verhältnisse geändert hätten. (Sehr richtig!); aber auch nach Bismarck ist ununterbrochen die Ansicht vertreten worden, daß wir politische Rechte in Marokko nicht zu verfolgen hätten. Teilweise anerkannt worden ist diese Ansicht durch das Februar-abkommen von 1900, und alle Parteien dieses Reichstags haben diesem Abkommen zugestimmt. Woher soll sich nun mit einem Male die Angelegenheit geändert haben? Süd-Marokko ist zweifellos ein schönes Land. (Große Heiterkeit); es soll sehr erzeigbar sein, fruchtbareren Boden haben, auf dem sich deutsche Auswanderer ansiedeln können. Ich will darüber nicht streiten, wiewohl sich über eine marokkanische Siedlungspolitik mancherlei Annahmen machen lassen. Ich nehme an, es ist ein außerordentlich wünschenswertes und erprobenswertes Stück Erde. Aber ich muß doch sagen, wer es für die Aufgabe Deutschlands an-sieht, erprobenswertes Länder durch den Krieg zu erobern, der könnte doch ebenso gut, wenn nicht vielleicht noch besser, wie auf Marokko, auch auf

andere Länder verfallen. (Sehr richtig! links; Lachen bei den National-liberalen.) So auch in bezug auf europäische Länder! Das sind

phantastische Spielereien

und ich wundere mich nur, daß es immer noch Männer im Auslande gibt, welche denen eine Bedeutung für die deutsche auswärtige Politik zubilligen. Eine starke Politik kann Deutschland gerade im Sinne der Weltpolitik nur führen, wenn es sich auf dem Kontinent stark erhält. Nur das Gewicht, das wir als Kontinentalmacht einsehen, ermöglicht Welthandel und Kolonial-politik. Beide fallen in sich zusammen, wenn wir uns zu Haus nicht stark halten; erwerben wir Außenpositionen, zu deren Sicherung wir unsere kontinentalen Kräfte verzetteilen und schwächen müssen, dann fügen wir an dem Ort, auf dem wir sitzen. (Sehr gut! rechts.) Deshalb ist es von der deutschen Politik in den letzten Jahrzehnten richtig gewesen, daß sie keine politischen Aspirationen in Marokko verfolgte, und deshalb sind wir auch jetzt auf dem richtigen Wege gewesen, indem wir Land-erwerb in Marokko von vornherein aus unserer Aktion ausschloßen. Ich nehme es als ein Verdienst unserer Politik in Anspruch, (Sehr richtig!) daß wir dem Landwerb in Marokko nicht nach-gelassen sind. (Schalkende Heiterkeit bei den National-liberalen.) Die Klage über schwächliche Politik stammt nicht nur aus den Kreisen derer, die ein Stück Marokko für uns haben wollten. Sie geht weiter. Soll diese Klage einen anderen Sinn haben, als der eigenen Regierung in auswärtigen Angelegenheiten Schwierigkeiten zu machen, dann muß sie auch ein greifbares Ziel zeigen. Ich spreche nicht von denjenigen, die im Sommer schlechthin den Krieg wünschten. Auch deren gab es.

Aber ihre Zahl war wohl nicht so groß, wie die Worte, die sie in den Mund nahmen.

(Heiterkeit.) Andere wollten den Präventivkrieg, sei es gegen Frankreich, sei es gegen England, sei es gegen beide zugleich. Sie alle wissen, wie Bismarck über Präventivkriege dachte. Er hat gesagt: kein Rat werde nie dahin gehen, einen Krieg deshalb zu führen, weil er später doch einmal geführt werden müsse. So könnte er der Vorsehung nicht in die Karten sehen. Auch siegreiche Kriege betrachte er immer als ein Uebel, das die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein müsse. Diese Grundsätze haben uns auch jetzt geleitet. Niemand kann wissen, ob Deutschland bereits ein Krieg beschieden sein wird. Für mich aber, der ich heute die Verantwortung zu tragen habe, ist es Pflicht, die Geschäfte so zu führen, daß ein Krieg, der vermieden werden kann, der nicht von der Ehre Deutschlands gefordert wird, auch vermieden wird. (Sehr gut! links.) Das sind die Grundsätze gewesen, nach denen die Marokkopolitik in ihrer letzten Episode geführt worden ist. Marokko war

eine dauernd schwärende Wunde

in unserem Verhältnis nicht nur zu Frankreich, sondern auch zu England. Der Zug der Franzosen nach Fez hat ein akutes Stadium herbeigeführt und eine Operation notwendig gemacht. Wir haben sie unternommen, um die Wunde zu heilen. Wir wären niemals zu den Ergebnissen gekommen, die jetzt vor-liegen, wenn nicht beide Regierungen denselben Ziele zugestimmt hätten. Ich erblicke darin einen großen Gewinn, daß es Deutsch-land und Frankreich möglich gewesen ist, sich über eine so heikle und latente Gefahren in sich bergende Frage, wie es die Marokko-frage ist, im Wege friedlicher Verständigung zu einigen.

Diese Tatsache ist mehr wert, als alle Diskussionen über Schieds-urteile und über Abrüstung. Sie kann die Grundlage werden zur Annäherung und Festigung eines Verhältnisses, wie es den wahren Interessen und dem Fortschreiten der beiden großen Nationen entspricht.

Gewiß kann erst die Zukunft auf dieser Grundlage bauen. Aber es wäre eine Veräumnis der Gegenwart gewesen, wenn sie den Glauben verworfen hätte, anstatt ihn zu legen. Ich sprach davon, daß die Marokkofrage auch unser Verhältnis zu England tangiert hätte; auch darüber noch ein kurzes Wort. Kraft vertraglicher Abmachungen sind bei allen marokkanischen Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland England auf Frankreichs Seite, zum mindesten diplomatisch. Insofern reinigt die Erledigung der Marokkoangelegenheit auch in unseren Beziehungen zu England den Tisch.

Ich lehre zu dem Gedanken zurück, von dem ich vorhin aus-ging. Der Optimismus und der Pessimismus, der unser Volk erfüllt, und der die Regierung zu anderen Taten treiben wollte, der mußte greifbare Ziele zeigen, Ziele, die gerade bei Erledigung der Marokkoangelegenheit erreicht werden konnten. Deshalb war nicht auf ein Stück Marokko ausgegangen, habe ich eben dar-gelegt. Dafür wurde dann besonders dringend verlangt, daß wir dann doch wenigstens die Verhandlungen mit Frankreich hätten abbrechen, und daß wir auf die Wiederherstellung der Algeriasakte hätten bestehen sollen. Der Abbruch der Verhandlungen, der wäre ein Leichtes gewesen; noch leichter wäre es gewesen, die Verhandlungen überhaupt nicht einzuleiten. Aber die Herstellung der Algeriasakte? Ich erblicke kein Interesse Deutschlands an der Wiederherstellung eines Zustandes, der an der nicht mehr haltbaren Fiktion der Selbstständigkeit des marokkanischen Sultans und der Unabhängigkeit des Scharifreiches leidet. Wir haben doch diesen Zustand seit 1900 genau genug gekannt. Er war moralisch und materiell für uns un-befriedigend. Der Beweggrund des Verlangens nach der Algeriasakte ist zum Teil auch ein anderer gewesen. Wenn wir nicht Südmarokko haben können oder haben wollen, so sollte man, dann sollen es wenigstens die Franzosen nicht haben. So war es diesen Sommer in der Presse zu lesen. Für mich besteht der Wert der Politik nicht in dem Schaden, der einem anderen zugefügt wird, sondern in dem Vorteile, den das eigene Land gewinnt. Eine Politik, die auf den Schaden des anderen sieht, ohne Rücksicht, ob ihr das selbst nicht, muß doch schließlich die Erbitterung, die sie erzeugt, in Zukunft einmal dar-bezählen. Wer aber in dem Protektorat Frankreichs über Marokko einen berechtigten Machtzuwachs Frankreichs erblickt, daß dadurch die Existenz Deutschlands gefährdet wäre, kommt zu dem Prä-ventivkrieg. Also wozu die Wiederherstellung der Algeriasakte? Würde sie von dem Ansehen Deutschlands verlangt? Nein! Das Ansehen Deutschlands als Großmacht verlangt, es nicht zu dulden, daß ein internationaler Vertrag, wie die Algeriasakte, der unsere Unterwürftigkeit trägt, zu unserem Nachteil und ohne unsere Zustimmung einseitig geändert werde. Darum mußten wir handeln, im Notfall auch mit dem Schwert, so wie wir ge-handelt haben, und unser Vorhaben hatte Erfolg.

Lassen Sie mich zum Schluß das Fazit ziehen: Wie sah es vor Fez und Saadi aus? Nominell war Marokko selbständig, de facto dem Einfluß der Franzosen verfallen. Dieser unsare und verächtliche Zustand war für uns nach Tanger und Agdeos eine feste Gefahr in unseren Beziehungen zu Frankreich. Die offene Tür war auf dem Papier zwar da, aber es fehlten die besonderen Garantien, die gerade durch die be-sonderen staatslichen Verhältnisse deinglich gemacht wurden. Auf politische Aspirationen in Marokko hatten wir verzichtet, und jetzt? Wir haben in Marokko nicht aufgegeben, was wir nicht bereits aufgegeben hatten. Dafür haben wir die wirtschaftlichen Garantien erlangt. Wir haben außerdem einen bedeutenden Kolonialerwerb erworben, der sich unter deutscher Verwaltung — das bin ich sicher — glücklich entwickeln wird. Wir haben dies erreicht auf dem Wege friedlicher Verständigung mit Frankreich. Zum ersten Male ist es gelungen, sich über eine ernste und schwere politische Frage, die den Keim großen Unheils in sich bergen konnte, mit unserem westlichen Nachbar im Vertragswege zu ver-ständigen. Das ist das Fazit. Nun ist es an Ihnen, das für und wider dieser Politik abzuwägen. Wir erwarten kein Lob, wir fürchten aber auch keinen Tadel. (Stillschweigen im ganzen Hause.)

Abg. Hr. v. Hertling (Z) beantragt zunächst Uebertreibung des Abkommens und der Anträge an die Budgetkommission und fährt dann fort: Der Reichskanzler hat uns das Abkommen lediglich zur Kenntnisnahme übergeben. Das entspricht der Rechtsauffassung, wie sie in amtlichen Kreisen wohl ausnahmslos bestanden hat, und die der Reichstag, wenn auch niemals ausdrücklich anerkannt, doch geduldet hat. Aber meine politischen Freunde sind der Meinung, daß hier tatsächlich eine irrende Auffassung

vorliegt. (Hört! hört! links.) Diese Frage muß jetzt ernstlich im Angriff genommen werden. Meine Freunde sind der Ansicht, daß auch die heutige Fassung der Verfassung bei richtiger Auslegung schon jetzt bei Verträgen von so außerordentlicher Tragweite die Genehmigung des Bundesrats und des Reichstages fordert. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Nun zur Sache selbst!

Wir müssen uns heute fragen, was war denn eigentlich der Zweck der Fahrt nach Agadir? Man war damals auf französischer Seite der Meinung, daß auf unserer Seite Kriegsabsichten beständen. Die weitere Entwicklung hat gezeigt, daß das nicht der Fall war. Aber warum dann jener Vorstoß? Deshalb alle die Konsequenzen in der Marokkopolitik. Mit Frankreich zu einer Verständigung über Marokko zu kommen, soll schon 1900 und dann nach dem Sturze Delcassés Gelegenheit gewesen sein. Koubier soll schon damals auf eventuelle Kompensationen am Kongo hingewiesen haben. (Hört! hört!) Unsere Marokkopolitik entbehrt der Stetigkeit, der Festigkeit und der Voraussicht. Die neueren Verhandlungen wurden denn auch von wachsendem Mißbehagen und großem Unmut begleitet. Die verpaßten Gelegenheiten der früheren Marokkopolitik traten wieder in Erinnerung. Und der Unmut ver-wandelte sich in helle Joruesflammen, als die bekannte Minister-rede von jenseit des Kanals zu uns hinüberdrang. Es war eine große nationale Bewegung, die an 1870 erinnerte und wie wir sie nicht häufig im deutschen Volke erleben. Die Jorues-erregung staute ab, der Unmut hat sich gesteigert. Ich frage den Herrn Reichskanzler: Was ist geschehen, um jener englischen Provokation entgegenzutreten? Darüber sollten wir noch genauere Aufklärung erhalten, und dann auch darüber, ob etwas Wahres daran ist, daß wir bereits früher in Verhandlungen mit Frankreich allein hätten eintreten können. — Bedauerlich ist, daß ein Teil der Presse während der Verhandlungen die schwe-rige Lage unserer Unterhändler noch erschwert hat, indem sie Redungen ausländischer Mütter über die schwächliche Haltung unserer Regierung weiter kolportierten. (Sehr wahr! rechts.) So wurde die pessimistische Stimmung genährt, bis dann zum Ueberflus auch noch der Rücktritt des Staatssekretärs des Kolo-nialamts dazukam, der selbstverständlich gedeutet werden mußte als vollständiges Desavoué dessen, was durch die Verhandlungen erzielt war. Wir haben von vornherein gegen ein selbständiges Kolonialamt aus den Erfahrungen anderer Staaten heraus sehr erhebliche Bedenken geäußert, weil es die Gefahr ständiger Reibungen in sich birgt, und es fragt sich, ob es nützlich wäre, zu dem früheren Zustand zurückzukehren und das Kolo-nialamt als Abteilung des auswärtigen Amtes wiederherzustellen. (Große Heiterkeit.) Die

Indiskretionen in der Presse

von denen im Anschluß daran die Rede gewesen ist, haben gezeigt, daß unsere offiziöse Presse durchaus nicht auf der Höhe gewesen ist. Ein besonders unglücklicher Zustand ist, daß wir drei Pressebüreaus haben, ein Pressebüreau des aus-wärtigen Amtes, ein des Reichsmarineamts und ein des Kolonialamts. (Sehr richtig!) Was nun das Ab-kommen selbst anlangt, so wird uns da in einer Reihe von Para-graphen die wirtschaftliche Gleichberechtigung zugesichert. Aber es schreit uns nicht gegen eine stillschweigende Umgehung dieser Para-graphen. Durch die Art der Ausschreibung der Submissionen können wohl einzelne Nationen bevorzugt werden.

Der zweite Teil des Abkommens betrifft die sogen. Kom-pensationen. Selbstredend waren Kompensationen nötig, wenn wir Frankreich diese Stellung in Marokko einräumen wollten. Es ist die Frage, ob wir die Kompensationen nicht auf anderem, wirtschaftlichem Gebiete, etwa der kolonialen Zoll-politik, hätten suchen sollen. Nun ist über das Kongoabkommen die Schale der bittersten Kritik ausgegossen worden. Es verspricht wenig Erfolg, diesem Uebermaß der Kritik gegenüber die Stimme nächster Beurteilung zur Geltung zu bringen. Immerhin handelt es sich doch keineswegs bloß um wertlose Stücke. Gewiß ist wertloses Gebiet neben dem wertvollen vorhanden. Das hat auch der Kanzler anerkannt. Die Frankreich eingeräumte Croppen-strafe ist wohl nicht so militärisch bedenklich, wie das Berliner Tageblatt will; aber es ist wahr, daß die Bestimmungen über diese Strafe leicht Anlaß zu Zwistigkeiten bieten können. (Zu-stimmung.) Jedoch sind diese Dinge am besten ihre Behandlung in der Kommission. Ich fürchte, daß diejenigen sich täuschen, welche von dem Abkommen eine dauernde Besserung unserer Beziehungen zu Frankreich erhoffen. Man lese, was die französische Presse, besonders der „clair“, allerdings ein ausgesprochen deutschfeindliches Blatt, schreibt. Ich zweifle nicht an der Friedfertigkeit der gegenwärtigen französischen Regierung. Aber friedfertige und humane Bestrebungen und Gesinnungen erweisen sich als ohnmächtig gegenüber der Macht der wirtschaftlichen Gegensätze und gegenüber den Volkseigenheiten. (Sehr wahr! im Zentrum und rechts.) Ich erinnere daran, daß im September dieses Jahres ein Friedens-kongress nach Rom berufen worden war (große Heiterkeit, beson-der im Zentrum), ein paar Tage bevor das bekannte Ultimatum nach Konstantinopel erfolgte. (Schalkes Hört! hört!)

Darum ist es von höchster Wichtigkeit, daß im Auslande nicht die falsche Vorstellung unserer Schwäche erweckt wird. Leider wird nur zu oft Friedfertigkeit mit Schwäche verwechselt. (Schalkes Sehr wahr! im Zentrum und rechts.) Darum laden auch die eine schwere Verantwortung auf sich, die das deutsche Volk als eine Nation von Hungerleidern hinstellen. Aber das Aus-land irt sich, wenn es die wirtschaftliche Lage Deutschlands nach dem Sturm auf die Sparzassen beurteilt, den einige Kengsterlinge unternommen haben. (Heiterkeit und Zustimmung.) Unsere Finanzen sind durch die Reichsfinanzreform auf eine sichere Grundlage gestellt. (Stürmische Applaus und Heiterkeit links, lebhaft Zustimmung rechts und im Zentrum, Un-ruhe im ganzen Hause.)

Ganz besonders gestreut hat es mich, daß der Reichskanzler ausdrücklich die

Rüdenlosigkeit unserer Rüstung

herborgehoben hat. Das ist besonders erfreulich angesichts der ge-fährlichen Torheit, mit der verschiedene Blätter unsere Rüstungen als ungenügend bezeichnet haben. Wir dürfen im Auslande nicht den Eindruck erwecken, daß wir den Frieden um jeden Preis wollen. Es muß in autoritativer und unzweideutiger Weise vom Ausdruck gedrückt werden, daß wir Deutsche ganz gewiß eine durchaus friedfertige Nation sind, daß wir aber nicht gewillt sind, den Frieden um den Preis und auf Kosten unserer Weltstellung zu erlassen. (Leb! Wab!) im Zentrum und rechts. Auch der Kronprinz in der Postloge rief Bravo und klatscht zustimmend auf den Rand der Brüstung. Der Präsident schied aber keine Warnung nach oben.)

Abg. Dr. v. Erdbrunn und der Loh (Konf.): Meine poli-tischen Freunde hätten es gern gesehen, wenn die Vorlage mit einer ausführlichen Begründung versehen worden wäre. Die Begründung ist uns erst seit einigen Tagen bekannt (lebhaftes Auf-merken). Seit heute! und dann ist es ganz unmöglich, sich einen Überblick von dieser Tragweite so zu assimilieren, wie das er-forderlich wäre. Bis heute wünschen wir eine weitere Auf-klärung in größerem Umfang und deshalb sind wir auch der Meinung, daß es sich rechtfertigt, wenn in einer Kom-mission der Reichsregierung Gelegenheit gegeben wird, noch mehr

und ausführlicher sich über den ganzen Vorgang und das für und wider zu verbreiten. Wir haben auch nichts dagegen, daß in dieser Kommission die heute gestellten Anträge mit behandelt werden. Aber ich bezweifle schon jetzt, daß ein Teil dieser Anträge auch die Zustimmung meiner Freunde finden wird. (Gelächter links.) Darüber, daß die Vergütung der Schutzgebiete der Beschäftigung unterworfen werden soll, kann nach meiner persönlichen Anschauung in der Tat verschiedene Meinungen sein. (Ironischer Beifall links.) Ein endgültiges Urteil darüber behalten wir uns vor. Aber keine Kommissionsverhandlung wird uns darin wandern machen, dem Reichstag sein über den gegenwärtigen Reichszustand hinausgehendes Mitwirkungsrecht zuzugewissen. (Lebhafter Beifall links: Natürlich!) Nach der Natur der Dinge, um die es sich bei derartigen auswärtigen Verträgen handelt, kann nur eine Stelle mit einheitlichem Willen, mit der nötigen Kenntnis und Ueberacht solche Vorgänge sachgemäß leiten. Im Interesse einer wirklich gedeihlichen Entwicklung ist es ganz unmöglich, solche Dinge einer Körperschaft wie dem Reichstag zu überweisen. (Zurufe h. d. Soz.: Verfassung! Frankreich!) In England, Frankreich und Italien, wo wir ja solche Vorgänge eben jetzt vor Augen haben, sind derartige Entscheidungen von den Regierungen allein getroffen worden ohne maßgebende Mitwirkung und Genehmigung der Parlamente.

Die Reichsleitung kann sich, in der Sache selbst, nicht wundern über manche ihr ungeschicklich erscheinende Einwände, nachdem sie uns in die sehr schwierige Lage versetzt hat, ohne tatsächliche Grundlagen zu müssen. Das ist um so schwerer, als es sich um Gebiete handelt, die nur sehr wenigen unter uns genug bekannt sind, um sie selbständig beurteilen zu können, und als die Vorgänge von einer Geheimhaltung umgeben waren, die ja wahrhaftig im Interesse der Sache notwendig war, die aber dem Augenstehenden unmöglich machte, sich ein Bild von den Vorgängen zu machen. (Sehr richtig! rechts.) Außerdem kommt hinzu, daß der Mann, der vielleicht als einziger die Sache gründlich versteht, erklärt hat: Ich kann das mit meiner Verantwortung nicht bedenken.

Dieser Rücktritt hat sich unter Begleitererscheinungen vollzogen, die uns nicht sehr erfreulich gewesen sind und die auch der Reichskanzler nicht ganz hat entkräften können. Ich habe zu meiner großen Freude von ihm gehört, daß er mindestens die Fähigkeit des bedeutenden Kolonialmannes anerkennt. (Sehr richtig!) Es müßte ja beinahe so scheinen, als ob die Reichsleitung von vornherein einen Mann in diese Stellung gebracht hätte, der so ganz und gar unfähig gewesen wäre. (Weiterkeit.) Aber ich hätte doch noch etwas mehr gewünscht. Es ist diesem verdienstlichen Beamten auch noch ein anderer Vorwurf gemacht worden, nämlich daß in seinem Amte

Schwere Verletzungen der Geheimhaltung wichtiger Staatsangelegenheiten

stattgefunden haben, durch die in der Tat das Interesse des ganzen Landes gefährdet sein konnte. Ich hätte mich gefreut, wenn der Reichskanzler auch diesen Vorwurf in Abrede gestellt hätte oder daß, wenn man einen Vorwurf in dieser Beziehung zu erheben hat, man die Disziplinaruntersuchung gegen den Mann einleitet, der sich derartiges hat zuschulden kommen lassen. Aber ich halte es nicht für richtig, wenn eine offiziöse Deutung erscheint, die das ganze Amt in ein schlechtes Licht stellt. (Lebhaftige Zustimmung.)

Rum zu dem Abkommen! Meine politischen Freunde sind durch das Abkommen nicht befriedigt, und wir lassen offen, daß mehr und auch Besseres sich würde haben erreichen lassen. Was wir preisgeben, was wir konzessiert haben, ist in unseren Augen ganz außerordentlich viel. Jetzt ist Marokko einfach politisch vollständig Frankreich überantwortet, und man kann von einem selbständigen Marokko einfach nicht mehr sprechen, und das geschieht mit der Zustimmung des Deutschen Reiches! Das ist eine Konzession, die eine weitreichende Wirkung haben kann und auch haben wird, daß man wohl erwarten darf und erwarten durfte, daß das, was wir dafür eingetauscht haben, doch einen sehr hohen Wert in sich getragen hätte. Diesen hohen Wert können wir nun in dem, was hier gewonnen worden ist, zunächst nicht erkennen. Man hat unsere wirtschaftlichen Berechtigungen in Marokko in eine ganz schöne Reihe von Paragraphen gebracht, in denen allerlei Zusicherungen gegeben werden. Aber jedermann weiß doch, daß derartige Zusicherungen Dinge sind, die sich ändern können und die anders ausgelegt werden können, als man es sich im gegenwärtigen Augenblick denken kann. Als letzte Sicherung haben wir bloß das Schiedsgericht, auf dessen Zusammensetzung Frankreich einen sehr maßgebenden Einfluß hat. Im übrigen sind die Rechte, die Deutschland bekommt, auch der übrigen Welt zugestanden. Wo ist da die Sonderstellung des Deutschen Reiches! Sind wir bloß der Randstar Europas? Sätten wir nicht auch erwarten dürfen, daß auch das Deutsche Reich ein Sonderrecht bekommen hätte. (Lebhaftige Zustimmung rechts.) Sicherungen und das Definitivum enthalten die Abmachungen nach unserer Auffassung nicht. (Sehr richtig! rechts.)

Nach unseren Informationen ist der uns zugewiesene Kongo doch ein klimatisch, gesundheitlich, sanitär, wirtschaftlich fragwürdiges Objekt.

(Sehr richtig! und Weiterkeit.) Wir wollen und können natürlich nicht in Abrede stellen, daß diese Wästen und Sümpfe nicht einmal schließlich entwicklungsfähig sind. (Weiterkeit.) Aber wir sagen, und was hier der Staatssekretär des Kolonialamtes gemeint hat, als er nicht geglaubt hat, die Dinge mit seiner Verantwortung vertreten zu können, das ist uns eigentlich ungeschweizer verständlich. (Zustimmung und Weiterkeit.) Wir neigen deswegen der Meinung zu, daß man aus der Situation doch mehr hätte herauszuholen sollen. Die Algecrasatte konnte natürlich nicht aufrechterhalten werden, denn sie war zertrüffelt. Aber wir hätten uns vollständig freie Hand für unsere Ansprüche in der Zukunft behalten sollen und hätten auch den Entschluß haben müssen, sie in gegebener Zeit zur Tat zu machen. Das würde mehr Bedeutung haben als das hier Vorgelagte. Frankreich fühlt sich bei der Situation jetzt ganz wohl. (Lebhaftige Zustimmung rechts.)

Durch Nachgiebigkeiten sichern wir uns aber nicht den Frieden, sondern durch das deutsche Schwert.

(Lebhafter Beifall und lautes Rufen des Kranzringens auf der Tribüne.) Wir müssen gewillt sein, auch das Schwert zu gegebener Zeit zu ziehen. (Beifall rechts.) Sogelblich ist die Kritik auf unsere Regierung verniedrigelacht. Wir halten es nicht für richtig, die Regierung vor dem Auslande herunterzuziehen. (Zuruf links: Wreslau!) Unsere deutschen Unterhändler haben ein hohes Maß von Geduld, Arbeitskraft, Opfermut und Willigkeitsgefühl entwickelt. Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, darüber hinaus ein scharfes Urteil zu fällen, ob die Art, in der da verfahren worden ist, richtig war. Aber wir dürfen nicht ganz vergessen, daß die Regierung auch Positionen gegenüberstand, in denen sie nicht ganz frei war, und daß es nicht ganz leicht war, unter allen Umständen sich Vorteile und Zugeständnisse zu sichern, wenn man sich Positionen gegenüber befand, die schon zum Teil ausgegeben waren. (Zurufe links: Aha!) Da muß man davon absehen, in der Vergangenheit herumzugraben, um alle möglichen Schuldigen herauszuholen. (Lebhaftige Zustimmung rechts.)

Rum zu den Reden, die der Reichskanzler als Tischreden bezeichnet hat. Wir und das ganze deutsche Volk legen diesen Reden doch eine etwas weitergehende Bedeutung bei. Der Reichskanzler hat mitgeteilt, daß bei der Entsendung des „Panther“ allen europäischen Höfen erklärt wurde, daß Deutschland seinen Landwerb beabsichtige. Also auch der englischen Regierung ist das mitgeteilt worden. Wenn man da nun einen solchen Ton hört, nicht bloß eine Tischrede, sondern eine Aussprache auf der Grundlage von Beratungen des ganzen Ministeriums, in einer Sprache, die wir ganz einfach als eine Drohung, als eine Herausforderung ansehen müssen, dann handelt es sich um andere Dinge als Tischreden. (Lebhafter Beifall wesentlich rechts u. h. d. Antifemiten.) Das sind ganz besondere Tischreden, solche Tischreden verbietet sich

das deutsche Volk. (Stürmischer Beifall bis zu den Nationalliberalen.) Wenn es nun den Herren Engländern gefällt, diese Dinge zu vergessen, wenn sie nun angeblich nichts mehr davon wissen, nachdem es nicht gelungen ist, Frankreich und Deutschland in einen Krieg zu verwickeln, der vielleicht nicht zum Nachteile Englands gewesen wäre, so kann man das vom englischen Standpunkte aus verstehen. Aber wir Deutsche haben es noch nicht vergessen, und wir fragen uns, ob wir geträumt haben. Ist es nicht wahr, daß ein Vorkämpfer an einem europäischen Hofe in einer Weise über uns sich ausgelassen hat, die uns die Schamröde ins Gesicht streifen ließ? (Lebhaftige Zustimmung.) Wie ein Mäh in der Nacht hat das alles dem deutschen Volke gezeigt, wo sein Feind sitzt. Das deutsche Volk weiß es jetzt, wenn es sich in der Welt ausbreiten will, wenn es den Platz an der Sonne haben will, wer dann derjenige ist, der über alles gebieten will. (Lebhafter Beifall rechts.) Das deutsche Volk wird in solchen Fällen eine deutsche Antwort zu geben wissen. (Erneuter Beifall, zumal bei den Antifemiten.) Ich weiß nicht, welche Antwort die Regierung gegeben hat. Es handelt sich aber hier um die Existenz Deutschlands, so etwas läßt sich kein Volk und am allerwenigsten das deutsche Volk gefallen. Die Regierenden haben zu entscheiden, sie haben das Recht dazu, aber auch die Pflicht, und wir erwarten, daß sie von dem Befehl der Ehre der deutschen Nation getragen werden. (Lebhafter Beifall.) Ich erkläre aber, daß wir Deutschen bereit sind, die erforderlichen Opfer zu bringen. (Beifall rechts, stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten: Aus den Taschen der Arbeiter! Großer Lärm rechts, lebhaftes andauernde Urur.)

Präsident Graf Schönerer: Wir müssen unter allen Umständen auf die Würde der Verhandlungen bedacht sein. Ich bitte, solche stürmischen Unterbrechungen im Interesse des Reiches und des Deutschen Reichstages zu unterlassen.

Hg. von Hennebrand: Ich habe im Namen meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir bereit sind, wenn die Stunde und das Land und unsere Ehre es erfordern, nicht bloß Opfer zu bringen an Blut, sondern auch an Gut (großes Gelächter bei den Soz. und Zurufe: Erbstaatssteuer!); wir werden geben, was notwendig ist. Wir sind auch bereit, das Vermögen der Besiehenden auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern. (Stürmisches Gelächter links und erneute Zurufe: Erbstaatssteuer!) Es soll das Vermögen der Lebendigen sein, nicht der Toten. (Großes Gelächter links und Rufe: Aha!) Man kann über die Erbstaatssteuer verschiedener Meinung sein. Aber nachdem wir gesehen haben, daß zwei Jahre lang wegen dieser Frage sich eine Kluft aufgetan hat in der bürgerlichen Gesellschaft, daß das Bürgerthum gespalten ist von einem Ende zum anderen, zum Schaden des Vaterlandes, dann sind wir der Meinung, daß nicht eine neue Kluft aufgetan wird, nicht ein neuer Streit angefaßt wird, wenn eine nationale Tat geboren werden soll. Man mag nehmen, was notwendig ist, wir sind bereit, die Konsequenzen der ernstesten Situation zu ziehen; wir erwarten aber auch, daß die Regierung sich von denselben Gefühlen leiten läßt. Da gilt keine Regierung, kein Reichstag, kein Herr oder Knecht. Nichtmüdig ist die Nation, die nicht ihr alles setzt an die Erhaltung ihrer Ehre. (Stürmischer Beifall rechts.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Riberken-Wiedacher: Auf einen Punkt der Ausführungen des Vorredners muß ich sofort antworten. Es ist in der „Neuen freien Presse“ ein Artikel erschienen, welcher dem englischen Vorkämpfer in Wien zugeschrieben worden ist. Wir haben bei der englischen Regierung sofort deswegen angetraut und die englische Regierung hat uns amtlich erklärt und uns ausdrücklich ermächtigt, diese Erklärung zu veröffentlichen, daß der Vorkämpfer weder zu der Veröffentlichung des Artikels in irgendwelchen Beziehungen steht, noch daß dieser Artikel durch irgendwelchen Mittel der Postfach beeinträchtigt war. (Zuruf rechts: Wer weiß, ob es wahr ist.) Das ist doch die allermindeste nationale Kourtoisie, daß, wenn eine Regierung uns eine amtliche Erklärung abgibt, wir ihr Glauben schenken, und man dann nicht von uns verlangen kann, daß wir in einer solchen Erklärung ein Mißtrauen sehen.

Hg. Bebel (Soz.):

Auf die Brandrede des Herrn v. Hennebrand werde ich im Laufe meiner Ausführungen zu sprechen kommen. Zunächst möchte ich mich nur mit seinen Eingangsworten beschäftigen. Er hat gemeint, es sei notwendig, daß der Reichstag in dieser Angelegenheit ein Urteil fälle und sich damit einverstanden erklärt, daß die vorliegenden Anträge und das Abkommen einer Kommission überwiesen werden sollen. Ich freue mich dieser Zustimmung, die zu anderen Ausführungen, die er im Laufe seiner Rede gemacht hat, in starkem Widerspruch standen, denn, Herr v. Hennebrand, wenn der Reichstag in Wirklichkeit in dieser Angelegenheit ein Urteil ablegen soll, so muß er auch in die Lage versetzt werden, darüber abstimmen zu können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie ausgeführt haben, daß es dem Reichstag unmöglich sei, weil er nicht in die intimsten Einzelheiten eingeweiht sei, in dieser so wichtigen Angelegenheit ein Urteil abgeben zu können, scheinen Sie gar nicht zu wissen, daß dasselbe Abkommen in diesen Tagen der französischen Kammer vorgelegt worden ist, und daß diese wohl in der Lage ist, ihr Urteil in Abstimmungen kundzutun. Während wir bis jetzt keine Aussicht haben, von der Regierung ein Weißbuch zu bekommen, also die Noten mitgeteilt zu erhalten, die im Laufe monatelanger Verhandlungen ausgetauscht worden sind, bekommt die französische Kammer im Gegensatz zu uns alle Aktenstücke und Informationen, die sie überhaupt wünscht. Das ist bei dem dortigen Regierungssystem selbstverständlich und ist der französischen Kammer bei der Einreichung des Abkommens ausdrücklich zugesagt worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Hennebrand, der Sie heute so viel von der Ehre und Würde der deutschen Regierung gesprochen haben, empfinden Sie es gar nicht als eine

Schmach für den Deutschen Reichstag,

wenn man ihm zumutet, in dieser wichtigen Angelegenheit nur Reden zu halten, aber kein Urteil fällen zu dürfen? (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen hat Herr v. Hennebrand heute wieder die Lehre vom beschränkten Unterrichtsverbot gepredigt; er hat sich dagegen gewandt, daß man die Regierung verabscheue; aber was war die heutige Rede des Herrn v. Hennebrand anders, als eine Herabsetzung der Handlung der Regierung, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. In Breslau hat Herr v. Hennebrand ja erklärt, daß die Regierung nichts sei als die Beauftragte der guten Patrioten.

Das ist übrigens nichts weiter als die Bestätigung eines Satzes des kommunistischen Manifestes, das 1847 Marx und Engels verfaßt haben, wonach die Regierungen nichts weiter sind als der Verwaltungsausschuß der bestehenden Klassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie es in Wahrheit mit dem Patriotismus und der Opferwilligkeit der Konserverativen aussieht, haben Sie bei der Reichsinzonenreform bewiesen, wo Sie die Steuern aus den Taschen der Armen und Alten genommen haben. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie haben sich damals geweert, den Weich anzutreffen. Sie haben sich geweert, daß überhaupt eine direkte Einkommensteuer beschlossen wurde. Herr v. Oldenburg-Januschau war es, der erklärte: Dem Reichstag, der aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen ist, vertrauen wir unser Vorkommene nicht an. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das scheinen die Herren heute alles vergessen zu haben, wenn sie von ihrem Patriotismus und ihrer Opferfreudigkeit reden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auf der einen Seite appellieren die Herren an den Patriotismus der Massen, und auf der anderen Seite vorenthalten sie derselben Masse das einfachste Recht, das allgemeine Wahlrecht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da sollten sie den Mund

halten, wenn es sich um Patriotismus handelt. ((Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Ausführungen des Herrn v. Hennebrand liefern zum Teil auf nichts weniger heraus, als auf die

Drohung mit dem Kriege.

Denn was wäre die Folge gewesen, wenn keine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland kam, wenn der Moment eintrat, den Sie wünschten, daß man ohne Resultat auseinandergegangen wäre? Dann wäre auf beiden Seiten die Debe in der tollsten Weise losgegangen, dann hätte man mit aller Gewalt zum Kriege gebrängt. Was dieser Krieg bedeutet, darüber werde ich später noch sprechen.

Zunächst möchte ich Sie bitten, den von uns gestellten Antrag anzunehmen. Wir können nicht damit einverstanden sein, daß wir nur wie eine quantität négligeable — ein Nihil! — behandelt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Engländer, die Italiener, die Oesterreicher, sogar die Chinesen, wenn die neue Verfassung Gesetz wird, haben das Recht, über solche Verträge abzustimmen. In den Verfassungsgrundsätzen, die der Reichsausschuß für die neue Verfassung in China entworfen hat, heißt es ausdrücklich: „Beratung aller internationalen Verträge und Zustimmung zu denselben“. Dies Recht wollen aber die ostelbischen Junker uns mit aller Gewalt vorenthalten.

Wie wichtiger, als uns Marokko ist, sind uns die Zustände bei uns in den Ostprovinzen,

unser Osten ist unser Marokko

(Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten), dort ist noch Raum für so viel Menschen, die wir in Marokko gar nicht unterbringen könnten. Ihre Politik — nach rechts — verhindert eine derartige Entwicklung.

Wir könnten ja auch mal einen Kaiser haben, der außerordentlich schenkungsbedürftig ist und gern Geschenke macht, auch Geschenke an andere Staaten. Sollen wir da nichts zu sagen haben, wenn solches Kolonialgebiet einfach verschenkt wird? Wenn Sie das verhindern wollen, müssen Sie das Recht haben, hier nicht nur zu reden, sondern auch zu stimmen. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Was nun die Verträge selbst betrifft, so befinden wir uns in einer sehr merkwürdigen Lage. (Zwischenrufe bei den Nationalliberalen.) Nun, wir haben ja bei dem russischen Handelsvertrag die Regierung mit unseren Stimmen gerettet. Und wie stand es denn bei der Verfassung für Elsaß-Lothringen? Wir erschrecken keineswegs davor, für die Regierung zu stimmen, wenn sie einmal vernünftig ist. (Große Heiterkeit.) Wenn sie mit guten Vorschlägen kommt, sehen wir auf ihrer Seite. So prinzipielle Gegner der Regierung sind wir nicht, daß wir guten Vorschlägen, welche sie macht, nicht zustimmen sollten. Aber unsere Lage bei diesen Verträgen ist um so eigenartlicher, als wir heute hier über einen Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich beraten, der ein Land betrifft, über das wir gar kein Verfügungsrecht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sonst ist es doch üblich, daß die Regierung des Landes, das in Frage kommt, bei den Verhandlungen beteiligt ist. Nachdem Frankreich und Deutschland über den Vertrag übereingekommen sind, legen sie ihn den Algecrasmächtigen zur Zustimmung vor, darunter auch dem Sultan von Marokko, ganz ob dieser ein fremder Herrscher wäre. In der Form ist das zwar anders, in der Sache aber ganz dasselbe Verfahren, das Italien der Türkei gegenüber einschlägt. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Indem es einfach brutal über ein Land herfällt und es für annektiert erklärt, auf das es auch nicht das geringste Anrecht hat. Mit Marokko liegt die Sache ganz ähnlich. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

In den letzten 80 Jahren, seit der Madrider Konferenz von 1881 spielt die Marokkofrage hier im Reichstage eine Rolle. Auf einen historischen Rückblick will ich verzichten, aber wenn Freiherr v. Hertling erklärte, 1906 soll dem Reichskanzler Bülow von Frankreich ein vorteilhafterer Vertrag angeboten sein, so soll er doch beachten, daß vier Monate vorher die

Reise nach Tanger

erfolgte, wo der Kaiser erklärte, er hoffe, daß der Sultan ganz souverän bleibe, ganz ähnlich, wie er sieben Jahre vorher erklärt habe, die Muselmanen, die über die ganze Welt gestreut seien, sollten wissen, daß der deutsche Kaiser zu allen Zeiten ihr Freund sein werde. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie es nach den Vorkommnissen in Marokko und Tripolis in weiten Kreisen der Rabamatmedaner aussehend wird, ist eine andere Frage. Alle Sympathien, die wir uns im Laufe der Jahre, zum Teil auch durch diese Reden des Kaisers erworben haben, werden verloren gehen, und auf der anderen Seite steht kein Gewinn. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch darauf will ich noch hinweisen: als wir kurz vor der Marokkofrage hier im Reichstage über die Frage verhandelten, und Bülow hier am 9. September eine Erklärung abgab, in der er hervorhob, wir verlangen keine Gebietsabtretung, aber Abkündigung unserer politischen Stellung zu Marokko als einen selbständigen Staat und wirtschaftliche Gleichberechtigung, da hat kein Mitglied der bürgerlichen Parteien dagegen protestiert. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Dann kam das Abkommen vom 9. Februar 1900, worin ausdrücklich erklärt wird, daß Deutschland nur wirtschaftliche Interessen in Marokko habe, im Gegensatz zu Frankreich, das dort auch politische Interessen zu vertreten habe. Bei der Gelegenheit erklärte Freiherr v. Hertling, er wünsche um Marokkos willen keinen Krieg. Ganz ähnlich hat auch der Abgeordnete Wassermann sich damals in der nachdrücklichsten Weise mit dem Abkommen von 1900 einverstanden erklärt. (Zuruf des Abgeordneten Wassermann.) Ganz klar und deutlich hat Herr Wassermann in seiner Rede zum Ausdruck gebracht, daß er als Folge der Verträge eine Verbesserung unserer Beziehungen zu Frankreich erhoffe. (Erneuter Zuruf von Wassermann.) Ich kann Ihre Rede doch nicht ganz verstehen, aber dies ist klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, und ebenso von anderen Rednern. Die Franzosen haben meines Erachtens die Vollmacht, die ihnen durch jenen Vertrag gegeben wurde, nur ausgeführt. Was heißt es denn, Sie können dort politische Interessen wahrnehmen. Wenn diese Interessen die Annexion des Landes verlangen, so kann auf Grund dieses Vertrages auch dagegen keine Einwendung erhoben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der ganze Vertrag ist so zugunsten Frankreichs abgeschlossen, daß Frankreich bei allem, was es getan hat, sich auf dieses Abkommen berufen kann. Nun wissen wir ja, daß hinter dem ganzen Streit die

Moralität gewisser Kapitalistencliquen

steht. In Wahrheit ist die Kolonialpolitik eine Kapitalistenpolitik. Bismarck hat ausgeführt, es handelt sich bei ihm nur darum, recht rasch Millionen zu sichten. Mit einem Satz war dort der ganze Zweck der Kolonialpolitik ausgedrückt. (Sehr wahr! bei den Soz.) In diesem Augenblick, wo hier das Abkommen über den Kongo vorliegt, hat sich herausgestellt, daß auch unser berechteter Kollege Semler seine Hände dort im Spiele hat und bei der Sache interessiert ist. Es gibt eben nichts so Internationales als das Kapital. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Und weil die Arbeiter das begreifen haben, haben sie die Internationale gegründet, denn sie wissen, daß sie mit dem internationalen Kapital nur durch eine internationale Organisation fertig werden könnten. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Empörung der Stämme gegen Mulay Hafid war sehr erklärlich. Der ist ja überhaupt ein höchst merkwürdiger Heiliger. Seine eigenen Angehörigen nennen ihn einen Lügner, einen Thronen, ein brutales Vieh. Die rebellierenden Häuptlinge wandten sich an Europa um Schutz gegen

ihn und erzählten geradezu haarsträubende Geschichten, in welcher fürchterlicher Weise dieser Mensch sie bedrückte, wie grauenhafte Schweißarbeiten er sich zuschulden kommen lasse, ganz in der Art orientalischer Despoten.

Nun hat freilich der Marsch auf Fez unsere deutschen Kolonialpatrioten in höchstem Maße beunruhigt. So äußerte die „Post“ bereits am 21. März, sie sehe ihre Hoffnung auf den Staatssekretär, der Mulay Hafid klarmachen sollte, er könne sich auf die Unterstützung Deutschlands verlassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damals ahnte allerdings die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ noch nicht, daß die Franzosen bereits Mulay Hafid an der goldenen Seite hatten, daß sie ihm 80 Millionen gepumpt hatten, und daß Mulay Hafid bereit war, für Geld seine sämtlichen Souveränitätsrechte an die Franzosen zu verkaufen. (Lebhaftes Hört! hört!) Auch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meinte im April, wenn die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Landes unmöglich sei, so mühten wir unseren Anteil an dieser Ländergruppe fordern. Hier taucht zum erstenmal das Verlangen auf, daß wir in Marokko kolonialen Besitz erwerben sollen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ erklärte am 28. April, die Regierung würde bei einem Vorgehen gegen die ungerechten Machtgelüste der Franzosen das ganze Volk hinter sich haben, und wenn Deutschland mit seinen 5 Millionen Soldaten etwas wolle, so möge Frankreich sich gesagt sein lassen, es sei gefährlich, Deutschland herauszufordern. Es wird also geradezu mit einem Kriege gedroht. Auch in anderen, sehr einflussreichen, bürgerlichen Blättern heißt es, daß Deutschland nötigenfalls in einen Krieg wegen Marokko eintreten werde.

Gegen das Vorgehen Frankreichs wendet sich ja nunmehr das auswärtige Amt. Es soll angeblich in Paris protestiert haben, aber dort sei man schwerhörig gewesen, und da habe man zu der Demonstration der Entsendung des „Panther“ nach Agadir gegriffen, nicht um Land zu erwerben, sondern um den Franzosen zu zeigen, daß man zu Verhandlungen sehr ernst gestimmt sei und unter allen Umständen Gehör verlange. Dieser

„Panther“-Spaziergang nach Agadir

hat nun mit einem Male der Frage ein ganz anderes Gesicht gegeben. Die gesamte deutsch-nationale, alldoische und Kolonialpresse jubelt, „endlich eine Taufe“. Endlich hätte die Stagnation der äußeren Politik aufgehört, endlich zeige man dem Auslande, daß man noch da sei und seine gebührende Stellung in der Welt fordere usw. Die Regierung selbst erklärte allerdings am 8. Juli, daß in Agadir und Umgegend wohnende deutsche Firmen sich durch eine Unruhe unter den Eingeborenen bedrückt fühlen, und daß das Schiff nach Herstellung der Ruhe und Ordnung den Hafen von Agadir wieder verlassen werde. In der offiziellen Presse aber behauptete man im Gegenteil, der „Panther“ sei nach Agadir geschickt, um gleichsam einen Vorposten abzugeben und die Inanspruchnahme von Sus für Deutschland zu erreichen.

Im Auslande erregte das natürlich das größte Aufsehen, vor allem in England. Schon am 8. Juni hatte der Ministerpräsident Asquith gesagt, die Marokkofrage nehme ein sehr bedenkliches Gesicht an. Am 27. Juni, 5 Tage nach der Rede von Lloyd George, sprach er sich dahin aus, man habe Aufklärung verlangt und zu erkennen gegeben, daß, wenn es sich darum handele, in Marokko festen Fuß zu fassen, in hohem Grade englische Interessen ins Spiel kämen. Ich möchte den Staatssekretär fragen, ob er sich denn nicht darüber klar geworden ist, welchen Eindruck die Anwesenheit des „Panther“ auf England machen würde, und nicht er allein, denn das Programm soll ja schon am 15. Mai zwischen dem Kaiser, dem Reichszugler und ihm vereinbart worden sein. Um uns die Situation klar zu machen, müssen wir fragen, was würden wir denn an Englands Stelle gefast haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) England konnte von seinem Standpunkt gar nicht anders handeln. Allerdings meine ich auch, daß wir gar keine größere Dummheit hätten machen können, als wenn wir uns ernsthaft in Sus festlegen wollten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Hafen von Agadir hätte für uns bedeutet, daß wir 40, 50, 60 Millionen in die Befestigung und den Ausbau hätten stecken müssen, daß wir 1 bis 2 Armeekorps beständig in Afrika hätten präsent halten müssen, daß unserer Flotte im Falle eines Krieges jede Möglichkeit genommen war, einzugreifen, denn jedes deutsche Schiff hätte zwischen England und Frankreich den Kanal durchfahren müssen und wäre unrettbar ein Opfer dieser beiden Feinde geworden. Deutschland hätte also seinen größeren Fehler in seiner ganzen Politik begehen können, und in der deutschen Presse war die Auffassung verbreitet, daß der „Panther“ nach Agadir geschickt sei lediglich zu dem Zweck, dort festen Fuß zu fassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Als der Kaiser von der Nordlandreise zurückkehrte, und es nach seiner Zusammenkunft mit dem Reichszugler verlautete, man wolle keinen Krieg wegen Marokko anfangen,

ein allgemeiner Schrei der Entrüstung durch einen Teil der deutschen Presse

die Person des Kaisers wurde in einer Weise angegriffen, daß, wenn ein sozialdemokratischer Redakteur sich derartiges erlauben hätte, er unfehlbar mit Jahren Gefängnis bestraft worden wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diesmal hat sich selbstverständlich kein Staatsanwalt gerührt. Es wird da behauptet, der Kaiser habe bewirkt, daß Deutschland ein neues Olmütz drohe. Es wird gefragt, ist das alle Preudentum zugrunde gegangen, sind wir ein Geschlecht von Weibern geworden? Was ist mit den Hohenzollern geschehen, aus denen einst ein großer Kurfürst, ein Friedrich der Große, ein Kaiser Wilhelm I. hervorgegangen ist? Der Kaiser solle die stärkste Stütze der englisch-türkischen Politik sein (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), er solle die Hoffnung Frankreichs sein (erneutes Hört! hört!), in Frankreich gehe das Wort: „Guillaume le timide, valeureux et poltron.“ (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich wiederhole, würde ein sozialdemokratischer Redakteur ähnlich gesprochen haben, es wäre ihm sehr schlecht gegangen. Am 14. August veröffentlichte die „Post“ eine ganze Reihe von Zustimmungserklärungen zu ihrem Artikel. An ihrer Spitze steht ein 80jähriger Generalleutnant a. D. (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), der den Artikel mit innerem Jubel begrüßt hat, ähnlich spricht sich ein Hofprediger a. D. aus. Wir haben ja in diesen Monaten erlebt, wie insbesondere

ein Teil der protestantischen Geistlichkeit an der Spitze der Kriegslieger

gestanden hat. Die „Evangelische Kirchenzeitung“ schloß einen Artikel mit den Worten: „Dann marschieren wir!“ (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), das sind die Diener der christlichen Bruderliebe. Endlich am 24. August, 20 Tage nach dem Artikel, erklärte dann der Chefredakteur der „Post“, der Artikel sei ohne sein Wissen und Willen aufgenommen, er sei

eine Ferienentsleistung.

Weiläufig ist er bereits am 8. August in Berlin angekommen und hat also 20 Tage gebraucht, um dies Vater peccavi zu sagen. In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wurde behauptet, Ende Juli habe der Staatssekretär eine ganze Reihe von Redakteuren und Führern der politischen Parteien in Berlin zusammenkommen lassen und dabei sei ganz deutlich das Verlangen des auswärtigen Amtes die Erklärung abgegeben worden, die Sendung des „Panther“ nach Agadir habe keine andere Bedeutung gehabt, als daß man dort festen Fuß fassen wollte. Diese Behauptungen können doch dem Staatssekretär nicht unbekannt sein, und die vielen weiteren Versicherungen, er sei wankelmütig und besäße keinen Charakter; auch in der Rede des Abgeordneten Wasserer auf dem Sommerfest der Rationalliberalen, ist dies zum Ausdruck gekommen. Damals sprach sich Wasserer lobend über die aggressive Politik aus. Ein paar Wochen später klang es freilich anders. Da hatte sich herausgestellt, daß alle die schönen Hoffnungen, die man auf den Minister in bezug auf ein Stück Marokko gesetzt habe, ins Wasser gefallen seien. Wie können solche Behauptungen in die Welt gehen, ohne daß auch nur das Geringste wahr ist? Koch vor

wenigen Tagen wurde in den Leipziger Neuesten Nachrichten“ erklärt, der „Panther“ ging nach Agadir, weil wir einen Teil von Marokko wollten, alles andere sei feierliche Lüge. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben zu gleicher Zeit auch erfahren, was man mit der Kriegshege noch bezweckte. So äußerte sich das „Deutsche Armeebblatt“, für die inneren deutschen Verhältnisse wäre

ein großzügiger Waffenkampf

recht gut, wenn er auch in einzelne Familien Tränen und Schreden bringt. Man brauche eben eine Wahlpapierrolle. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man weiß nicht mehr, wie man mit der Sozialdemokratie fertig werden soll und da wäre ein auswärtiger Krieg ein vortreffliches Ablenkungsmittel gewesen. Die „Post“ schreibt am 28. August, daß ein Krieg nur vorteilhaft sein kann, und daß er die Gesundung vieler politischen und sozialen Zustände herbeiführen könne. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch deutlich

Es ist dieselbe Taktik, die Napoleon III. zu beachten pflegte, wenn er in inneren Verlegenheiten nicht ein und aus wußte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch Ende Oktober und Anfang dieses Monats klang es in der „Magdeburger Zeitung“ genau wie heute bei Herrn v. Heubrand im grimmigen Ton gegen England. Da heißt es: „Und Ihr im Reichstag fragt uns, wieviel Schiffe Ihr braucht, fragt, was sie kosten! Wir sind bereit, die Mittel dazu herzugeben.“

Eine größere Lüge und eine größere Heuchelei ist noch nie dagewesen.

(Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die bestehenden Klassen sind nie bereit, bei einem Kriege die materiellen Opfer zu tragen. Ich hoffe ja, daß die Erfahrungen des Jahres 1870 mit der ersten Kriegsanleihe sich nicht wiederholen, sondern daß die deutschen Bourgeois etwas mehr Opferwilligkeit zeigen würden. Ob aber die materielle Opferbereitschaft für einen solchen Krieg ausreicht, ist mir speziell nach dem, was wir in diesem Reichstage erlebt haben, sehr, sehr zweifelhaft. Das Reich, das wir heute haben, ist

ein Reich der Reichen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die ganze Steuer-, Gesetzgebung, die ganze Zollgesetzgebung, die Liebesgabenpolitik, kommt sie den Arbeitern, kommt sie den kleinen Leuten zugute? Nein, sie kommt nur den Besitzenden zugute. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was will es denn heißen, wenn die Liberalen bereit gewesen wären, bei der Steuerreform neben 400 Millionen indirekter Steuern bloß 100 Millionen direkter zu bewilligen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem man Hunderte und Tausende von Millionen auf die Schultern der armen Leute gewälzt hat, wollte man noch 4% den armen Leuten und nur 1/4 den reichen Leuten ausfüllen.

Nun ist ja jetzt England der Hauptfeind, der angeblich hindert, daß wir nicht bekommen, was wir wollten. Die Regierung hat ja vor einigen Tagen eine Erklärung abgegeben, von englischer Seite sei in keiner Weise Einspruch gegen die Verhandlungen Deutschlands mit Frankreich erhoben. Ganz stimmt das ja nicht insofern, als die bekannte Rede von Lloyd George nicht aus der Welt gebracht werden kann. Wir sind keine Englandfeinde, aber wir haben ganz außerordentlich bedauert, daß ein englischer Minister in dieser Weise sich in die Sache hineingemischt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das hat aber auch auf unserer Seite böses Blut gemacht. Ich habe stets hier im Hause, speziell in den vier Jahren, ausgeführt, daß wir gar nichts Klügeres tun könnten als uns mit England zu verständigen und England als viertes Glied in den Dreieck aufzunehmen. Als Vierbund hätte der Bund den Frieden für die Welt gesichert. Unsere deutsche Politik hat Wege gewandelt, die einer bezartigen Verhängung aus dem Wege gegangen sind. Die Folgen werden ja in der Zukunft zutage treten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Selbstverständlich hat denn auch die ganze Politik dazu beigetragen, den Flottenverein wieder auf die Bahne zu bringen. Der Flottenverein hat sofort die Situation erkannt und hat mit aller Energie dahin gearbeitet, daß

eine neue Flottenvorlage

kommt. Habe ich die Schlusssätze des Herrn v. Hertling richtig verstanden, dann hat er allerdings indirekt bereits im voraus seine Bereitwilligkeit zugesagt, neuen Rüstungen zuzustimmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten; Juruse im Zentrum: kein Wort!) Jedenfalls wird eine neue Flottenvorlage, wenn sie kommt, vom Zentrum genau so bewilligt werden wie die früheren, ebenso wie das Zentrum auch eine neue Militärvorlage und neue Steuern bewilligen wird. (Juruse bei den Sozialdemokraten: Nach den Wahlen!) Jetzt mögen Sie (zum Zentrum) es bestreiten, die Wahlen stehen ja vor der Tür, da ist es sehr unangenehm, derartige Zugeständnisse zu machen. Aber die Vergangenheit bürgt mir dafür, was in Zukunft möglich ist. Sie sind nicht vorwärts gegangen, sondern immer mehr rückwärts. Wir haben heute die Reaktion auf allen Gebieten. Die Ankündigung einer neuen Flottenvorlage hat natürlich den englischen Marineminister aufgerufen, er hat eine sehr deutliche Antwort gegeben, daß jedes Schiff, das Deutschland baue, selbstverständlich England zur Vermehrung seiner Flotte veranlassen wird. Wenn Deutschland 10 Dreadnoughts baue, so werde England 20 bauen. Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß trotz der Verträge die Rüstungen weiter gehen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was den Vertrag selbst anlangt, so hat Herr v. Heubrand zwar sehr abprechend über ihn geurteilt, er konnte aber nicht sagen, nach welcher Richtung er Änderungen und Verbesserungen wünscht. Wir sind ja in der angenehmen Lage, daß wir uns darüber die Köpfe nicht zu zerbrechen brauchen. Ich habe aber den Eindruck, daß das, was herausgeholt werden konnte, im Vertrage herausgeholt worden ist, mehr zu erreichen war angesichts der ganzen Situation kaum möglich. (Hört! hört!) Die drei ersten Artikel des Vertrages geben Frankreich Marokko vollständig in die Hand, und man hätte viel offener und ehrlicher gehandelt, wenn man direkt von der Annexion gesprochen hätte, denn sie ist die notwendige Folge des Vertrages. Der Sultan erhält zwar die Mittel, einen Harem zu halten, das ja für ihn die Hauptsache ist. (Heiterkeit.) Aber im übrigen hat Frankreich alles in der Hand, um die inneren Einrichtungen in Marokko so zu gestalten, wie es ihm gefällt. Der Sultan ist einfach eine Puppe in seiner Hand. Ob freilich die Franzosen Ursache haben werden, sich dieses, ihres scheinbaren Sieges zu erfreuen, ist eine andere Frage. Man hat davon gesprochen, daß sie in einem Kriege mit Deutschland 50—60 000 Araber nach Deutschland werfen könnten. Nun daran ist vorerst nicht zu denken, zunächst werden sie 50 bis 60 000 Franzosen nach Marokko werfen müssen, um das Land ruhig zu halten; das kann Jahrzehnte dauern. (Sehr richtig! links.) Für die auswärtige Politik Frankreichs möchte ich behaupten, bedeutet der Vertrag eine Schwächung. Dazu kommt noch ein anderes. Ramentlich wenn es Italien gelingt, sich Tripolis zu unterwerfen, so ist das gesamte Afrika durch europäische Mächte beherrscht, ganz Nordafrika hat dann den gleichen Feind, und ich fürchte, daß diese Gemeinsamkeit der Feinde auf der anderen Seite auch die Gemeinsamkeit der Bevölkerung Nordafrikas herbeiführen wird, daß wir mit gewaltigen Umständen der einheimischen Bevölkerung gegen die Europäer zu rechnen haben werden, wie sie den Engländern in Südafrika, in Ägypten, in Kanada sicher auch in einiger Zeit blühen

Was die Kolonialpolitik

betrifft, so wissen Sie ja alle, wie wir zur Kolonialpolitik stehen und nun sollten wir uns gar herbeilassen, für eine neue Kolonialerwerbung zu stimmen, die sogar verworfen wird von einem der ersten Sachkenner der Kolonialpolitik, wie von Herrn v. Lindemann. Wenn ich nicht von jeder ein Segner dieser Kolonialerwerbung wäre, die Haltung des Herrn v. Lindemann hätte mich darin felsenfest bestärkt. Wenn dieser Mann, dem doch

niemand Voreingenommenheit gegen die Kolonien vorwerfen kann, dieser Mann, der bisher Leiter der Kolonialpolitik war, und der selbst von uns als ein solcher anerkannt wurde, der sich ehrlich bemüht hat, die Kolonien gerecht zu regieren, der sich bemüht hat, möglichst menschlich in den Kolonien aufzutreten, wenn ein solcher Mann in der Weise, wie der Herr Reichszugler es uns vorgeführt hat, diese ganze koloniale Erwerbung verwirft, dann haben wir erst recht keinen Grund, auch nur ein Wort zu deren Gunsten auszusprechen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Der Kolonialbesitz wird kommen, er wird uns enorme Kosten auferlegen, er wird enorme Opfer an Menschen kosten, er wird möglicherweise auch neue Reibungsflächen schaffen, trotzdem und abedem. Jedenfalls ist mir aufgefallen, daß Minister Caillaux am 8. November in Calais gesagt hat: in Zentralafrika kann unsere Stellung nicht als endgültig betrachtet werden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Also es scheint keine Rede davon zu sein, daß der Vertrag mit Frankreich einen befriedigenden Zustand herbeigeführt hat. Ich glaube, man wird in Frankreich nicht vergessen, daß mitten im Frieden durch einen Vertrag ein Stück Kolonialland von dieser Größe ihm abgeknöpft worden ist. Die deutschen Chauvinisten werden wieder nicht vergessen, daß ihnen die gehoffte Beute in Marokko entgangen ist. Sie machen England dafür verantwortlich.

So wird man eben von allen Seiten rüsten und wieder rüsten bis es eines Tages heißen wird: Lieber ein Ende mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es kann kommen, wie es zwischen Japan und Rußland gekommen ist. Eines Tages kann die eine Seite sagen: Das kann nicht so weiter gehen oder sie wird sagen: Wenn wir länger warten, dann geht es uns schlecht, dann sind wir der Schwächere und nicht der Stärkere. Dann kommt die Katastrophe, dann wird in Europa

der große Generalmarsch geschlagen.

(Bewegung.) 16, 18 Millionen Männer, die Waffenfähigen der verschiedenen Nationen, werden mit den besten Nordwerkzeugen ausgerüstet und gegenseitig ins Feld geführt. Aber nach meiner Ueberzeugung kommt mit dem großen Generalmarsch der große Kladderadatsch. (Große Heiterkeit rechts.) Er kommt nicht durch uns, er kommt durch Sie selber. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sie treiben die Dinge auf die Spitze, Sie führen es zu einer Katastrophe. Sie werden ernten, was Sie gesät haben, die Götterdämmerung der bürgerlichen Welt ist im Anzug. Sie sind heute im Begriffe, Ihre eigene Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben, ihr das Totenglocklein zu läuten. Hinter einem solchen Kriege steht der Massenbankrott, steht das Massenelend, steht die Massenarbeitslosigkeit. Das kann niemand bestreiten, der die Dinge objektiv überblickt. Was hat denn das bishere Streit in diesem Sommer erzeugt? Den bekannten Run auf die Sparkassen, den Sturz aller Papiere, die Aufregung bei den Banken, das war erst ein kleiner Teil des Anfangs. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wie wird es erst werden, wenn die Sache ernst wird? Dann werden Zustände hervorgerufen werden, die Sie allerdings nicht haben wollen, die aber mit Notwendigkeit kommen — ich wiederhole: Nicht durch unsere Schuld, durch Ihre Schuld. Discite moniti! (Vermet, Ihr seid gewarnt!) (Lebhafter anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wassermann (natl.): Herr Bebel möchte ich erwidern: Alle Kulturvölker sind darauf angewiesen, Weltpolitik zu treiben und zu kämpfen um die großen ausländischen Märkte. Das führt zu unermesslichen Reibungen und daran werden auch die Lehren der Sozialdemokratie nichts ändern. — Der Ueberweisung des Abkommens und der Anträge an eine Kommission stimmen wir zu. Sehr unzureichend ist die ganze Vorbereitung dieser Debatte. (Sehr richtig! links.) Das Gutachten des Reichsjustizamts soll durch uns zur Kenntnis gebracht werden; in der mangelhaften Vorlegung von Material zeigt sich eine gewisse Mißachtung des Reichstages. (Sehr wahr! links.)

Es hat sich auch bei dieser Gelegenheit die

Reformbedürftigkeit des Interpellationsrechts

des Reichstages erwiesen. Es kann nicht mehr so weiter gehen, daß es vollständig in der Hand der Regierung liegt, ob und wann sie eine Interpellation beantworten wird. Sache des kommenden Reichstages wird es sein, den nach dieser Richtung gegebenen Anregungen zu folgen. — Was die Mitwirkung des Reichstages anlangt, so erscheint uns das Marokkoabkommen nach der Rechtslage einer Genehmigung durch den Reichstag nicht zu bedürfen. Allerdings wäre es richtig, trotzdem den Weg der Reichsgesetzgebung in diesem Falle zu wählen. Bei dem Kontrahenten sollte sich dieser Weg von selbst ergeben. Daß jeder Erwerb und Verlust auch von Kolonialgebiet wie von jedem Reichsgebiet nur im Wege der Reichsgesetzgebung erfolgen kann, entspricht dem Sinne der Verfassung. Dazu kommt, daß das Kontrahentenabkommen eine Reihe finanzieller Folgen für Deutschland haben wird. Zum mindesten würde es ein Gebot der Billigkeit sein, die Grundlage solcher Kosten der Genehmigung des Reichstages zu unterwerfen. (Sehr richtig! links.) Nicht ausschließlich juristisch staatrechtliche Motive dürfen hier ausschlaggebend sein, sondern man sollte dem Empfinden des deutschen Volkes Rechnung tragen, das gerade in diesen kolonialen Fragen sein Recht beizuhaltet. (Sehr richtig!) Eine Kritik der Handlungsweise der Regierung ist jedenfalls unsere patriotische Pflicht. Das Ansehen der Regierung wird durch eine sachliche Kritik auch nicht geschädigt. (Sehr richtig! links.) Es steht und fällt mit der Art und Weise der deutschen Politik selbst. Wenn wir hier auch mit Enghaltungen die Regierung lobten, im Lande würden die Steine sprechen. Es ist auch keine Parteifrage, sondern aus allen bürgerlichen Parteien erschallt der Rufschrei über das, was hier zum Abschluß gekommen ist.

Daß Agadir und das jetzige Abkommen eine notwendige Folge der Wilhelmschen Politik sei, kann ich nicht zugeben. Auch hat Herr v. Hertling nicht Recht, wenn er sagt, die Wilhelmsche Politik sei insonsequent gewesen. Sie mag falsch gewesen sein, aber sie war die konsequente Fortsetzung der Bismarckschen Politik. Ihr Grundsatz war immer: Keinen territorialen Erwerb, die Anerkennung des Sultans und die offene Tür für uns. Mit diesem Programm waren auch die bürgerlichen Parteien einverstanden. Und das selbe Programm wurde in feierlichster Weise vom Kaiser in Tanger ausgesprochen. Heute ist diese Politik aufgegeben. Wir haben das Protektorat über Marokko Frankreich überlassen, wir haben unsere Positionen geräumt. Daß 1000 schon ein Separatabkommen mit Frankreich möglich gewesen wäre, hat Herr v. Bismarck ausdrücklich abgelehnt im Hinblick auf die allgemeine Situation, vor allem auf unser Verhältnis zur Türkei. Heute hat der Reichszugler ganz übersehen, daß wir auch eine Orientpolitik zu treiben haben. (Sehr wahr! links.) Das war der Sinn des Alacirasabkommens. Diese Alacirasoffe hat Frankreich versucht, nach und nach zu durchbrechen. Daß ich über das Abkommen mit Frankreich von 1909 besondere Äußerungen hätte, ist nicht richtig; Herr Bebel hat hier meine Versicherungen nicht vollständig wiedergegeben. Durch die veränderte Stellung Frankreichs in Marokko — nach dem Bruch der Verträge durch Frankreich hatten wir in Marokko freie Hand bekommen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die neue Politik Deutschlands, die mit der Geste von Knobloch einsetzte, erwiderte denn auch die extrabotanischen Hoffnungen. Dazu kam, daß die Anschauungen über den wirtschaftlichen Wert von Marokko sich inzwischen geändert hatten. Sehr richtig war denn auch die Erörterung über die Drohung der englischen Minister nach der „Panther“-fabrik. Die Eingriffe hätten von der Regierung öffentlich zurückgewiesen werden müssen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) (Schluß in der 2. Beilage.)

Reichstag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)
Infermann (fortfahrend):

Da territoriale Erweiterungen nicht beabsichtigt waren, sind die Neuerungen der englischen Minister ganz unverständlich. Als dann bekannt wurde, daß wir tatsächlich an territoriale Erweiterungen nicht denken, war die Enttäuschung groß. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes hätte die Hoffnungen, die von damals allgemein gehegt hatte, dann überhaupt nicht nähen dürfen. (Sehr richtig links.) — Das Abkommen selbst hat eigentlich nur einen Verteidiger in Herrn Bebel gefunden (Heiterkeit.) Und das ist für die Regierung wenig erfreulich, denn Herr Bebel will von den ganzen kolonialen Erweiterungen nichts wissen und sagt sich deshalb: Je weniger wir davon bekommen, desto besser. (Heiterkeit.) Uns befriedigt das Abkommen nicht; wenn wir darüber abzustimmen hätten, würden wir es ablehnen. (Hört hört links.) Die wirtschaftlichen Ergebnisse sind nicht für Deutschland allein errungen, sondern für alle beteiligten Nationen und damit auch für England, das bis seinen freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich den meisten Vorteil davon haben wird. Die Kaufleute haben der Regierung gewiß viel Arbeit gemacht, aber viel erreicht ist doch nicht. — Von den sogenannten Kompensationen darf man nicht die deutschen Gebietsabtretungen den Gebiets-erweiterungen gegenüberstellen, sondern man muß berücksichtigen, daß wir Frankreich Marokko als Provinz überlassen. (Sehr richtig!) Nach den fiden „Entendeeinen“ (Heiterkeit) hat sich niemand in Deutschland gefreut. Und nun der Fall Linderquitz! Aus den Ausführungen des Reichskanzlers darüber geht hervor, daß Herr Linderquitz vollständig korrekt gehalten hat. Er hat sich als charaktervoller, aufrechter Mann erwiesen. (Sehr gut!) Bedauerlich ist, daß die offizielle Presse nachher über ihn hergefallen ist. Unrichtig ist, daß Frankreich auch Südmarokko bereits durchdrungen hat. Wir hätten daher zum mindesten die Unabhängigkeit von Südmarokko verlangen können. Wäre man auch das nicht, so war die Entsendung des „Panther“ nach Agadir ein Fehler. (Sehr richtig links.) Durch die Ausführungen des Reichskanzlers scheint mir eine

Vollteil der Missionen

hindurchzuschimmern. Er hofft auf eine grundlegende Veränderung der politischen Stimmungen zwischen Frankreich und Deutschland. Das sind Täuschungen. Die Reibungsflächen zwischen Frankreich und Deutschland sind durch das Sogonaabkommen nicht vermindert, sondern vergrößert. (Sehr richtig links.) Die Ansprüche der Franzosen werden immer mehr wachsen.

Deutschland ist in Gefahr, sich mit seiner auswärtigen Politik zwischen zwei Stühle zu setzen, zumal Italien gegen Tripolis vorrückt. Einerseits halten wir am Dreibund fest, auf der anderen Seite steht unsere Freundschaft zu Türkei. Heute müssen wir sehen, wie türkische Staatsmänner mit England Verhandlungen führen. Als wir mit solchen Schiffen nach Agadir fuhren, da es durch die deutsche Nation ein mächtiges nationales Empfinden. In der ganzen islamitischen Welt ist der deutsche Name genannt worden als Schützer der Unabhängigkeit Marokkos. Wir stehen heute vor einer Niederlage — ob wir es nun hier aussprechen oder nicht, es wird im Lande in den Zeitungen und Versammlung aller Parteien doch ausgesprochen. Die deutsche Nation ist von tiefem Weh erfüllt, daß von den Mächten in Deutschlands nicht mehr Gebrauch gemacht worden ist, daß wir aus Marokko herausgehen unter starker Gefährdung unserer allgemeinen Politik und mit Kompensationen, deren Wert sehr zweifelhaft ist. Wir müssen uns damit abfinden, aber die Gefahr der ganzen Lage ist dabei doppelt erschienen, auch die Kriegsgefahr. Unser Heer und unsere Marine sind bereit, so daß wir es jeden Augenblick auf den Ernstfall ankommen lassen können. Wenn noch Zweifel vorhanden sind, die Läden in der Armee und der Flottenrüstung besteht, so erwarten wir, daß die Regierung das ernst prüft und unheimlich darum, welchen Eindruck eine Vermehrung der Kräfte im Auslande hervorrufen wird, mit festem Willen an den Aufbau herangeht. (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Eine energische Politik ist für die deutsche Regierung leicht, denn sie ist dabei getragen von einem starken

Kleines feuilleton.

Aus den Kommune-Erinnerungen eines Ordnungsgenerals. Vor kurzem sind bei Mon-Kourit, Paris) Erinnerungen des Generals Gung erschienen. Sie behandeln auch die Niederwerfung des Vorster Kommuneaufstandes, an der Gung als Offizier der Versailler Armee teilnahm. Wenigstens ihm nicht mehr fern lag als Sympathie mit den Revolutionären, so hat er doch als Offizier der Menschlichkeit und als Schriftsteller der Wahrheit nicht gleich den anderen Angehörigen der siegenden Partei hochgesprochen. Vielmehr ist sein Bericht geeignet, zur Reinigung und Klarstellung des von den realitären Verleumdungen entstellten geschichtlichen Bildes des revolutionären Paris beizutragen. Gung erzählt über den Einmarsch in die bratene Stadt: „Gegen drei Uhr morgens kamen wir bei der Mairie (einem Zufallslosh am Boulevard des Capucines) an. Die Straßenlichter tobte während weiter. Der Kanonendonner und das Kleinfeuer schwiegen seinen Augenblick. Wir mußten die Stabkaserne Galliffets passieren lassen, die der Rue de Poissy urte. Dieser von jugendlicher Ohligkeit erfüllte General wollte im Kampf intervenieren und sich bei unseren Regierenden ins Licht setzen. ... Nach Tagesanbruch zogen wir nach der Rue de Valenciennes, um ein Palais mit terrassenförmigen Garten zu umzingeln, wo man laufend gefangene Insurgenten zusammengebracht hatte. Man ließ sie herankommen und formierte sie in Reihen zu einer Kolonne, die rechts und links von den Heitergeschwadern eingefaßt wurde. Die Dragoner luden ihre Gewehre, um die Gefangenen vor fluchtversuchen zu warnen und man legte sich in der Richtung nach Versailles in Bewegung, wo die mit den Waffen in der Hand ergriffenen Kommunisten vor die Kriegesgerichte gestellt wren. Es gab da Leute jeder Altersstufe, sogar weihhaarige Gese, Frauen und Kinder mit pulvergeschwärtzten Händen und zergräten Kleidern. Fast alle hatten ihre Kopfbedeckung verloren. ... Ge rührende Solidarität schien all diese Individuen vereinigten. Die Jungen stützten die Alten und trugen sie blawellen sogar auf den Schultern. Am Tore des pint-du-Pour erklärte ein Greis, nicht mehr weiter zu können. A wollte ihn tragen lassen, er lehnte es aber ab. Ich hätte ihm rch die Hand geschickt, aber der Befehl erlaubte es nicht. Ich rschloß mich nun, ihn einem am Tor nachhabenden Infanteriehauptmann zu übergeben. Dieser Offizier schien gegen die Kommunisten in höchsten Maße aufgebracht und ohne Zweifel hat er meinen Geangenen sorgsam bewacht. — Die Sonne wurde bald glühend. Diese menschliche Herde, der die Hitze und der auf ihrem Marsch mporgewirbelte Staub zugleich den Atem benahm, kam nur mit Nähe von der Stelle. Den ganzen Weg aber hörten wir nicht eine Klage und doch mußte der Durst dieser Individuen groß sein. Viele hatten nicht einmal ein Taschentuch, um ihre ent- rüstigten Köpfe vor den Sonnenstrahlen zu schützen. Bei unserer Ankunft in Versailles hatte unsere Kolonne zwischen zwei Hecken von Reagierenden zu verbleiben. Diese überhäuften unsere Gefangenen mit Beschimpfungen und versuchten sie zu schlagen, die einen mit ihren Spazierstöcken, die anderen mit ihren Sonnen-

nationalen Empfinden. Das erfreulichste an den ganzen Vorgängen der letzten Zeit ist dies starke nationale Empfinden, das sich mit einem Schlage über ganz Deutschland gezeigt hat. Deutschland ist bereit, sein Verles, sein Gut und seine Ehre einzusetzen, das Ausland möge sich darüber klar sein, daß wir unserer nationalen Ehre nicht zu nahe kommen lassen, und daß, wenn es darauf ankommt, Deutschland mit Waffen zu verteidigen, das Ausland uns einig finden wird. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Stadtverordneten-Versammlung.

33. Sitzung vom Donnerstag, den 9. November 1911, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden Michaeli nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

Der Ausschuss für die Vorlage wegen kostenloser Vergabe eines städtischen Grundstücks zur Erbauung eines Ledigenheims ist gewählig, von der sozialdemokratischen Fraktion gehören ihm Stadtv. Bruns, Hing, Sassenbach, Dr. Jabel an.

Die Vorlage betr. den Ankauf der Grundstücke Al. Stra-La u 68 und 69 war an einen Ausschuss verwiesen worden. Es handelt sich um das Gelände, unter dem der Tunnel für das Anschlußgleis des Ostbahns angelegt werden muß. Der Magistrat will die Grundstücke, nachdem bereits ein Enteignungsverfahren geschwebt hat, freihändig für die gegen die ursprünglichen Forderungen nicht unerheblich ermäßigten, jedoch immer noch reichlich hohen Preise von 530 000 bzw. 200 000 M. erwerben, um den Tunnelbau nicht länger zu verzögern. Der Ausschuss beantragt, die Magistratsvorlage abzulehnen und die Grundstücke durch Enteignung zu erwerben.

Stadtv. Meyring (A. L.) bittet, der Magistratsvorlage zuzustimmen, weil der Osthafen doch endlich gebaut werden müsse.

Stadtv. Kuhlmann (Fr. Fr.): Wir stehen hier vor der Möglichkeit, ein großartiges Projekt auszuführen; auch ich halte es für falsch, auf dem Wege der Enteignung vorzugehen.

Stadtv. Kollbörner (Soz.) bemängelt die Höhe des Preises und kann die Meinung nicht teilen, daß die Stadt keinen Schaden haben werde; schließlich werde das Projekt auch nicht in der geplanten Weise weitergeführt werden. Er bittet deshalb, die Vorlage abzulehnen.

Nachdem noch Stadtrat Albrecht für die Magistratsvorlage eingetreten ist, wird diese mit großer Mehrheit angenommen.

Der Antrag Kronz, der die

Aufbesserung der Gehälter und Löhne gewisser Kategorien von städtischen Beamten, Hilfskräften und Arbeitern

insolge der Teuerung der Lebensmittel und die Gewährung von vorübergehenden Teuerungszulagen anstrebt, war am 28. September einem Ausschuss überwiesen worden, der am 12. Oktober gelangt hat. Ihm war ein weiterer Antrag unterbreitet worden, wonach den städtischen Angestellten und Arbeitern mit Bezügen bis zu 3000 Mark jährlich eine monatliche Zulage von 20 M. ab 1. November 1911 bis 1. April 1912 zu gewähren und im Etat für 1912 entsprechende Gehalts- und Lohnserhöhungen vorzusehen empfohlen wurde. Die Magistratsvertreter haben den Weg der Teuerungszulagen als bedenklich an, und der Oberbürgermeister ersuchte, zunächst das Resultat der Erhebungen der ständigen Kommission für Arbeiterlöhne über den Umfang der Teuerung abzuwarten. Der Ausschuss vertagte sich sodann bis zum 27. Oktober, um dieses Ergebnis abzuwarten, und trat am 1. November wieder zusammen. Seitens des Magistrats wurde jetzt angegeben, daß der Gesamtaufwand nach dem neuen Antrage etwa 2 Millionen Mark betragen würde; ein positiver Vorschlag erfolgte nicht, vielmehr konstatierte der Oberbürgermeister von neuem die Abneigung des Magistrats gegen Gewährung einer Teuerungszulage unter den gegenwärtigen Verhältnissen.

Nach weiteren Erörterungen wurde schließlich — wie unseren Lesern bekannt ist — ein Antrag angenommen, der den Magistrat aufforderte, innerhalb vier Wochen der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage zu übermitteln.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Ich möchte nur dem Ausschussantrag

noch ein paar gute Worte mit auf den Weg geben und den Magistrat bitten, schnelle und gute Arbeit zu leisten, damit die Zulagen den Beitr. städtischen Beamten und Arbeitern spätestens zu Weihnachten

zugute kommen. Nach unserem ursprünglichen Antrage soll der Magistrat ermögen, wo und inwiefern infolge der Teuerung eine Aufbesserung der Gehälter und Löhne statzufinden hat. Meine Freunde stehen ja Teuerungszulagen skeptisch gegenüber, denn es handelt sich doch hier nicht um einen vorübergehenden, sondern um einen andauernden Zustand. Auch im Ausschuss ist einstimmig anerkannt worden, es herrsche Teuerung. Diese dürfte längere Zeit andauern, und deshalb glaube ich den Schluß ziehen zu können, daß auch der Ausschuss der Auffassung sein wird, daß diese Zulage vom 1. April ab zur Lohnserhöhung wird. Der Arbeiter muß ja in seinem Haushalte mit solchen Zulagen rechnen, und dasanko, das entsteht, wenn sie aufhören, muß ausgeglichen werden. Auch darüber besteht Übereinstimmung, daß der Arbeitslohn in ein richtiges Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen treten muß, wenn nicht anders die Leistungsfähigkeit unserer Arbeiter geringer werden soll, und das können wir doch nicht wünschen.

Wir waren ja auch in unserm Antrage so bescheiden, nur zu verlangen, der Magistrat solle untersuchen, ob und bei welchen Kategorien städtischer Arbeiter eine Lohnerhöhung einzutreten hat. Eine große Anzahl bezieht noch den Minimallohn von 3,90 Mark pro Tag. Wir haben aber auch noch Kategorien, die weniger als diesen Minimallohn beziehen, z. B. bei der Parkverwaltung, wo die Arbeiter nur einen Tageslohn von 3,75 M. erhalten. Die Hilfsarbeiter gar erhalten nur einen Stundenlohn von 36 1/2 Pfennig, das macht bei einer Arbeitszeit von 10 Stunden täglich nur 3,65 Mark. Sie arbeiten aber jezt nur 8 1/2 Stunden täglich, verdienen also noch bedeutend weniger. Ähnlich steht es bei den Kanalisationsarbeitern, wo 43 Pfennig Stundenlohn gezahlt werden; sie arbeiten zu gewissen Zeiten nur 7 1/2 Stunden, das macht pro Tag den fürstlichen Lohn von 3,22 M. aus!

Stadtv. Gaffel (A. L.): Daß eine Teuerung gewisser Nahrungsmittel besteht, räumen auch wir ein und halten auch jezt schon ein Einschreiten im Sinne des Ausschussantrages für geboten. Bis zu welcher Einkommensgrenze die Teuerungszulage gehen soll, müssen wir dem Magistrat vorschlagen überlassen. Natürlich können wir nur diejenigen unterstützen, die bei der Teuerung mit ihren Bezügen des Existenzminimum nicht bewältigen können; im übrigen müssen unsere Beamten die heutigen Teuerungsverhältnisse ebenso ertragen, wie das ganze übrige Publikum.

Stadtv. Hasenow (A. L.): Die Stadt als Arbeitgeber ist aus sozialen Gründen zum Eingreifen verpflichtet. Ob die Grenze bei 3000 oder 2400 M. zu ziehen sein möchte, muß dahingestellt bleiben, nachdem der Magistrat mit bestimmten Vorschlägen nicht gekommen ist. Teuerungszulagen sollen gegeben werden, das ist der Sinn des Ausschussantrages, der hoffentlich noch vor Weihnachten in die Tat umgesetzt wird.

Hierauf wird der Ausschussantrag einstimmig angenommen.

Als städtische Ehrenpreise für hervortragende Leistungen auf öffentlichen Wettbewerben sollen in Zukunft silberne Medaillen nach einem von dem Preisgericht mit dem ersten Preise von 2500 Mark gekörnten und von der Kunstdeputation in erster Linie zur Ausfertigung empfohlenen Entwurf des Bildhauers Adolf Amberg verliehen werden. Für die Durcharbeitung des Modells und Herstellung von 25 Medaillen nebst Stuis ist eine Ausgabe von 3600 Mark veranschlagt.

Stadtv. Brunslow (A. L.) ist mit der Absicht des Magistrats einverstanden, hält aber die Zahl von 25 Medaillen für zu gering und stellt zur Erwägung, auch goldene und bronzene herzustellen zu lassen.

Die Vorlage wird angenommen. Als Sitzungstag für die städtischen Arbeiter soll von jezt an allgemein — bis auf wenige Ausnahmen — der Freitag gelten, eine Arbeitsverfugung anlässlich der Lohnzahlung darf außer bei der städtischen Parkverwaltung nicht stattfinden.

Die Versammlung nimmt davon Kenntnis. Für Zweede der Stichzählung am 1. Dezember 1911, bei der wiederum die städtischen Steuerzahler als Zähler fungieren sollen, werden 4500 Mark bewilligt.

Schluß gegen 7 Uhr.

schirmen. Diese braven Bürger, zum Teil Pariser, hatten Furcht gehabt und sie rüchten sich jezt, wo sie nichts mehr zu fürchten hatten.“

Die automobilschwärze Schweiz. Der Kanton Graubünden, der innerhalb seiner Grenzen namentlich das Juwel des Ober-Engadins mit seiner herrlichen Umgebung an Gletschern und Hochalpen umfaßt, hat den Ruf gehabt, die Automobilschwärze zu sein. Hier herrschen also nur Eisenbahnen, gewöhnliche Wagen und die zuverlässigste Postkutsche der menschlichen Schwermittel. Man ist gespannt darauf gewesen, wie das Automobilverbot auf den Fremdenbesuch in Graubünden wirken würde, und auch die Behörden des Kantons haben sich eines guten Erfolges wohl kaum ganz sicher gefühlt. Dennoch läßt sich schon jezt sagen, daß ein solcher eingetreten ist, denn in diesem Jahre sind die Hauptaufhebungspunkte Graubündens stärker besucht gewesen als je. Zwischen diesen erhebt die Feindschaft gegen die Automobile in der Schweiz weiter um sich zu greifen und mehrere andere Kantone erzwängen, ob sie dem Beispiel Graubündens folgen sollen. Voraussichtlich werden die Leute, die sich einer solchen Maßregel freuen würden, wohl in der Mehrzahl sein, namentlich alle, die den Touristen zu Fuß noch als den eigentlich vornehmsten Reisenden in der Schweiz betrachten. Wer in den letzten Jahren beispielsweise am Vierwaldstätter See gewesen ist, wird den Automobilverkehr auf der schmalen gewundenen Felsenstraße am Fluße dieses herrlichen Alpenbaches als höchst unangenehm und auch als schließlich gefährlich empfunden haben. Vielleicht wird es sogar einmal zu einem Bundesgesetz gegen die Automobile in der Schweiz kommen. Der Kanton Zürich hat die Absicht, voraussichtlich für die Sonntagsnachmittage den Automobilverkehr auf städtischen Kantonalstraßen zu verbieten. Ausgenommen sollen nur die Stadtbezirke von Zürich und Winterthur sein. Außerdem soll für die Radfahrer eine Beschränkung eintreten. Selbstverständlich haben sich die Automobilisten zu einem Protest zusammengesetzt, aber es hat den Anschein, als ob sie dabei den kürzeren ziehen werden.

Im neuen türkischen Parlament. Es war einmal ein Märchen-schloß. Seine weißen Marmorwände spiegelten sich im Meere und sein ziselierter Reihel-Bilgranatstein schmeigte sich um seine strehlenden Terrassen — wie getrockneter Schaum. Kolibarten ohne gleichen waren in seinen Sälen zusammengeflusst und in den Hallen breiteten sich Teppiche von unsäglichem Werte.

Aber ein dritter Versuch, ein Stück Lasten über dieser bebenden Schönheit. Er erzählt von Mordmord und harter Beraubung, und schließlich kam der Tag, an dem die unschuldsvorbereiten reimen Mauerer rausgeschwärtzt werden, an dem das glänzendste aller türkischen Sultan-schlösser, in dem das junge Parlament tagen durfte, in frühe glühende Loh zusammenbrach. Tisleraglan! Lieber den weiten Park, in dem einst ein Großwehr zur Zeit der Tulpenblüte in luftdurchhauchten Nächten mit Lampen und Fackeln zum Silberstein des Roudes seltsame Frühlingsteste gab, lagen die Stimmzettel der türkischen Abgeordneten verstreut.

Nun haben sich die Vertreter des osmanischen Volkes in einem neuen Haus zusammengefunden. Es ist der labrinthische Palast einer Prinzessin, und über die vertrockneten Stiegen, durch die

immer lüftet die Erinnerung an alte Zeiten. Teppiche, Dämmerlicht, Plüschelante — eine geheimnisvolle Unberechenbarkeit, die Seele türkischer Politik.

Die Fenster des Sitzungssaales gehen auf den weissen-schlagenden Bosphorus hinaus; es ist interessant zu beobachten, wieviel Schiffe vorüberfahren, bis die Rede eines Abgeordneten zu Ende ist. Ein buntes Völkergewimmel sitzt hier beieinander, schwarzhaarige Griechen, breite Bulgaren, gekleidete Spanier, derblinliche Albaner und Anatolier, dunkle Armenier und Syrer und betrubende Wüstener aus Arabien und Tripolis. Schwarz umrissene Köpfe, charakteristische Typen. Gohkhas und pariserische Jungtürken, verflochte Reaktionäre, zentrifugale Eigenbrötler und hypermoderne Religionsstürmer.

Ein stummes Stenographenkonzert. Da das Türkische keine eigentliche Kurzschrift kennt, schreiben fünf geschwinde Schreiber in einer Lage die Reden aus dem in den besten Bekanntheit. Blumenreicher Rede auf nummerierte Vogen. Hinter ihnen steht der Dirigent mit einem langen schwarzen Stab. In Zwischenräumen von zehn Sekunden hüpf er flink von einem zum anderen, der sich dann niederbeugt und einen Satz verewigt.

Eine Stätte erster Würde ist der Senat. Der Saal blente früher als Frauenbad. Wo sonst weiße blühende Mädchen über plätscherten, sitzen jezt in tiefe Sessel nachdenklich verfunken beschafte Greise und eine ein Frauenlaichen girte, klingt nun die leise Rede detagter Wärdräger. Koch sind hoch oben die dunklen Fenster zu sehen, aus denen hinter verschwiegenen Gängen die Augen eines Stupers die Vadenhympen beobachten konnten.

Das Bild von heute ist nicht minder sehenswert. Hier ist die ganze letzte Geschichte der Türkei beisammen, vier Großwehre, zwei Enkel des Propheten, die Mar-shalls und Steger aus dem russischen und griechischen Kriege, der Fethah Emini, der Groß-Vogelst, und zu diesen Weisen des Staates spricht kaum vernehmbar Said Pascha, der uralte Großwehr, mit listigen Augen und gestäubtem weißen Bart.

Notizen.

Die Unibersität unter Klausur. Während in anderen Ländern jedermann der Besuch der Unibersitätsvorlesungen offensteht, ist er in Deutschland bekanntlich nur den eingeschriebenen Studierenden und Hören gestattet. Trotzdem verriet sich bisweilen ein Gast in die heiligen Hallen, um einmal diese oder jene Redegröße zu hören (und meistens kopfschüttelnd wieder abzuziehen). Das wird jezt auch aufhören. An der Berliner Unibersität wird der Besuch der Vorlesungen einer strengen Kontrolle unterstellt werden.

Duer durch Amerika mit der Flugmaschine. Der amerikanische Luftschiffer Calbraith Rodgers hat seinen rund 7000 Kilometer umfassenden Weltflug, der ihn vom Atlantischen zum Stillen Ozean führte, mit der Landung in Paradera in Kalifornien zu glänzendem Abschluß gebracht. Rodgers ist am 18. September in New York aufgestiegen, war im ganzen 82 Stunden in der Luft und erzielte eine Durchschnittsgeschwindigkeit von über 83 Kilometer in der Stunde.

Der Erfolg des Kampfes im Hamburger Holzgewerbe.

Wie wir schon kurz mitteilten, ist der schwere und bedeutungsvolle Kampf, den die Hamburger Holzarbeiter volle 33 Wochen lang führen mußten, mit einem vollen Siege für die Arbeiter beendet worden. Als nach Abbruch der von den beiderseitigen Zentralvorständen zu Anfang Oktober eingeleiteten Verhandlungen die Situation für die Unternehmer nicht günstiger wurde, trotz des Eingreifens der Unternehmer-Zentralorganisation, traten am 28. Oktober die Parteien unter der Führung der Zentral-Schiedskommission für das deutsche Holzgewerbe nochmals zusammen. Die Verhandlungen währten wiederum mehrere Tage, ohne daß zwischen den Vertretern der Ortsparteien eine Einigung zu erzielen war. Infolgedessen beschloß die Schiedskommission, über alle strittigen Punkte nunmehr einen Schiedsspruch zu fällen.

Der von der Kommission gefällte Schiedsspruch über den Inhalt und Wortlaut des neuen Vertrages berücksichtigte nicht nur die materiellen Forderungen der Arbeiter, er enthält auch alle diejenigen Bestimmungen, die von den Unternehmern während des Kampfes unzählige Male als unannehmbar erklärt worden sind.

Das Ergebnis des Kampfes erhellt man aus der folgenden Gegenüberstellung:

Ursprüngliche Forderungen der Arbeiter:	Jehige Vertragsbestimmungen:
Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde pro Woche	

15. Februar 1915 | 1. Oktober 1913

Mindestlöhne:

a) für Parkettleger	80 Pf.
b) für Bauanschläger:	75 Pf.
c) für alle übrigen Tischler und Maschinenarbeiter:	65 Pf.

Paritätischer Arbeitsnachweis

Protokollarische Erklärung: Der obligatorische paritätische Arbeitsnachweis wird vertraglich als bindend anerkannt.

Schadenersatzklagen

Protokollarische Erklärung: Zivilrechtliche Ansprüche an die beiderseitigen Verträge sind für die Zukunft vertraglich ausgeschlossen. Die bisherigen Klagenansprüche werden als erledigt erklärt respektive zurückgezogen.

Aus diesem kurzen Auszug ist zu ersehen, daß die Arbeiter auf der ganzen Linie siegreich waren. Der paritätische Arbeitsnachweis sollte unter allen Umständen vernichtet werden, die Vertragsvorlage der Arbeiter wurde als ein elendes Nachwerk verschrien, dazu angeordnet, die Herrschaft des Unternehmers im eigenen Betriebe zu untergraben; und von den materiellen Forderungen in jetziger Gestalt wollten die Unternehmer so lange nichts wissen. Und was die Hauptsache war, es sollte bei dieser Gelegenheit der Holzarbeiterverband gründlich zurückgeschlagen werden, diese verhasste Organisation, die den Scharmachern schon so viele Kopfschmerzen verursacht hat. Aber es war mal wieder nichts, der Holzarbeiterverband hat seine Stellung behauptet, er steht ungebrochen und siegreich da, während es im Arbeitgeberlager gar bedenklich aussieht und dort einer auf den anderen schimpft. Das ist gewiß begreiflich am Ende eines 33wöchigen Kampfes, als dessen Ergebnis erhöhte Jugendschichten in jeder Beziehung zu verzeichnen sind. Jetzt bleibt der paritätische obligatorische Arbeitsnachweis erhalten, die Löhne steigen um 2 Pf. mehr als vorher gefordert war usw. Alles in allem genommen bedeutet dieser Abschluß einen kolossalen Erfolg der Arbeiter, während die Scharmacher wohl selten so gründlich heimgeleitet wurden. Dessen sind sie sich auch vollständig bewußt, während bei den Arbeitern eine freudige Stimmung herrschte, als sie am Schluß ihrer Versammlung aus dem Munde ihres Berichterstatters die Worte vernahmen: Der Siegespreis ist unser!

Der paritätische Arbeitsnachweis ist bereits wieder eröffnet, aber er arbeitet vorläufig noch unter recht ungünstigen Verhältnissen, da die Zahl der Arbeitslosen naturgemäß nach einem so langen Kampfe recht groß ist, während die Betriebe sich erst allmählich wieder einrichten und in geordnete Verhältnisse gelangen. Es ist darum absolut nötig, daß der Zugang strengstens ferngehalten wird, da doch für die Zukünftigen keine Arbeitsgelegenheit im gegenwärtigen Augenblick besteht. Sobald sich die Lage einigermaßen gebessert hat, wird der Holzarbeiterverband dafür sorgen, daß besonders diejenigen, die während des Streiks abgereist sind, wieder an ihre alten Plätze zurückkehren können. Bis dahin haltet den Zugang noch fern.

Aus der Partei.

Protestkundgebungen.

Wie uns telegraphisch aus Köln gemeldet wird, fanden dort in Köln und Vororten fünf große Protestversammlungen gegen das Tripolisabenteuer und die imperialistische Weltpolitik statt, die massenhaft besucht waren. Die Protestresolutionen wurden einstimmig angenommen.

Der erste Bahnbrecher der Sozialdemokratie in Schweden.

Am 8. November feierte die schwedische Sozialdemokratie den Tag, an dem vor 30 Jahren in ihrem Lande die sozialistische Agitation begann. Im Mittelpunkt dieser Feier steht der Genosse August Palm. Er war es, der im Jahre 1881 in Schweden, und zwar in Malmö, den ersten sozialistischen Agitationsvortrag hielt. Palm war nur ein Schneider, obendrein auf einem Weine lahm, und seine schwedische Muttersprache hatte bedenklich unter langjährigem Aufenthalt in Dänemark und Deutschland gelitten. Die Gegner, und zu ihnen gehörten damals auch die Arbeiter in ihrer großen Masse, machten sich lustig über diesen Menschen, der es mit seiner mangelhaften Bildung wagte, die anerkannten Autoritäten anzugreifen und den Leuten ein nagelneues Evangelium zu verkünden. Aber die Witzelein über ihn und den Sozialismus hielten nicht lange stand, denn Palm hatte auch Humor und Verstand es vortrefflich, die Gegner zu verspotten. Palm war damals aus Dänemark gekommen, hatte aber den Sozialismus zuerst in Deutschland kennen gelernt. Er war im Jahre 1877 aus Nordfriesland ausgewiesen worden, weil er nahe der dänischen Grenze das Kopenhagener Blatt „Sozialdemokraten“ verteilte hatte. Er fand dann sein Auskommen als Schneidermeister in einer leibhaftigen Kleinstadt; aber nach einigen Jahren trieb es ihn, den Ideen des Sozialismus in seinem Heimatlande Eingang zu verschaffen. In Malmö gründete er auch unter dem Titel „Folkviljan“ („Der Volkswille“) die erste sozialistische Zeitung Schwedens, die sich allerdings nicht lange halten konnte. Er wandte sich dann nach Stockholm, wo 1885 die erste Nummer des schwedischen „Sozialdemokraten“ erschien. Hier bestand schon eine Art liberaler Arbeiterbewegung unter Leitung von Dr. Anton Andrén, und da erschien gerade in Palm der rechte Mann, um mit diesen irreführenden Ideen in der Arbeiterschaft aufzuräumen und reinen Tisch zu schaffen für die sozialdemokratische Bewegung. Inzwischen hatte man aufgehört, über den lahmen Schneider zu witzeln, dem nun ja übrigens auch andere zur Seite standen, die mit demselben Feuerifer dem Gedanken des Sozialismus Geltung zu verschaffen suchten. Man sah sich genötigt, über den Sozialismus zu diskutieren, begnügte sich aber damit nicht, sondern

hefte die Schweren auf die Verkünder der neuen Lehre. Palm wurde in Schweden auch der erste Märtyrer des Sozialismus; 1887 mußte er auf 3 1/2 Monate ins Gefängnis wandern, und ihm folgte der inzwischen verstorbene Genosse Axel Danielson, der in Malmö das noch jetzt unter demselben Titel erscheinende Blatt „Arbetet“ herausgab, mit 1 1/2 Jahren, sowie bald darauf Hjalmar Branting als „Sozialdemokraten“ Redakteur mit 3 1/2 Monaten Gefängnis. Daß diese Strafen den Feuerifer der Agitation nur noch mehr anfechteten, war für Palm wie für die übrigen Genossen selbstverständlich. Palm ist nun ein Veteran der Arbeiterbewegung geworden, aber seine Kraft ist ungebrochen und noch immer ist er einer der eifrigsten Agitatoren der Partei. Er gehört zu den am meisten radikal Bestimmten unter den schwedischen Genossen, nennt sich selbst gern einen „alten Lapsallener“, und oftmals schien es ihm, als ob man in der Partei allzu viel Wert auf Gegenwartserfolge und auf die parlamentarische Tätigkeit legte. Die Partei, zu der August Palm den ersten Stein pflanzte, ist groß und stark geworden, und unter anderem haben wiederum die letzten Reichstagswahlen bewiesen, daß auch der gewaltige Kampf des Generalstreiks von 1909, der allerdings eine Schwächung der Gewerkschaftsorganisation zur Folge hatte, den Fortschritt der Sozialdemokratie in keiner Weise zu hindern vermochte, sondern wohl eher dazu beigetragen hat, in den Massen immer mehr die Erkenntnis zu fördern, daß, bei allen Vorteilen, die die gewerkschaftliche Organisation den Arbeitern bringt, die politische Bewegung unentbehrlich ist, um das Volk und die Menschheit aus der Kapitalnechtschaft endgültig zu befreien.

Aus der amerikanischen Parteibewegung.

New York, 28. Oktober. (Fig. Ver.) Bis zum äußersten Norden nach den Goldfeldern Alaskas dehnt sich die sozialistische Propaganda aus. George H. Goebel, ein Organisator der sozialistischen Partei, lehrte kürzlich von einer Agitationstour durch jene eifigen Regionen zurück, die alljährlich etliche Monate von der übrigen Welt abgeschnitten sind. Was er über seine Erfahrungen und seine Aufnahme meldet, klingt recht ermutigend. Die Bewohner Alaskas, fast ausschließlich während der letzten 15 Jahre Jugewanderte, sind weniger von Vorurteilen gegen die Sozialisten und den Sozialismus befangen als die Amerikaner im allgemeinen. Nicht zum wenigsten dürfte dies auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß die Bevölkerung Alaskas infolge der geringen Verkehrsmöglichkeit besonders stark unter den Ausbeutungen der Truhs und der kapitalistischen Ausbeutung leidet. Goebel sprach allenthalben in überfüllten Versammlungen und verkaufte eine Masse sozialistische Literatur.

Erfreuliche Stimmengewinne erzielte die sozialistische Partei bei den im Oktober stattgefundenen Kommunalwahlen in Connecticut. In Meriden betrug die niedrigste Stimmengahl, die einer der sozialistischen Kandidaten erzielte, 739 gegenüber 254 im Vorjahre, in Willimantic stieg die Stimmengahl von 41 auf 98, in Bristol von 88 auf 222, in Waterbury von 661 auf 1048, in New Haven von 600 auf 1814 usw. In Manchester wurde Genosse William D. Schildge zum Stadtrat erwählt.

Kommunalwahllege

Bei der Stadtverordnetenwahl in der dritten Abteilung in Götting hat die Sozialdemokratie, wie wir bereits gestern kurz gemeldet, ein Mandat behauptet und sechs gewonnen. Unsere Stimmengahl stieg von 3330, die im Jahre 1909 für uns abgegeben wurden, auf 4288. Der Freistm., der bisher die sechs von uns gewonnenen Mandate inne hatte, hat eine vernichtende Niederlage erlitten, trotzdem er von den Nationalliberalen und Konservativen unterstützt wurde. Das ist um so erfreulicher, weil der Freistm. den Wahlkampf mit den erbärmlichsten Mitteln führte. Noch am Abend vor der Wahl ließ der Freistm. ein Flugblatt des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verbreiten, aber alles vergeblich.

Den Parteigenossen in Stendal in der Altmark gelang es bei den diesjährigen Wahlen zum Stadtparlament zum ersten Male, einen Sieg zu erringen. Mit großer Majorität wurde im 3. Bezirk der dritten Abteilung der sozialdemokratische Kandidat erwählt.

Die Stadtverordnetenwahl in Halle a. S., bei der seitens der bürgerlichen Wählerpartei mit einem ungläublichen Terrorismus gearbeitet wurde, endete in der Altstadt trotz Stimmengewinn für unsere Partei mit einer Niederlage. Unter dem Druck der Verhältnisse getrauten sich viele dreitklassige Wähler, offen Farbe zu bekennen. — In den Vororten wurden unsere beiden Kandidaten, die Genossen Weige und Eumer wieder mit ganz bedeutenden Majoritäten erwählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Entrossung des Versammlungsdrechts.

Einzelne Amtsvorsteher im Reichstagswahlkreise Jauß-Weißig-Jüterbog-Ludowalde verbieten mittels des „liberalen“ Reichvereinsgesetzes und mit den gewagtesten Begründungen Versammlungen unter freiem Himmel. Was soll man dazu sagen, wenn der Amtsvorsteher und Bürgermeister von Becklig, Dr. v. Ramin, eine Versammlung, die am 20. Oktober in Stücken abgehalten werden sollte, mit folgender Begründung verteilte:

„Nach den bisherigen Erfahrungen mit der Sozialdemokratie im Amtsbezirk Stücken ist die Annahme gerechtfertigt, daß durch das unbotmäßige und aufreizende Verhalten der Teilnehmer die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird, zumal die Erfahrung verschiedentlich gemacht ist, daß im Anschluß an sozialdemokratisch-politische Versammlungen hiesiger Gegend sich die Teilnehmer zu ordnungswidrigen Ausschreitungen hinreihen lassen.“ Wer das liest, muß in den Glauben versetzt werden, daß die Arbeiter in Veelitz und Umgegend ein besonders rohes, zu Ausschreitungen neigendes Volk seien. Dem ist aber nicht so. Wenn Ausschreitungen in Veelitz begangen wurden, auf welche sich ansehnend der Amtsvorsteher beruft, so von ganz anderen Leuten als sozialdemokratischen Arbeitern. Die ganze Begründung des Versammlungsverbots ist weiter nichts als eine Beleidigung der Arbeiterschaft durch einen Junker, den der Haß gegen die moderne Arbeiterbewegung blind macht.

Die rote sächsische Polizei.

Mehr als zwei Jahrzehnte lang hat die Breslauer Polizei an roten Kränzchen keinen Anstoß genommen. Seit einiger Zeit wird sie aber unruhig, wenn sie rote Kränzchen bei einer Beerdigung von Sozialdemokraten sieht, weil eine solche Beerdigung eine „ungewöhnliche“ ist, zu der nach dem Reichsvereinsgesetz die polizeiliche Erlaubnis eingeholt ist. Dabei hat erst vor kurzer Zeit aus Anlaß der Konfiskation von roten Kränzchen das Breslauer Schöffengericht entschieden, daß ein Leidenbegängnis, in dem rote Kränzchen mitgeführt werden, kein „ungewöhnliches“ ist. Trotz dieser gerichtlichen Feststellung konsultiert die Breslauer Polizei die roten Kränzchen ungehört weiter. So auch am letzten Dienstag. Fast ein Dutzend Säuglinge liegen den Leichenkondukt mit der roten Schleife ungeschützt passieren, bis wenige Minuten vor dem Kirchhofe ein Polizeikommissar Anstoß an der staatsgefährlichen roten Schleife nahm. Er verlangte die sofortige Entfernung und als dem Befehl nicht Folge gegeben wurde, mußten die Kränzträger den Leichenkondukt verlassen und dem Polizeikommissar mit dem Kränz nach der Polizeiwache folgen. Dort wurde die Schleife, die beiseite keine gefährliche Wirkung enthielt, mit Beschlag belegt und die Namen der Träger festgehalten. Selbstverständlich wurde die Annahme des verurteilten Anzuges verweigert. Auch in diesem Falle wird der Polizei gerichtlich bezeugt werden müssen, daß bei einer Beerdigung ein Kränz mit roter Schleife noch lange kein „ungewöhnliches“ Leidenbegängnis darstellt. Eine gerichtliche Entscheidung liegt bereits vor, aber es wird weiter konsultiert.

Jugendbewegung.

Vom Kampf gegen die freie Jugendbewegung.

Der Kampf gegen die freie Jugendbewegung treibt auch in Lichtenberg-Kummelsburg bei der Polizei immer neue Blüten. Zur Agitation für die „Arbeiterjugend“ hielt der Kollege Adolf Dommel in einer öffentlichen unpolitischen Versammlung in Kummelsburg im Café Bellevue einen Vortrag über das Thema: „Arbeiterjugend, erwache!“ In der Versammlung wird nicht erörtert, was mit Politik zu tun haben könnte. Der Polizeipräsident von Lichtenberg jedoch erließ an den Leiter und Einberufer der Versammlung eine Verfügung wegen Nichtanmeldung einer politischen Versammlung zur Zahlung von 15 M. Geldstrafe oder drei Tagessatz. Dieser weise Beschluß der Polizei findet seine Ursache und Begründung in der Aussage eines Arbeiters namens Kuyler. Was für ein Arbeiter mag das sein, der herausgefunden hat, daß die Versammlung politisch war und der sich für ausklaren ließ, diese ungeheure Mißthat der Polizei zu denunzieren. Es ist selbstverständlich gerichtliche Entscheidung beantragt worden.

Aus Industrie und Handel.

Das Niveau der Warenpreise in Großhandel.

Während bisher die steigende Bewegung der Lebensmittelpreise sich besonders stark im Kleinhandel bemerkbar machte und die Preise im Großhandel nur langsam anogen, ist seit dem Monat September auch bei den Großhandelspreisen eine für die Bestaltung des Konsums recht unerfreuliche Wendung eingetreten. Die Preissteigerung verschiedener Waren war so erheblich, daß der Warenpreisindex ganz auffallend den Stand des Vorjahres überschritt. Noch bis zum April stand er tiefer als im Vorjahre; alsdann trat ein Plus gegenüber 1910 ein, doch Grob aber in mäßigen Grenzen blieb, bis der September das stark ansteigende gebracht hat. In Prozent der vorjährigen Indexziffer stand das Niveau der Großhandelspreise in den einzelnen Monaten des laufenden Jahres unter bezug, über dem Stande des Vorjahres:

Januar	Februar	März	April	Mai
- 2,72	- 2,48	- 2,07	- 1,8	+ 1,82
Juni	Juli	August	September	
+ 3,35	+ 1,55	+ 1,97	+ 7,68	

Eine Konsumeinheit der nach ihrem quantitativen Verbrauch im Volkshaushalt berücksichtigten Waren kostete im September dieses Jahres 6 239,97 M. gegen 5 841,87 M. im September 1910. Gegen August dieses Jahres ist die Steigerung gleichfalls außergewöhnlich; sie betrug 6,77 Proz. Vergleicht man für die einzelnen der berücksichtigten 17 Hauptwaren die Differenz gegenüber dem Vorjahre, so stehen nur 5 Waren im Preise tiefer als damals; 2 Waren sind im Preise gleich geblieben, 10 hat sich der Stand mehr oder weniger stark erhöht. Auf die Konsumeinheit berechnet weist der Index bei nachstehenden Waren folgende Bewegung auf:

	1910	1911	Steigerung
	September		
Weizen	688,66	678,48	- 1,77
Roggen	790,14	908,19	+ 15,05
Kartoffeln	472,33	796,93	+ 324,6
Reis	19,80	23,74	+ 19,94
Rindfleisch	848,40	868,00	+ 19,60
Kaffee	109,50	153,00	+ 43,50
Zucker	105,56	139,86	+ 34,30
Tabak	63,00	84,00	+ 21,00
Wolle	22,76	30,57	+ 8,81
Selbst	78,00	78,00	0,00

Am schärfsten ist die Steigerung bei Kartoffeln bemerkbar, hoch ist dann noch das Plus des Index für Roggen. Und diese Höhe läßt sich nach der vorausgesetzlichen Versorgung nicht halten. Auffällig ist noch die Steigerung für Kaffee und Zucker, zwei Artikel, deren Preise durch die Spekulation übermäßig in die Höhe getrieben worden sind. Auf gleicher Höhe wie im Vorjahre standen die Preisnotierungen für Rohwolle und Petroleum, während für Schweine, Rindfleisch, Hammel und Steinobst ein Minus ergab. Auf dem Schlachtviehmarkt macht sich das stärkere Angebot bei der Preisbildung umso mehr geltend, als eine gewisse Zurückhaltung der Nachfrage besteht, die vielleicht schon auf eine Abnahme des Fleischkonsums in den Schichten der Bevölkerung zurückzuführen sein dürfte, die sich im Haushalt schon sehr einsparten müssen.

Wieder ein Schwindel.

Die abnorme Bitterung des letzten Sommers hat den Spekulanten, die durch Verbreitung ungünstiger Ernteberichte den Preis der Waren in die Höhe treiben, das Handwerk sehr erleichtert. So schnellten auch die Preise für Reis stark hinauf. In Bremen stieg der Preis für Rangoonreis von 22 M. pro Doppelcentner im September 1910 auf 26,38 M. in diesem Jahre. Der Preis für Bruchreis hob sich von 16 auf 20,75 M. Besonders in China sollte angeblich die Ernte schlecht sein; nun wird bekannt, daß die Weidenrnte qualitativ und quantitativ reiche Erträge liefert. So erwidert nach der „Frankfurter Zeitung“ das in Shanghai erscheinende Blatt „Gotton“, die Richtigkeit der Meldung unterstreicht eine Nachricht aus Siam. Auch von dort sollten nur geringe Zufuhren zu erwarten sein, weil die neue Ernte nur die Hälfte der vorjährigen liefert. Nun kann berichtet werden, daß die letzte Ernte eine Ausfuhr von circa 300000 Tonnen Reis erlaube, oder 30 Prozent mehr als die vorausgegangene. Danach müssen die Preise für Reis unbedingt nachgeben. Wegen der Teuerung bei den übrigen Lebensmitteln, besonders auch für Kartoffeln, bedeutet das für die ärmere Bevölkerung immerhin eine Erleichterung.

Gerichts-Zeitung.

Vom Begriff der öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel.

Genosse Röh vom Verband der Land- und Weinbergarbeiter wollte am 20. Februar 1911 mit Land- und Forstarbeiter, die durch Zettel eingeladen worden waren, in Groß-Görscholz im Gasthaus eine Versprechung abhalten, die den Anstoß an den Wand zum Zwecke haben sollte. Die Wirtin Fabian verweigerte aber schließlich den Raum für die Versprechung. Röh forderte drauf die erschienenen 8 bis 10 Personen auf, mit ihm freie zu kommen und ihn auf dem Wege zum Bahnhof Halbe ein Stück zu begleiten. Das taten sie auch. An einer Stelle der Chaussee setzte er sich und sagte ihnen, daß er hier keinen Vortrag halten könne, er wolle aber bald wiederkommen. Dann setzte er ihnen kurz den Inhalt seines Erfahrens auseinander, sprach etwas über den Verbot und redete den Leuten zu, den Beitritt zu erwägen. Das dauerte höchstens eine Viertelstunde.

Auf Grund dieses Tatbestandes verurteilte das Landgericht i Frankfurt a. O. Röh zu einer Geldstrafe, weil er ohne die erforderliche Genehmigung eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel veranstaltet habe. Es führte unter anderem aus: Zweifelslos habe es sich um eine Versammlung gehandelt, nämlich um die Zusammenkunft einer Reihe von Personen zu einem gemeinsamen Zweck. Der gemeinschaftliche Zweck ist der gewesen, die Interessen der Leute zu erörtern und sie zum Anschluß an den Verband zu bewegen. Die Veranstalter der Versammlung in Gestalt hätten sich nicht festhalten lassen. Röh sei aber, weil er die Leute mit auf die Chaussee nahm, zum Veranstalter einer Versammlung unter freiem Himmel geworden. Und diese sei eben öffentlich gewesen, wie die für das Gasthaus projektierte, weil die Zettel einladungen sich sozusagen an jedermann richteten hätten. Die Zettel hätten nicht auf die Namen der Eingeladenen gelaufen. Das Kammergericht hob am Dienstag das Urteil auf und verwies die Sache mit folgender Begründung an das Landgericht zurück: Der Begriff der Versammlung sei nicht verkannt. Auch habe

Das Landgericht den Angeklagten als Veranstalter einer „Versammlung unter freiem Himmel“ ansehen können. Die Art aber, wie das Landgericht zur Feststellung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel gekommen sei, sei abwegig. Zwischen der Zusammenkunft im Lokal und der im Freien müsse Unterschieden werden. Als Angeklagter durch seine Aufforderung an die im Lokal erschienenen die Zusammenkunft im Freien veranlasst, habe er sich an eine von ihm genau übersehbare Anzahl von Menschen gewandt, an 8 oder 10. Wenn die Zusammenkunft auf der Chaussee hierauf beschränkt blieb, dann wäre es keine öffentliche gewesen, und wäre dann Angeklagter freizusprechen, weil ja nur die öffentliche Versammlung unter freiem Himmel an eine Genehmigung gebunden sei.

Die Sache müsse aber doch noch mal an das Landgericht zurückerwiesen werden, weil das Landgericht noch nachprüfen müsse, ob sich nicht nach andere Patienten der Chaussee zu dem Hausein der vom Angeklagten direkt Geladenen geflüchten und ob nicht etwa Angeklagter einen solchen Erfolg vorausgesehen und gewollt habe. In diesem Falle wäre dann doch eine „öffentliche Versammlung unter freiem Himmel“ von ihm veranstaltet worden.

Vom Norddeutschen Lloyd.

Wegen Erpressungsversuchs ist am 22. Juni vom Landgericht Bremen der höhere Schiffsführer Gustav Scheel zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er war zuerst auf dem Dampfer „Pomm“, später auf dem Dampfer „Dresden“ für den Norddeutschen Lloyd tätig. Im März 1897 hat er wegen Schmuggels seine Entlassung erhalten. Seit dieser Zeit bezog er eine Pension und eine Rente. Als ihm letztere am 1. Januar 1910 entzogen worden war, strengte er im April 1910 gegen den Aufsichtsrat des Lloyd Klage an, gleichzeitig auch auf Zahlung von 146 M. Kostgeld, das ihm einmal abgezogen worden war. Als er darüber belehrt wurde, daß diese Forderung verjährt sei, suchte er das Geld durch Drohbriefe an den Aufsichtsrat zu erlangen. — Die vom Angeklagten gegen seine Verurteilung eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht am Mittwoch als unbegründet verworfen.

Aus der Frauenbewegung.

Die vierte österreichische Frauenkonferenz.

Sechzig Delegierte, darunter drei Genossinnen, die an Stelle von Genossinnen gekommen waren, und zwei Landessekretäre waren in Innsbruck zur sozialdemokratischen Frauenkonferenz versammelt. Auch für die Parteiverteilung und für die Parliamentsfraktion waren Vertreter anwesend. Erstlich war es, daß aus dem frommen Tirol und Vorarlberg die Genossinnen diesmal in größerer Zahl anwesend sein konnten, sowie die Konferenz überhaupt der Frauenorganisation in diesen beiden vom Zentrum des Reiches so weit entfernten Ländern sehr nützlich wird. Eine reiche Versammlungstätigkeit, die sich an die Konferenz und an den Parteitag angeschlossen, wird den Boden noch besser bearbeiten. Ueber den Bericht, der der Frauenkonferenz vorgelegt wurde, ist hier schon gesprochen worden. 18 000 politisch organisierte Frauen, 25 000 Abonnentinnen der Arbeiterinnenzeitung, das sind Ziffern, die man in Österreich so rasch nicht erwarten konnte. Dazu kommt noch die Dienstmädchenorganisation, die derzeit allerdings noch auf Wien beschränkt ist, doch hat sicherlich die Konferenz dazu beigetragen, daß in den nächsten Monaten einige Ortsgruppen gegründet werden. Der wichtigste Punkt der Konferenz war der Anschluß der Frauen an die politischen Vereine. Scheinbar eine theoretische Diskussion, da ja die Frauen noch immer nicht das Recht haben, politischen Vereinen anzugehören. Aber die Regierung hat den Entwurf zur Änderung des Vereinsgesetzes dem Parlament wieder vorgelegt, und obwohl diese Regierung mittlerweile am Ende ihres Könnens angelangt ist und eine neue an ihre Stelle getreten ist, so wird auch diese nicht anders können. Die Frauenkonferenz hat übrigens beschlossen, abermals eine Agitation für die Befreiung des § 80, der sagt, daß Frauenpersonen nicht Mitglieder politischer Vereine werden können, einzuleiten. Da nun nicht jedes Jahr eine Frauenkonferenz stattfindet, so wollten die Genossinnen schon diesmal ihre prinzipielle Stellung festlegen, falls mittlerweile die Änderung des Vereinsgesetzes erfolgen sollte. Es wurde beschlossen, dem Parteitag zu empfehlen, daß dann die weiblichen Parteimitglieder den politischen Wahlvereinen beitreten sollten. Um jedoch die Agitation unter den Frauen aufrechtzuerhalten, sollen einstweilen von den weiblichen Mitgliedern der einzelnen Orts Agitationskomitees gewählt werden, die unter der Leitung der weiblichen Vorstandsmitglieder und mit Zustimmung des Vorstandes ihre Tätigkeit ausüben sollen. Auch das Frauenrechtskomitee und die Landeskomitees sollen bestehen bleiben bis bei einem nächsten Parteitag anders beschlossen wird. Eine große Debatte wurde darüber abgehalten, ob die Beiträge der weiblichen Mitglieder vollständig an die politischen Vereine abgeliefert werden sollen oder ob ihnen eine finanzielle Selbstverwaltung eingeräumt werden soll. 29 Genossinnen haben gesprochen, davon die meisten für die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen. Die Genossinnen erörterten die Besorgnis, daß die Genossinnen den speziellen Bedürfnissen der Frauenagitation nicht immer das rechte Verständnis entgegenbringen würden und daß die Agitation dann schlecht bedacht sein würde. Genossin Luise Zieg, die als Vertreterin der deutschen Partei der österreichischen Frauenkonferenz beizugab, sprach sich auf Grund ihrer Erfahrungen in Deutschland für die vollständige Gemeinsamkeit aus. Es wurde beschlossen, die Resolution des Frauenrechtskomitees dem Parteitag vorzulegen und Aufforderung über den Wert der vollständigen Gemeinsamkeit zu verbreiten. Der Parteitag hat die Resolution der Frauenkonferenz einer Kommission zur Berichterstattung an den nächsten Parteitag zugewiesen. Das

Kommunalwahlrecht für die Frauen* war der nächste Punkt der Tagesordnung. Von der Referentin Genossin Schleginger wurde dazu eine ausführliche Resolution vorgelegt, die alle Details aufzählt, an welchen die Frauen in den Gemeindeverwaltungen interessiert sind. Sie richtet auch an die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden die Aufforderung, überall das allgemeine, an keinen Besitz und keine Steuerleistung geknüpfte Frauenwahlrecht zu fordern. Die Resolution zur Sozialversicherung, worüber Genossin Freundlich referierte, erhebt die bekannten Forderungen nach Mutter- und Säuglingschutz und nach der Witwen- und Waisenerziehung. Zur Lebensmittelleuerung referierte Genossin Seidl. In der Resolution werden die Frauen aufgefordert, nicht nur die politischen Aktionen zu unterstützen und nicht nur an den Kämpfen der Gewerkschaften um die Erhöhung der Lebenshaltung teilzunehmen, sondern auch die Genossenschaften als wirksame Waffe im Kampf gegen Wohnungsnot und Teuerung zu benutzen. Es wird allen Frauen die Mitgliedschaft in den Konsumgenossenschaften zur Pflicht gemacht. Ein wirkungsvolles Referat hielt Genossin Koch über die Abstimmungsfrage. Ihre Ausführungen gipfelten darin, daß die Frauen vor allem durch das Beispiel wirken sollen, daß sie ihren Kindern keinen Tropfen Alkohol geben sollen und daß die Veranstaltungen der Frauen alkoholfrei sein sollen. Genossin Dr. Schacher ergänzte wirkungsvoll diese Ausführungen. Ueber die Dienstmädchenorganisation sprach Genossin Bötzger. Auch hier wurden in einer Resolution die Forderungen, die in der Agitation zu erheben sind, aufgestellt; sie decken sich zum Teil mit jenen, die auch von den deutschen Genossinnen erhoben werden. Beschlössen wurde auch, im nächsten Jahr wieder den Parteitag als Kundgebung für die politischen Rechte der Frauen abzuhalten und zu einer großzügigen Werbung von Mitgliedern auszunutzen.

Der Deutsche Bund für Mutterrecht, Ortsgruppe Berlin, beschloß in einer Versammlung die Einrichtung neuer Auskunfts- und Beratungsstellen, von denen zunächst die folgenden ihre Tätigkeit bald aufnehmen werden:
 Berlin O. Landsberger Str. 100, Palsjadenstr. 108.
 N. Schönhauser Allee 104.
 SW. Großbeerenstr. 12.
 NO. Christburger Str. 41.
 SO. Mariannenufer 2.
 W. Lützowstr. 75.

Aus dem Kreise der anwesenden Mitglieder heraus wurde ein Garantiefonds gegründet, der die Erweiterung der bestehenden Rettungswache zu einem Heim sicher stellt.

Verfammlungen.

Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Schirmindustrie wurde am Montag in einer öffentlichen Versammlung vom Referenten Hildebrandt geschildert. Er stützte sich auf das in einer Broschüre veröffentlichte Ergebnis einer Statistik, die der Holzarbeiterverband (die Organisation der Schirmarbeiter) kürzlich veranstaltet hat. Hiernach sind in der Berliner Schirmindustrie mehr als 2000 Arbeitskräfte beschäftigt, von denen mehr als drei Viertel als Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen tätig sind. Bei der Herstellung der Schirme sind zwei Arbeitergruppen beschäftigt: die Schirmmacher, welche die Gestelle anfertigen und die Stöße einziehen, und die Näherinnen, welche die Stoffüberzüge herstellen.

Die Statistik erstreckt sich auf 130 Schirmmacher, von denen 44 in der Werkstatt beschäftigt sind. Die Löhne der letzteren bewegen sich zwischen 27,80 M. und 35,25 M. wöchentlich. Das ergibt einen Durchschnittslohn von 32 M. Die übliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, jedoch können die angegebenen Löhne nur dadurch erzielt werden, daß in der Saison regelmäßig Überstunden gemacht werden bis 8 und 9 Uhr abends. Nach den Angaben der Heimarbeiter erzielen diese ein Jahreseinkommen von 1000 bis 1500 M. Im Durchschnitt kann man einen Wochenverdienst von 30 M. annehmen. Davon gehen aber etwa 3 M. Unkosten ab, so daß ein Wochenverdienst von durchschnittlich 27 M. übrigbleibt. Wenn in der Saison hier und da 40 M. wöchentlich verdient werden, dann handelt es sich immer nur um solche Fälle, wo die Frau, oft auch die Kinder mitarbeiten. Uebrigens wird die Saison von Jahr zu Jahr kürzer. Ein großer Uebelstand ist der, daß die Heimarbeiter täglich liefern müssen, was also an jedem Tage einen nutzlosen Aufwand an Zeit und Fahrgehalt kostet. — Ein Heimarbeiter, der für zwei Geschäfte arbeitet und das ganze Jahr hindurch beschäftigt war, also zu den am besten gestellten Arbeitern der Branche gehört, erzielte nach Abzug seiner Unkosten einen Jahresverdienst von 1730,40 M., das macht 33,00 M. pro Woche.

Die Schirmnäherinnen sind fast ausschließlich Heimarbeiterinnen. Das bekannte Elend der Heimarbeit macht sich hier in ausgedehntester Maße bemerkbar. Neben den Arbeiterinnen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit bestreiten müssen, findet man Beamtenfrauen und andere, die sich so nebenher mit Schirmnäherie beschäftigen, wodurch es den Unternehmern leicht gemacht wird, die Löhne auf ein erschreckend tiefes Niveau herabzudrücken. Die Statistik unterscheidet nach der Qualität der Ware vier Gruppen von Arbeiterinnen. Die Alltagsverdienste sind nach Abzug der notwendigen Unkosten in Stundenlöhne umgerechnet. So ergibt sich, daß in der ersten Gruppe bei 11 bis 12stündiger Arbeitszeit Stundenlöhne von 6,3 bis 10 Pf. erzielt werden. In der zweiten Gruppe beträgt der Stundenlohn 5,7 bis 9,5 Pf. pro Stunde bei 13stündiger Arbeitszeit. In der dritten Gruppe werden bei 12stündiger Arbeitszeit Stundenlöhne von 8 bis

18 Pf. verdient. Die Arbeiterinnen der vierten Gruppe, welche die besten Qualitäten anfertigen, erzielen bei 16stündiger Arbeitszeit einen Durchschnittsverdienst von 18½ Pf. pro Stunde. Die hier gemachten Angaben beziehen sich auf Stapelware. Bei besseren Artikeln können etwas höhere Löhne verdient werden. — Hervorzuheben ist, daß die Löhne vor einigen Jahren noch besser waren, seitdem aber fortgesetzt herabgedrückt worden sind. Beispielsweise ist der Lohnrückgang in der zweiten Gruppe mit 30 Prozent angegeben.

Der Referent verwies darauf, daß solche Löhne bei den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes sind. Als Vorbedingung für die Eringung besserer Löhne empfahl der Redner den Anschluß an die Organisation, den Holzarbeiterverband.

Dem zweiten Punkt der Tagesordnung gab Hildebrandt eine kurze Darstellung der Situation des Streiks in der Berliner Schirmmanufaktur von Hugo Richterstein. Im Einverständnis mit der Versammlung betonte der Redner, daß der dort entstandene Streik so lange fortgeführt wird, bis Herr Richterstein bereit ist, den mit dem Holzarbeiterverband abgeschlossenen Vertrag anzunehmen.

Was soll der Junge werden?

Am 7. November versammelten sich die Rahmenvergolder der Groß-Berlins im Gewerkschaftshaus, um Stellung zu nehmen zu einem Eingeklärt ihres Obermeisters der Innung Albert Suckow zu dem Thema: „Was soll der Junge werden?“ Herr S. hatte auf eine Warnung des Vergoldergehilfenauschusses an die Eltern schulfähiger Knaben, ihren Jungen Vergolder lernen zu lassen, mit einem Geschrei im „Lokal-Anzeiger“ geantwortet. Er wandte sich dagegen, daß von einer Lehrlingszuchterei gesprochen würde: in der ganzen Innung seien nur 18 Lehrlinge beschäftigt. Wie jedoch in der Versammlung namentlich festgestellt wurde, sind zurzeit bei Innungsmeistern 34 Lehrlinge beschäftigt, darunter 2 in Leistenbetrieben. Auch nach dem Handwerkskammerbericht, zu dem ja Herr Suckow das Zahlenmaterial lieferte, betrage die Zahl der Lehrlinge für 1909 29, für 1910 bei Richtungsmitgliedern 18 und bei Innungsmitgliedern 31. Demnach trafe die Behauptung des Gehilfenauschusses vollständig zu, daß auf je 3 Gehilfen 1 Lehrling käme, obgleich im Gewerbe bis zu 35 Proz. der Gehilfen arbeitslos seien. Die Versammlung äußerte sich in scharfen Worten zu der obermeisterlichen schiefen Darstellung. Ueber die Arbeitslosen helfe sich der Obermeister mit kurzem Bedauern hinweg und behauptete kurz und bündig, daß diese zu denen gehören, die „nichts Ordentliches gelernt“ hätten. Der Arbeitsvermittler beklagte sich besonders, daß es bei diesem niedergehenden Gewerbe außerordentlich schwer sei, Kräfte zu vermitteln. Jeder Kravater verlange nur ältere Kräfte, auch wenn nur schlanke Arbeit gefertigt würde; dabei hätten die Meister noch allerlei Wünsche, nicht zu alt und nicht zu jung usw. Aber zugegeben, es befänden sich unter den Arbeitslosen eine ganze Reihe Widerleistungsfähiger, so läge die Schuld an dem Meister, bei dem der betreffende gelernt habe. Man wolle eben nur Leute zum Ausbeuten, nicht zum Ausbilden. In München bestände eine Fachschule für Vergolder; aber der Berliner Obermeister erklärte, dafür sei kein Geld vorhanden. Dem Sermon des Obermeisters, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo das Vergolderhandwerk als eines der schönsten und edelsten Kunstgewerbe, von jedermann anerkannt werden würde, sei die Tatsache entgegenzustellen, daß vor 20 Jahren 100 Prozent Vergolder mehr in der Branche beschäftigt waren, und daß von jedem Einfältigen ohne weiteres zugegeben wird, daß das Rahmenvergoldergewerbe dem Untergange geweiht sei.

Witterungsüberblick vom 9. November 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in °C	Temp. in °F	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in °C	Temp. in °F
Schwetzingen	757	SW	5	bedeckt	4	39	Haparanda	756	SW	2	bedeckt	0	32
Hamburg	754	SW	3	bedeckt	4	39	Petersburg	764	SW	2	bedeckt	5	41
Berlin	757	SW	2	wolkig	3	39	Seibitz	749	SW	2	wolkig	8	46
Frankfurt	756	SW	1	Rebel	4	39	Bertram	748	SW	2	wolkig	1	34
München	759	SW	4	wolkig	1	39	Paris	755	SW	1	heiter	1	34
Wien	762	SW	2	heiter	4	39							

Wetterprognose für Freitag, den 10. November 1911.

Zeitweise heiter und um Mittag mild, aber veränderlich mit etwas Regen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 11. 7. 11.		am 10. 7. 11.	
	am	fest	am	fest
Remel, Mühl	105	+24	103	+24
Pregele, Jüterburg	44	-1	44	-1
Reichel, Thom	20	0	20	0
Oder, Rathow	85	-2	85	-2
„ Krotzen	107	+5	107	+5
„ Frankfurt	48	+11	48	+11
„ Barthe, Schirmitz	28	0	28	0
„ Landsberg	51	-1	51	-1
„ Ketzin, Torzmann	33	-1	33	-1
„ Elbe, Leimnitz	85	-2	85	-2
„ Dresden	210	-7	210	-7
„ Harbo	4	-1	4	-1
„ Magdeburg	17	+4	17	+4

*) + bedeutet Hoch, - Fall. *) Unterpejel. *) um 12 Uhr mittags 47 cm.

Für den ersten Schnee!

empfehle große Vorräte gedruckter Mohr- und Woll-, 1000 Wollensackgarnen. Für jede Figur (auch für den hässlichen Herrn) während der Lager. Diese Sachen sind teils in leuchtenden Farben (auch auf Gelb) gezeichnet. Früherer Verkaufsbilanz bis 10 M. je 10 folgenden extra billigen, reizen; auch neue.
 Herr. Paletots 8.00, 12.00, 16.00, 18.00 M. **Mod-Anzüge 12.- 16.- 20.- 22.- M. 20.**
 Herren-Häse 10.- 12.- 16.- 20.- M. 20. **Wohnd-Anzüge 16.- 19.- 22.- 25.- M. 20.**
 Jodetti-Anzüge 9.- 12.- 14.- 19.- M. 20. **Herren-Hosen 2.- 3.- bis 6.-**
 Verteilung von eig. Prod. u. Weltmarken-Anzügen.
J. Wand Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, a. d. An der Karlsruh. II. Geschäft: Chausseest. 89.
 III. Geschäft: Friedrichstr. 127 an der Karlsruh. IV. Geschäft: Jägerstr. 11.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzensir. 41, dicht am Moritzplatz. 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

H. Pfau, Bandagist

Berlin, Dirksenstraße 20 zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Holzplatz. Für Damen Frauen-Bedienung. * Vorrat für alle Krankenkassen.

Der Verkauf der zurückgelieferten Monatsgarderobe

des größten Abonnementshauses für feine Herrenbekleidung. **J. Stock & Co.** befindet sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstr., Eingang Johannisstr. Anzüge und Paletots v. 10 M. an.

Bolero

Caruso

Selowsky-Cigaretten

als erstklassig anerkannt!

Zenith

Victoria

Jeder Handwerker, jeder Arbeiter

kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von **Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung für jeden Beruf.**

Hauptgeschäft: Alexanderstr. 28. Filialen: Rosenfelder Str. 53, Ecke Weinmeisterstraße; Landsberger Allee 148, am Friedrichshagen; Rixdorf: Bergstr. 66, am Ringbahnhof.

Italiens Kriegsfähigkeit.

Die letzten Tage haben die große militärische Widerstandsfähigkeit der Türken und Araber gezeigt und da wirft sich die Frage auf, ob Italien ökonomisch in der Lage ist, einen langwierigen Kolonialkrieg überhaupt führen zu können, ohne großen politischen Erschütterungen entgegenzugehen. Eine Untersuchung der treibenden Kräfte, die zum Kriegsabenteuer geführt haben, und der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes wird uns auf diese Frage Antwort geben.

I.

Die Bevölkerung Italiens betrug 1909 34,56 Millionen Personen oder durchschnittlich 312,7 Personen pro Quadratmeile (etwa 120 pro Quadratkilometer). Die einzelnen Provinzen sind aber sehr ungleichmäßig bevölkert. Ueber den Durchschnitt haben nur wenige Provinzen: Ligurien mit 594,6, Campanien mit 522,1, die Lombardei mit 479,9, Venetien mit 369,7, Sizilien mit 361,7 und Emilia mit 320,9 Personen pro Quadratmeile. Das übrige Land hat eine viel geringere Bevölkerung, besonders Süditalien.

Der größte Teil der Bevölkerung beschäftigt sich noch mit der Landwirtschaft. Die Berufszählungen von 1881 und 1901 zeigen folgende Verteilung der Bevölkerung nach den Hauptberufen:

	Landwirtschaft	Industrie u. Bergbau u. Verkehr	Handel	Sonstige
	in Millionen Personen			
1881 ..	8,58	4,18	0,69	1,79
1901 ..	9,67	3,99	1,19	1,42
	in Prozenten aller Erwerbstätigen			
1881 ..	56,7	27,6	8,9	11,8
1901 ..	59,4	24,5	7,4	8,7

Die Berufszählung ist sehr ungenau; immerhin muß man zugeben, daß Italien in der Hauptsache noch ein agrarisches Land ist. In Deutschland waren schon 1895 nur 37 Proz. aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Der Ackerbau ist also in Italien die wichtigste Erwerbsquelle der Bevölkerung. Wie steht es aber mit ihm?

Die Gesamtfläche Italiens stellt sich auf 28,7 Millionen Hektar; davon war 1910 landwirtschaftlich benutzt 21,8 und forstwirtschaftlich benutzt 4,5 Millionen Hektar. Daraus ist schon ersichtlich, daß Italien seinen Boden soweit wie möglich ausnützt, da es fast gar keine Brache kennt: ein Restfaktat der für ein Ackerbau treibendes Land bedeutenden Bevölkerungsdichte. Der Bauer bearbeitet selbst ungunstiges Land, um nur existieren zu können, da er keine andere Beschäftigung findet.

In der Tat sind die durchschnittlichen Ernteerträge in Italien sehr niedrig. So wurde in Doppelgetreidepro Hektar geerntet:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hofer	Kartoffeln
Deutschland ..	19,9	17,0	18,5	18,4	131,9
Italien ..	8,8	11,3	8,3	8,2	60,6

In einzelnen Provinzen steigt aber der Ernteertrag sehr bedeutend an, so in der Emilia bis auf 20 Doppelzentner, in der Po-Ebene auf 16 Doppelzentner. Der niedrige Durchschnitt kommt also dadurch zustande, daß man vielfach unfruchtbare Böden bestellt. Im allgemeinen ist aber die italienische Landwirtschaft rückständig, arbeitet noch mit sehr veralteten Werkzeugen und setzt unter dem Joch von Verhältnissen, die eine halbe Leibeigenschaft bedeuten, und dem Drucke der Wucherer und des Staates. Der Grund und Boden gehört wenigen Magnaten, die ihn in Teilpacht an die Bauern oder an Großpächter abgeben, die diesen wieder erst durch Mittelspersonen an die Bauern verpachten. Zum Teil wird der Boden direkt von Tagelöhnern bestellt. Die Bauern werden fürchterlich ausgebeutet; die Teilpacht speziell, ebenso wie die Bodenbestellung durch billige Arbeiter, hindert jeden kulturellen Fortschritt; denn dadurch muß der Teil des Grundbesitzers steigen, der der Pächter aber wird gekürzt. Wie soll der Pächter da Kapital aufwenden können?

Dazu kommt noch die Plage der Wucherer auf dem platten Lande, die aus dem Bauer alles auslaugen, was der Grundbesitzer und Großpächter übrig ließ. Und schließlich vollendet der Staat das Werk dieser Elemente. Die Grund- und Gebäudesteuer verschlingen 30-35 Proz. des Ertrages der Landwirtschaft. 60,8 Proz. aller gerichtlichen Zwangsverkäufe von 1895 kamen auf Fälle von nicht bezahlter Grund- und Gebäudesteuer. . . . In Sardinien kommt auf 14 Einwohner eine Ermittlung wegen Nichtzahlung der Steuer, in Kalabrien auf 114 Einwohner usw. In den Jahren 1885-1897 kamen zirka 100 000 Ermittlungen dieser Art vor. . . .

Unter diesen Umständen wird es erklärlich, warum aus Italien soviel Leute jahraus und jahrein auswandern. Die Kulturlandschaft läßt sich nicht mehr ausdehnen. Die Gesamtfläche, auf der Getreide gebaut wird, betrug 1874 4,74 Mill. Hektar und 1907 5,23 Millionen. In mehr als 30 Jahren ist die Kulturlandschaft bloß um knapp 500 000 Hektar gestiegen. Der Intensivierung des Betriebes stellen sich die geschädigten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse entgegen. Dagegen führt jeder technische Fortschritt zur Verminderung der auf dem Lande notwendigen Arbeitskräfte; in noch stärkerem Maße wird das gleiche Resultat dadurch erreicht, daß die Großgrundbesitzer die Pächter durch Saisonarbeiter ersetzen und die bäuerlichen Familien einfach aus dem Lande vertreiben.

So ist die Auswanderung aus Italien von 108 771 Personen im Jahre 1876 auf 787 977 im Jahre 1906 gestiegen. In den letzten Jahren ist sie etwas zurückgegangen, stellte sich 1908 auf 486 674, schnellte aber schon 1909 auf 625 637 wieder empor. Während Ende der siebziger Jahre auf 100 000 Einwohner rund 400 Auswanderer kamen, stieg ihre Zahl jetzt auf 1826 an, d. h. auf das 4 1/2fache! Es gibt in Italien viele Dörfer, wo die männliche Bevölkerung ganz ausgewandert ist („Weiberdörfer“).

Das ist eine der Ursachen des italienischen Imperialismus: das Bestreben nach Landvergrößerung. Der „Landhunger“ des Bauern macht aus ihm einen Kolonialschwärmer. Er hofft außerhalb seiner Heimat das Brot zu finden, das ihm Italien nicht gibt. Er horcht deshalb aufmerksam auf die Reden der Imperialisten, die ihm sagen, daß Tripolitani ein Land sei, wo er Boden genug haben kann. Es ist also das kümmerliche Los des Bauern in der Heimat, das ihn zu einem „Imperialisten“ macht, obgleich der Auswanderer sonst keineswegs „patriotisch“ gesinnt ist.

Daß die Hoffnungen auf Tripolitaniens feilschlagen werden, braucht man gar nicht erst auszuführen: Charakteristisch ist, daß die italienische Auswanderung sich keineswegs nach Tripolis wendet. Von den 600 000 Auswanderern gingen ganze 350 nach Tripolis, einfach, weil die Auswanderer meist Lohnarbeiter werden und Tripolis für sie keine Beschäftigungsmöglichkeit darbietet. Für die Kultivierung des afrikanischen Bodens fehlt den Italienern das Geld; hätten sie Geld dazu, so könnten sie auch in der Heimat bleiben, um dort sich ein Stückchen Land zu erwerben. In der Tat gingen auch fast 300 000 Italiener nach den europäischen Ländern, und von den 400 000, die nach Amerika auswanderten, haben auch wohl nur wenige dort Land erworben. Nicht außerhalb seiner Heimat hat der italienische Bauer die Lösung seiner Lebensfrage zu suchen, sondern zu Hause. Sie liegt ihm sehr nahe: die Verstaatlichung des Grund und Bodens, wodurch erst der wahrhaften Landflucht gesteuert werden kann. Es ist sicher, daß, wenn es dazu kommen sollte, die italienische Kolonisation von Tripolis die italienischen Bauern gar zu bald enttäuschen würde. . . .

II.

Die industrielle Entwicklung Italiens hat zweifellos bedeutende Fortschritte gemacht. Italien besitzt keine Kohlenlager, wohl aber viel Wasserkraft, und diese sucht es auch auszunutzen. Im Januar 1910 betrug die zu elektrischem Betrieb ausgenutzte Wasserkraft 580 000 Pferdekraft, die durch Dampf erzeugte 270 000 Pferdekraft. In Deutschland wurden 1907 7,28 Millionen Dampfperdestärke und 1,54 Millionen Kilowatt elektrischer Kraft festgestellt. Relativ betrachtet, befindet sich also Italiens Industrie in den Anfangsstadien. 1903 wurden im ganzen 117 278 industrielle Anstalten mit einer Motorkraft von 777 730 Pferdekraften und 1,4 Millionen Arbeiter gezählt. Davon kommen auf die Minen- und Metallindustrie 33 208 Anstalten mit 422 531 Arbeitern und auf die Textilindustrie 7263 Anstalten mit 452 969 Arbeitern. Damit vergleiche man die Zahlen für Deutschland, das beinahe die doppelte Bevölkerungszahl besitzt. In Deutschland waren 1907 im Verabau 860 900, in der Metall- und Maschinenindustrie 2,06 Millionen, in der Textilindustrie 1,09 Millionen Personen beschäftigt. Im Bergbau und in der gesamten Industrie waren in 2,09 Millionen Betrieben 10,85 Millionen Personen tätig.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn wir den Verbrauch der wichtigsten Rohstoffe betrachten. So war der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Tonnen:

	Steinlohe	Roheisen	Kupfer	Elei	Zinn	Zinn
	1905	1903	1903/7	1903/7	1903/7	1903/7
Italien ..	0,19	6,1	0,52	0,83	0,17	0,07
Deutschland ..	1,86	164,2	2,94	8,05	2,68	0,26

Wenn Italien also im letzten Jahrzehnt auch Fortschritte gemacht hat, so sind diese doch bei weitem nicht so groß, daß man schon sagen könnte, für seine Industrie würde der innere Markt zu eng. Allerdings, die italienische Bevölkerung ist arm und stellt keinen aufnahmefähigen Markt dar. Deshalb macht die italienische Textilindustrie große Anstrengungen, um sich auch einen auswärtigen Markt zu sichern. Diesen hat sie aber hauptsächlich in der Türkei gefunden, wohin sie für 42 Mill. Lire Baumwollwaren ausführt. Andererseits führt sie aus der Türkei Rohstoffe (Seidenkokons) ein, die ihr unentbehrlich sind. Deshalb merkt man auch im industriellen Norden Italiens sehr wenig von der Kriegsbegeisterung. Im Gegenteil, die Industriellen sind damit recht unzufrieden. Auch der Widerstand der Arbeiter gegen den Krieg war im Norden stärker, als im bäuerlichen Süden.

Andererseits verhält sich zum Kriege ein Teil der italienischen Händler. Diese werden natürlich ebenfalls durch den Krieg getroffen, speziell die, die den Warenverkehr mit der Türkei vermitteln. Aber viele italienische Händler hoffen, in Tripolis ein neues Betätigungsfeld zu finden.

Ihre Begeisterung gilt nicht dem heutigen Tripolis, das sehr arm ist und nur einen geringen Warenverkehr zuläßt, sondern dem künftigen Tripolis. Hier stoßen wir auf ein Märchen, das in der Hauptsache von dem Italiener G. R o h l i verbreitet wurde, nämlich, daß mit dem Besitze von Tripolis die Herrschaft über den Sudan verbunden sei. Durch Tripolis geht der größte Teil des Verkehrs mit dem Innern Afrikas. Allein Prof. Minutilli und der deutsche Prof. Th. Fischer weisen mit Recht darauf hin, daß der Handel mit dem Sudan notgedrungen nach dem Westen über Senegal und Niger, die ihm viel näher liegen, nach dem Osten über Benue und Niger, dann nach dem Nil, nach dem Süden über den Kongo abgelenkt werden muß. Auch in dieser Beziehung also erwartet die Italiener eine bittere Enttäuschung, die um so früher eintreten wird, als Frankreich und England schon eifrig an der Arbeit sind, den Sudanhandel an sich zu ziehen. Mit diesen Mächten zu konkurrieren, wird aber Italien außerstande sein, schon deshalb, weil es ihm an Kapital mangelt. Dabei sind die Franzosen schon weit vorgedrückt; ihre Bahnlinie geht schon bis tief in das Herz von Afrika.

Die Bankwelt Italiens ist ebenfalls keineswegs einig. Die einen — so die Societa Commercial d'Oriente — sind an der Ausbeutung der Türkei beteiligt; dagegen tritt der Banco di Roma als der Hauptführer im Kampfe um Tripolis auf, weil er dort verkrachte Unternehmungen hat, die er durch den Krieg zu retten hofft.

Der Banco di Roma ist eine katholische Gründung; an ihm sind die hohen Würdenträger der Kirche beteiligt. Deshalb treiben diese jetzt auch eine kriegsbegeisterige Agitation, die, wie wir gesehen haben, unter den Bauern des Südens guten Boden findet.

Man muß sich dabei die politischen Verhältnisse Italiens vergegenwärtigen: eine kleine Oligarchie von Strebern, Advokaten usw. hat das Staatsruder ergriffen und kämpft mit allen Mitteln gegen jede weitere Reform des Wahlrechts. Jetzt herrschen sie unter dem Schein der Demokratie fast unbeschränkt. Der „Economista dell'Italia moderna“ schrieb noch kürzlich: „Man kennt die Art, wie unsere politischen Wahlen heute zustande kommen. Die Mehrzahl der sogenannten Erwählten des Volkes ist mit der Erbsünde von Wahlen behaftet, die durch Banknoten und Korruption erzielt werden.“ Da man die Banknoten aus den Kassen des Banco di Roma entnahm, so kann man sich doch nicht seinem Willen widersehen. . . .

Dazu kommt noch etwas Wichtigeres: Die Radikalen und

vor allem die Arbeiter drängen auf eine Wahlreform. Die „Advokaten“ wollen diese nicht, sind aber zu schwach, um sich dem zu widersetzen. So griffen sie zu dem militärischen Abenteuer: ein Schachzug aller Despoten. . . .

Dem Lande wurde vorgelesen, daß die Okkupation von Tripolis ein militärischer Spaziergang sei. Nun, da die grausame Wirklichkeit es eines anderen belehrte, wird man sehr bald einen Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung erleben, einen Umschwung keineswegs zugunsten der herrschenden „Advokaten“. . . . Die Stimmabgabe hat schon nachgelassen; an ihre Stelle tritt in steigendem Maße eine Unzufriedenheit, die zur Stärkung der revolutionären Elemente viel beitragen muß. Das Schicksal aller solcher kriegerischen Abenteuer ist der Zusammenbruch des herrschenden Systems.

Soziales.

Gewerbe- oder Handlungsgehilfen?

Gegen die Restaurationsbetriebsgesellschaft Zoologischer Garten G. m. b. H., die schon recht häufig das Gewerbegericht beschäftigte, klagte das im französischen Weinrestaurant des Zoologischen Gartens als Kassiererin tätig gewesene Fel. Kleiber. Die Klägerin forderte 225 M. Entschädigung, weil sie nicht fristgerecht entlassen worden ist. Mit ihr war, wie mit den anderen Angestellten, eine dreitägige Kündigungsfrist vereinbart worden, die von der Beklagten auch eingehalten worden ist. Die Klägerin bestritt aber nun die Gültigkeit dieser Vereinbarung, denn sie wäre kaufmännische Angestellte, und für diese dürfe eine kürzere als monatliche Kündigungsfrist nicht vereinbart werden. Obwohl die Klägerin mit dem Servieren der Getränke und Speisen absolut nichts zu tun hatte, sondern nur das Ausschreiben der Gastrechnungen nach den von den Kassierern ausgestellten Bons zu besorgen und die Beträge dafür einzuziehen hatte, erklärte sich das Kaufmannsgericht für unzuständig und verwies die Sache an das Gewerbegericht. Dieses behandelte jedoch die Sache etwas eingehender und forderte ein Gutachten von den Ältesten der Kaufmannschaft ein. Die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft gaben ihr Gutachten dahin ab, daß die Dienste der Klägerin kaufmännischer Art seien, denn sie erforderten Gewandtheit im Rechnen und Schreiben. Im letzten Termin fußt nun der Vertreter der Beklagten, Direktor Schmidt, dieses Gutachten an, weil angeblich die Gutachter die Parteien nicht genügend gehört haben. Dem hielt der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. S e e t, entgegen, daß beide Parteien in dem ersten Termin vor dem Gewerbegericht in ausführlichster Weise zum Worte gekommen sind und die beiderseits geltend gemachten Ansichten im Protokoll, welches auch den Gutachtern vorgelesen hat, niedergelegt worden seien. Trotzdem vertrat der Vertreter der Beklagten die Ansicht, daß nur ein Fachmann oder die Handelskammer, die einen Berat aus dem Gastwirtsgerwebe habe, zur Abgabe eines Gutachtens kompetent gewesen wäre. In der weiteren Verhandlung wurde noch festgestellt, daß die Klägerin zwar eine Handelsschule nicht besucht hat, aber schon 10 Jahre als Kassiererin im Gastwirtsgerwebe tätig ist. Einige waren sich die Parteien auch darüber, daß die Klägerin für Rantlos zu halten hatte und speziell die Abrechnungen mit den Kassierern zu besorgen hatte. Diese Tätigkeit betrachtete jedoch der Vertreter der Beklagten als ein Teil der Tätigkeit der Kassierin; auch die Bundesratsverordnung betreffend die Aufhebung der Angestellten im Gastwirtsgerwebe, sagte er, stütze seine Ansicht. Denn die Klägerin unterfische denselben Bestimmungen wie die Kassierin. Mit dem gleichen Rechte, meinte er, könnten dann auch z. B. die Omnibuskassierer und die Kassaboten bei den großen Banken als kaufmännische Angestellte betrachtet werden; aber kein Gericht werde das tun. Wähler haben auch alle Kassiererinnen, die bei der Beklagten tätig waren und sich beschwert fühlten, sich als Gewerbegehilfen betrachtet und das Gewerbegericht angerufen, auf vier Fälle allein aus der letzten Zeit verwies der Vertreter der Beklagten dabei.

Das Gewerbegericht hielt die Kündigungsvereinbarung für nichtig und verurteilte die Beklagte zur Zahlung der geforderten Entschädigungssumme. In den Gründen wurden die Einwände der Beklagten entsprechend gewürdigt. So sagte das Gericht, daß es den gegebenen Anlaß benutzt habe, um zu dieser Frage von prinzipieller Bedeutung Stellung zu nehmen. Wenn bei den bisherigen Fällen dies nicht geschehen sei, so weil sich die klägerischen Parteien selbst zu der sozialen Schicht zuzählten, die von der Gegenpartei angenommen wurde. Die Aufgabe, der Frage prinzipiell näher zu treten, sei hier gegeben. Es gibt zweifellos eine ganze Anzahl von Berufen, deren Angehörige eine auf den Umsatz von Waren gerichtete, also eine kaufmännische Tätigkeit ausüben, die aber trotz der Leistung kaufmännischer Dienste nach der historischen Entwicklung nicht dem Kaufmannsstande zugerechnet sind. So leistet ein Kassier zweifellos kaufmännische Dienste, er wird aber nicht als Handlungsgehilfe betrachtet, weil er Trinkgelde nimmt und weil seine Tätigkeit keine rechenerische Gewandtheit erfordert. Ein Schaffner leistet zweifellos kaufmännische Dienste, doch auch er nimmt Trinkgelde und benötigt keine Gewandtheit im Rechnen und Schreiben. All diese Gruppen hat der Kaufmannsstand von sich abgestoßen. Der Beruf der Klägerin ist aber nicht abgestoßen worden, sondern von der Kaufmannschaft ausdrücklich als kaufmännischer anerkannt worden. Somit war wie gesehen zu erkennen.

Das Urteil ist eine erfreuliche Abwendung von der von uns wiederholt kritisierten irrigen Anschauung des hiesigen Kaufmannsgerichts.

Aus dem Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts.

Der Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts tagte am Mittwoch, um zu verschiedenen Anträgen Stellung zu nehmen, welche an das Reichsamt des Innern, den Bundesrat sowie den Reichstag gerichtet werden sollen, um eine Abänderung und Verbesserung des Dienstvertrages der Handlungsgehilfen herbeizuführen. Die vorliegenden Anträge sind von den deutsch-nationalen Beisitzern bereits am 21. Dezember 1910 eingereicht.

Der erste Antrag verlangt zwingendes Recht für alle Schutzvorschriften im Handelsgewerbe.

Der Antrag wurde von den Kaufleutebeisitzern lebhaft bekämpft, jedoch mit sämtlichen 10 Stimmen der Gehilfenbeisitzer und der Stimme des sozialdemokratischen Kaufleutebeisitzers angenommen.

Der zweite Antrag verlangt, daß der Lehrvertrag schriftlich abgeschlossen wird, ferner erhöhte Sicherung der Lehrlingsausbildung, Beschränkung des Rechts der Lehrlingshaltung und Ausbildung durch geeignete Kaufleute und deren Stellvertreter, schärfere Bestrafung von Pflichtwidrigkeiten, Unterstellung der Kolonistare unter den 6. Abschnitt (Teil 1) des Handelsgesetzbuches.

Hierzu liegen noch zwei Unteranträge eines Gehilfenbeisitzers vor, welcher verlangt, daß „1. der Lehrherr verpflichtet ist, dem Lehrling eine angemessene Vergütung während der Dauer des Lehrvertrages zu gewähren und zwar auch für die Zeit, für welche

der Lehrling unerschuldet keine Dienste leisten kann; 2. dem Lehrling ferner die Zeit zum Besuch der Fortbildungsschule zu gewähren ist und der Prinzipal das eventuelle Schulgeld zu bezahlen hat." Beide Anträge wurden mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen.

Der Antrag, daß der Lehrvertrag nur in schriftlicher Form abzuschließen sei, wurde von den beiden Vertretern des Zentralverbandes sowie dem sozialdemokratischen Kaufleutebeisitzer bekämpft. Es wurde ausgeführt: § 79 des Handelsgesetzbuches lautet: "Ansprüche wegen unbefugten Austritts aus der Lehre kann der Lehrherr gegen den Lehrling nur geltend machen, wenn der Lehrvertrag schriftlich geschlossen ist." Wenn nun der schriftliche Lehrvertrag ins Geseh aufgenommen wird, so sei dies eine Verschlechterung gegen den heutigen Zustand und werde für den Lehrling zur Hesse. Im übrigen würde durch die schriftliche Form des Lehrvertrages die Ausbildung durchaus nicht besser. Da die Mehrzahl der Kaufleutebeisitzer für die schriftliche Form waren, wurde der Antrag jedoch angenommen.

Der Teil des Antrages, der erhöhte Sicherung der Lehrlingsausbildung verlangte, wurde angenommen, dagegen der auf die Beschränkung des Rechts der Lehrlingshaltung bezügliche mit 15 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Das Verlangen nach scharferer Bestrafung von Pflichtwidrigkeiten wurde mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen. Die Stellung der Volontäre unter Teil 1 Abschnitt 6 des Handelsgesetzbuches wurde mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Ein weiterer Antrag verlangte eine Erläuterung der kaufmännischen Dienste durch folgenden Passus: "Der Handlungsgehilfe hat nur die seiner Stellung angemessenen Dienste zu leisten; der als 'Reisender' angestellte Gehilfe hat Anspruch auf die Reise geschickt zu werden". Der Antrag wurde abgelehnt und die Beratung noch weiterer Anträge verlag.

Sofort entlassen — zum sofortigen Ausscheiden berechtigt.

In einem nicht oft vorkommenden Falle stellte die 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts in ihrer letzten Sitzung fest, daß ein Angestellter, der wegen angeblich unangemessenen Benehmens sofort entlassen worden war, seinerseits den Anstellungsvertrag hätte sofort auflösen dürfen, weil der Chef ihm gegenüber sich unangemessen benahm. Der die Klage erhebende Kontorist B. befand sich bei der Beklagten, dem Hypothekengeschäft von Fürstenwalde u. Hirschberg, im Kündigungsverhältnis. Während das Ge-

schäft offiziell um 7 Uhr geschlossen wurde, verlangte der Prinzipal eines Tages vom Kläger, er solle länger bleiben und das Kopierbuch registrieren. Der Kontorist sah das als eine Schikane an und weigerte sich, dieser Arbeit wegen länger zu bleiben, worauf er vom Chef mit "Sie häßlicher Bengel" tituliert und ihm Ohrfeigen angeboten wurden. Als der Kläger in begreiflicher Erregung erwidern wollte, wurde er aus dem Hause gewiesen. Der beklagte Prinzipal will dadurch gereizt worden sein, daß der Kläger es ablehnte, nach 7 Uhr das Kopierbuch zu registrieren. Es stehe zwar an der Tür: "Geschäftsschluss 7 Uhr", das sei aber nur für die Kundschaft, das Personal müsse auf Verlangen länger arbeiten.

Das Kaufmannsgericht sprach dem Kläger das geforderte Restgehalt zu. Die Entlassung des letzteren sei nicht nur unbegründet gewesen, sondern er seinerseits hätte das Recht gehabt, die Stellung sofort zu verlassen, ohne des Anrechts auf Gehalt verlustig zu gehen. Beklagter habe den Kläger beschimpft, und er war auf seinen Fall berechtigt, derartige Beleidigungen auszustößen. Das Registrieren des Kopierbuches war auch wohl nicht eine so eilige Arbeit, daß Kläger deswegen nacharbeiten mußte. Unter diesen Umständen kann man es dem Gehilfen nicht detargen, wenn der Ton seiner Sprache etwas erregt wird. Beklagte hat sich als Geschäftsherr absolut nicht so benommen, wie es die Verkehrssitte erfordert.

Aus aller Welt.

Der Schulinspektor als Rechenkünstler.

Ein Göttinger Geschäftsmann erhielt dieser Tage von einem auswärts wohnenden Pastor und Kreis-Schulinspektor folgenden Brief:

"Ich habe heute abend gegen sechs Uhr in Ihrem Geschäft unter anderem ein halbes Pfund Pralines gekauft, von denen das Pfund zwei Mark kostet. Für dieses halbe Pfund habe ich eine Mark bezahlt; mein ganzer Einkauf betrug 1,80 Mark. — Es fiel mir auf, daß mir der junge Mann beim Abwiegen breit den Rücken zulehnte, so daß ich die Waage nicht beobachten konnte; deshalb habe ich bei meiner Rückkehr sofort die Waage auf der Briefwaage nachgewogen, und da stellte sich heraus, daß es nur 250 Gramm sind, also nur ein viertel Pfund, während ich ein halbes habe bezahlen müssen. Ich werde die Waage vorläufig aufbewahren, damit Sie sich eventuell durch Augenschein

überzeugen können. Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß ein solches Vorkommnis nicht im Interesse Ihres Geschäftes liegt. Ihrer Äußerung entgegengehend

Hochachtungsvoll
(Unterschrift).

P. S. Soeben stelle ich noch folgendes fest: Ein viertel Pfund Kakaos, das derselbe junge Mann mir für 50 Pfennige verkauft hat, wiegt tatsächlich nur 145 Gramm. Ich werde auch dieses in unverändertem Zustande eventuell für den Staatsanwalt aufbewahren."

Da wird leider auch der Staatsanwalt dem geistlichen Herrn wenig helfen können. Vielleicht aber nimmt der Herr Kreis-Schulinspektor bei einem der ihm unterstellten Aeb-Schlägen ein Privatstimmum, wieviel Gramm ein halbes resp. ein viertel Pfund enthält.

35 Menschen durch eine Bombe getötet.

Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß bei den letzten in Pernambuco stattgefundenen Wahlen von bisher unbekannter Hand in der Nähe des Hauptwahllokales eine Bombe geschleudert wurde, durch deren Explosion 35 Menschen getötet und eine große Anzahl verletzt wurden. Umfangreiche Verhaftungen haben stattgefunden, ohne jedoch den Täter bisher ermitteln zu können.

Kleine Notizen.

Eine Gräfin als Betrügerin. Wie das "Neue Wiener Journal" erfährt, ist gegen die Gräfin Laura Kubna Pittig bei der Polizei Anzeige wegen Betruges, Kurpfuscherei und Falschmünzerei eingegangen. Die Gräfin ist aus ihrer Wohnung in Wien verschwunden.

Das Grubenunglück in Südafrika. Von den bei dem Unglück auf der Zeche "Primrose" bei Johannesburg verschütteten Bergleuten sind bisher 180 geborgen worden. Viele davon waren schwer verletzt; vier Arbeiter konnten nur noch als Leichen ans Tageslicht befördert werden.

Arbeiter-Vanderverein "Berlin". Sonntag, den 12. November: Wanderversammlungen: 1. nach Grünau, Schmöwitz, Erkner. Abfahrt 7.30 Uhr Gürtler Bahnhof. 2. nach Potsdam, Saarmund, Ludwigshöhe. Abfahrt 7.35 Uhr Schlesiener Bahnhof. Gäste willkommen.

Kavon-Seife

eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft.

Besonders wird man überrascht sein über die absolute Schonung jedes Gewebes, sei es gewöhnliche Wäsche, sei es Wolle, Baumwolle oder Seide. Die Stoffe laufen nicht ein und behalten ihre Weiche und ihre ursprüngliche Farbenschönheit. Dabei ist die Kavon-Seife außerordentlich ausgiebig. Schon bei ganz leichtem Aufstreichen ist der Schaum da.

Preis pro Stück 20 Pf.

Überall erhältlich.

HERMANN TIETZ

Leipzigerstrasse

Alexanderplatz

Frankfurter Allee

Wohlfeile Woche

Diese Woche — Soweit Vorrat:

Wirtschafts-Artikel

Kasserollen	30, 40, 50 Pf.	Petroleum-Heizöfen	7 ⁷⁵ 9 ⁷⁵ 11 ⁵⁰	Wärmflaschen	90 Pf. 1 ²⁵ 1 ⁸⁵
Schmortöpfe	45, 55, 65, 80 Pf.	Gaskocher 1 Koch- und 1 Wärmestelle	3 ⁵⁰	Zeitungshalter Monopol	95 Pf. 1 ²⁵
Wasserkessel	85, 95 Pf., 1 ²⁰ 1 ⁴⁵	Gaskocher 2 Koch- und 2 Wärmestellen	8 ⁵⁰	Holz-Kaffeebretter	1 ⁶⁰ 2 ⁸⁰ 2 ²⁵
Brotkörbe weiss	50 Pf.	Dauerbrandofen mit Chamotte- Einlage	12 ⁵⁰ 16 ⁵⁰ 18 ⁰⁰	Wäscheleinen Hanf, 30 Mtr.	2 ⁵⁰ 3 ⁰⁰ 4 ⁵⁰
Kaffeekannen	75, 95 Pf.	Wandkaffeemühlen	2 ⁶⁵ 3 ²⁵	Wringmaschinen	12 ⁰⁰ 13 ⁰⁰ 14 ⁰⁰
Eimer dekoriert	90 Pf.	Messerputzmaschinen	3 ⁷⁵ 5 ²⁵ 8 ²⁵	Waschtöpfe verziert, mit Deckel und Sieb	1 ⁹⁰ 2 ⁷⁵ 3 ¹⁰ 3 ³⁵
Wannen oval	1 ³⁰ 1 ⁶⁰ 1 ⁹⁵ 2 ²⁰	Fleischhackmaschinen	1 ⁹⁰ 2 ⁴⁵ 3 ²⁵	Waschwannen Zink	7 ²⁵ 9 ²⁵ 11 ⁰⁰

Billige Lebensmittel

soweit Vorrat

Von der Zuendung ausgeschlossen

Brathühner . Stück	65 Pf. bis 1 ⁸⁵	Enten Stück	1 ⁴⁰ bis 3 ⁴⁰	Rehwild 1 ¹⁵ bis 2 ⁰⁰	Keulen 3 ⁰⁰ bis 6 ⁰⁰	Rüben 4 ⁷⁵ bis 7 ⁰⁰	Gänseklein	75 Pf.
Suppenhühner Stück	85 Pf. bis 2 ⁵⁰	Fasanen Stück	90 Pf. bis 2 ⁰⁰	Krammetsvögel	Stück 20 Pf.		Hautfett	Pfund 80 Pf.
Bratgänse	Pfd. 62 Pf.	Grosse Hasen gestreift	Stück 3 ²⁵	Gänsebrust	Pfd. 1 ⁰⁰		Gänsekeulen	Stück 63 Pf.
Oderbr. Fettgänse	Pfd. 68 Pf.	Hirsch	Rausch 20 Pf. Blatt 50 Pf. Keule 80 Pf. Rücken 75 Pf.	Gänse-Stückenfleisch	Pfd. 55 Pf.		Lieser mit Darmfett	1 ⁰⁰

Todes-Anzeigen

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Holzfürher

Karl Walter
am 7. November im Alter von 51 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Beichtstuhler Gemeinde-Friedhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Berner den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Chauffeur

Jakob Chmielewski
am 8. November im Alter von 25 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Tempelhof, Germaniastraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten und Bekannten hierdurch die traurige Mitteilung, daß mein lieber Sohn, unser lieber Bruder und Vetter, der Chauffeur

Jakob Chmielewski
am 8. November nach kurzem, schwerem Leben verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Tempelhof, Germaniastraße, aus statt.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Minna Chmielewski geb. Hoffmann,
Paul Chmielewski,
Bruno Chmielewski.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands.
Filiale Berlin.

Am 7. November verstarb unser Kollege

Karl Kandzia
im Alter von 60 Jahren am Herzschlag.

In dem nahezu 25 Jahren seiner Mitgliedschaft war er uns stets ein treues und braves Mitglied.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 12. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Petershagen bei Friedersdorf an der Ostbahn (Strandberg), aus statt. Ab Schief. Bahnh.: 1 Uhr 30 Min., Friedhofstraße: 1 Uhr 15 Min.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Filialvorstand.

Deutscher Buchbinder - Verband.
(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser Kollege

Max Albrecht
am 7. November verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, den 10. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Simon-Friedhof in Tempelhof statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
26/5
Die Ortsverwaltung.

Invaliden - Unterstützungskasse d. Steindruckers u. Lithographen.

Die Beerdigung des am 7. November ex. verstorbenen Stein-druckers

Franz Lenz
findet am Freitag, den 10. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Nichthofes in Wilhelmshagen aus statt.

298/18 Das Komitee.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, Sohnes, Bruders und Schwagers **W. Plato** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma Trost u. Rünninger, seinen lieben Arbeitskollegen und Kollegen, den Genossen der 10. Abteilung des vierten Berliner Reichstagswahlkreises sowie Herrn Walter Manasse für die tröstlichen Worte am Sarge unseren herzlichsten Dank.
Elise Plato,
Dorothea Plato als Mutter,
Theodor Plato als Bruder,
Clara Stelling als Schwager.

Deutscher Metallarbeiter - Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Alex Zornemann
am 7. d. M. an Herzleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Nichthofes in der Pringelallee aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
125/19 Die Ortsverwaltung.

Nach langem, schwerem Leben verschied am Dienstagabend mein einziger guter Sohn, der Mechaniker

Karl Trapp
im 37. Lebensjahre.

Dies zeigt selbstverleibt an **Wilma Trapp** geb. Hillmann.
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 11. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten St. Thomas-Nichthofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
1474b

Am Montag, den 6. d. M., entschlief nach langem Leben meine geliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwägerin und Tante

Marie Bartzke
geb. Grabowsky.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Otto Bartzke
u. Kinder.

Berlin, Alvenslebenstr. 4.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrich-Werderschen Kirchhofes, Bergmannstraße, aus statt.
228/9

Orts-Krankenkasse Friedenau.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 49 und 50 des Kaiserstatuts laden wir hiermit die Mitglieder und Arbeitgeber unserer Kasse zur Vornahme der erforderlichen **Ergänzungsarbeiten** für die Vertretung zur Generalversammlung ein.

Die Wahlen finden am **Dienstag, 28. November 1911**, und zwar für die Arbeitnehmer in der Zeit von 2 1/2 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends im Lokal des Herrn **Weschelke**, Handjerystr. 60/61, für die Arbeitgeber in der Zeit von 7-8 Uhr im Kaiserhof, Rheinstr. 9.

Zu wählen sind 3 Arbeitgeber und 27 Arbeitnehmer. Die Wahl ist geheim und erfolgt per Stimmzettel. Wahlberechtigt und wählbar sind nur solche Personen, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Als Legitimation zur Ausübung der Wahl dient der Abschnitt II des Meldeformulars.
Die Herren Arbeitgeber werden daher ersucht, den bei ihnen beschäftigten Kassemitgliedern die Meldeabschnitte rechtzeitig auszugeben.

Die **Ordnung**
General-Versammlung

findet am **Donnerstag, den 30. November, abends 8 Uhr**, im Lokal von **Weschelke**, Handjerystr. 60/61, statt.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer).
3. Wahl dreier Revisoren zur Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung pro 1911.
4. Bewilligung von Mitteln für das Generalversammlung.
5. Verschiedenes.

290/11 Der Vorstand.
H. A.: Otto Hessel, Vorsitzender.

Arrheite - Radfahrer - Bund Solidarität.
Ortsgruppe Berlin.

Sonnabend, den 11. November:
Bezirksfest des 2. Bezirks
(Rixdorf, Hermannstr. 49).

Start der Abteilung: 9 Uhr an den bestmöglichen Stellen.

Am **Sonntag, den 12. Novbr.**, fallen wegen der Versammlungen alle Touren aus.

Ortsverwaltung
bei **Lohmann**, Stralauer Brücke 3.

Fahrrad-Haus „Frisch Auf“
Brunnenstr. 35.

Filiale: **Kottbuser Straße 9.**
Unserer werten Kundschaft zur Nachricht, daß von jetzt ab die Geschäfte des Sonntags nicht mehr geöffnet sind, und bitten wir höflich dies zu berücksichtigen.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.
Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-ner 14/15, Saal 4 (Arbeitslosen-Saal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Montag, den 13. November:
Mitglieder-Versammlungen.

Kollegen, die ihre im Jahre 1908 vollgestellten Mitgliedsbücher noch nicht abgeholt haben, werden ersucht, dieselben vom Bureau, Zimmer 1, abzuholen.
92/4

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

Sonntag, den 12. November, vorm. 10 Uhr, in Berlin, „Andreas-Festsäle“, Andreasstr. 21:
Kombinierte Versammlung

von Mitgliedern folgender Zählstellen:
Berlin, Charlottenburg, Friedrichshagen, Herzfelde, Ralfberge, Köpenick, Königswusterhausen, Körditzrug, Nowawes, Oberschöneweide, Spandau und Velten.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Schell** über „Unsere Taktik bei wirtschaftlichen Kämpfen“. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Verbandsführers und zweier Mitglieder der Prekommission.

Der Eintritt ist nur den Mitgliedern der obgenannten Zählstellen gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuchs gestattet. — Wir ersuchen die Zählstellen, für guten Besuch der Versammlung zu sorgen.
148/8 Der Verbandsvorstand.



Größte Puppen-

Spezial-Fabrik Berlins
P. R. ZIEROW

Berlin N., Schönhauser Allee 179.

Größtes Lager von Kugelhöhlenpuppen, Charakterbabys, Bülgern, Köpfen, Perücken, sämtl. Puppenartikeln.
Reparaturen und alle Ersatzteile.
Engros. Einzelverkauf.

Möbel
reell in Qualität

Möbel
modern, solid

Möbel
keine sog. Basarware

Möbel
in großer Auswahl

Möbel
Auswahl preiswert

Otto Piehl
Brunnenstrasse 120

Schon von **230** Mark an komplette Einrichtun. en

Schon von **210** Mark an moderne Schlafzimmer

Schon von **300** Mark an moderne Herrenzimmer

Schon von **45** Mark an moderne bunte Küchen

Einzelne Möbel billiger als überall

Teilzahlungen kulant!
Kein Kredithaus!

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69 (Laden).

Für die

Reichstagswahlen 1912

Handbuch

für Sozialdemokratische Wähler

Der Reichstag 1907—1911

Preis geb. 5 Mark

Wahlzügen der bürgerlichen Parteien

Eine Sammlung und Widerlegung der von den bürgerlichen Parteien zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Vertreter verbreiteten Lügen

Zweite veränderte Auflage
Preis geb. 3 Mark

Die Sozialdemokratie im Urteile ihrer Gegner

Das Buch bringt eine Zusammenstellung von Urteilen, die von gegnerischer Seite über die Sozialdemokratie gefällt worden sind und zwar Urteile günstiger Art. Ein ausführliches Register erleichtert das Nachschlagen

Preis geb. 2 Mark

Wahlkampf!

Die Sozialdemokratie und ihre Gegner
Von **Georg Gradnauer**
Preis brosch. 2 Mark.

Gänse! Gänse!

sowie **Gänse-Artikel** täglich frisch und in großer Auswahl.
Gänsestückenfleisch a Pfd. 40 Pl., Gänseleberwürstchen a Sck. 10 Pl.,
1a Gänsefett, garantiert rein, a Pfd. 1,20 M. 170/7
Geräucherte Gänsehälften mit und ohne Knochen.
ff. Schlack- und Salamiwurst a Pfd. 1,20 M. usw.

Hermann Leißner, Berlin C.,
Klosterstr. 95,
Eckhaus Kaiser-Wilhelmstr. 11. Zentral-Markthalle Stand 28.



Vorzüglichen Astrachaner Caviar
pro Pfund 7.—, 9.—, 11.— bis 24.— M.

Oelsardinen, Neunaugen, Bratheringe, Sprotten billigst!

V. & A. Hucke, Kaiser-Wilhelm-Straße 21,
Caviar und Räucherfische engros und Versand.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld! Wenn Sie

Möbel direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 6157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Max und Moritz, diese Knaben

Müssen stets das Beste haben,
Um was reißen sie sich wohl?
Alles reiht sich um Kaol!



Kaol

bester flüssiger Metallputz

Überall zu haben in Flaschen von 10 Pf. an

Fabr.: Lubszynski & Co., Berlin-Lichtenberg

„Der italienisch-türkische Krieg eine neue Bedrohung des Weltfriedens“

ist die Tagesordnung in

zwölf Protestversammlungen

am Sonntag, den 12. November, mittags 12 Uhr.

Die Versammlungen finden in folgenden Lokalen statt:

- Dräsel's Festsäle, Neue Friedrichstraße 35.
- Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
- Neue Welt, Hasenheide 108-114.
- Gewerkschaftshaus, Engelshof 15.
- Kellers Festsäle (Mörner), Koppenstraße 29.
- Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151/152.

- Drachenburg, Am Schlesiichen Tor.
- Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain.
- Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10.
- Kastanienwäldchen, Badstraße 15/16.
- Pharussäle, Müllerstraße 142.
- Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 24.

Referenten: Reichstagsabg. Otto Blichner, Otto Braun, Fritz Ebert, Richard Fischer, Ludwig Frank-Mannheim, Adolf Geck-Offenbach, Gustav Lehmann-Wiesbaden, Hermann Molkenbuhr, Wilhelm Pfannkuch, Ph. Scheidemann, Robert Schmidt, Landtagsabg. H. Ströbel.

Außerdem spricht in jedem Lokal ein ausländischer Abgeordneter.

Die Bewohner der Vororte werden gebeten, an den ihnen zunächst gelegenen Versammlungen teilzunehmen.
Parteigenossen! Die jetzt herrschende Sturmperiode des Imperialismus bringt die Völker mehr denn je in die Gefahr verderbenbringender Kriege, mit all ihren Greueln und Schrecken. Einige wenige entscheiden heute, ob über Millionen von Menschen unsagbares Unglück hereinbrechen soll, ob sich ganze Völker mit allen Feinheiten der Technik vernichten sollen.

Arbeiter! Parteigenossen! Wir rufen Euch auf, gegen die neueste Giftblüte dieser ungefunten Verhältnisse, den italienisch-türkischen Raubkrieg Protest zu erheben. Zeigt durch massenhaften Besuch der Versammlungen die Empörung des Proletariats über diese wahnsinnige Gewaltpolitik. Zeigt, daß wir Feinde der elenden Kriegshetzerien sind und unsere ganze Kraft für den allgemeinen Völkerfrieden einsetzen werden.

805/15*

Der Einberufer: Eugen Ernst, Wiesenstr. 16.

2. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 9. November 1911, vormittags.
Die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
152 282 423 73 628 808 58 78 989 40 1455 612
11159 203 95 334 77 428 814 770 843 67 940 12077
104 287 81 313 658 820 49 89 993 13221 58 90 329
32 438 695 601 7 90 82 87 90 789 10000 809 921
14078 159 84 857 492 15120 345 656 721 72 970
18200 1000 325 1000 65 71 1000 79 453 543 637
17010 1000 27 28 298 42 61 608 71 619 74 79 783
841 954 18033 187 488 599 726 89 948 98 98 19167
450 84 1000 821
20089 298 1000 451 505 698 1000 704 80 83 820
42 902 9 65 1000 78 21053 63 418 18 527 688 710
22117 811 20 83 462 788 801 77 1000 85 978 23160
1000 87 289 342 87 88 863 639 89 84 898 10000
24078 128 284 850 50 89 897 88 98 10000
25005 238 40 84 84 484 88 858 684 708 80 1000 834
68 28088 1000 11 168 210 22 68 1000 874 440 820
1000 828 89 83 908 20 27151 328 454 89 947 28029
73 186 224 308 1000 507 1000 645 757 29123 1000
217 409 516 1000 629 68 958
30139 278 622 61 777 813 30 950 31308 32 407
604 89 730 838 82 32807 880 33008 222 81 404
80 80 80 80 707 36 922 93 34072 184 283 78 305
8 80 80 822 788 974 35007 1000 144 1000 390 47
603 1001 472 869 36034 181 1000 228 1000 879
853 901 37234 87 482 693 714 899 38084 88 671
404 35 609 30169 359 443 871 728 99 881 1000
40204 1000 338 693 763 608 38 929 78 41238
485 94 830 1000 42350 54 404 14 54 626 609 14 88
88 714 69 43353 480 840 781 811 38 854 44860
810 68 879 772 860 45107 481 583 888 888 1000
46083 89 202 80 301 410 525 735 87 1000 83 803
10 12 90 47034 1000 48 119 257 351 1000 94 488
580 801 902 44 48221 48 317 77 463 682 93 700 967
49082 308 308 60 872 618 78 92 768 840
50138 58 228 301 437 74 742 921 1000 687 51004
1001 141 242 329 1000 78 433 631 774 52194 1000
2501 92 842 1000 609 1000 604 53 1000 819 1000
9804 53304 807 712 83 940 73 85 54055 138 278 85
351 74 487 94 708 55208 444 622 1000 545 56222
63 112 23 70 280 418 710 22 514 57140 99 226 852
88 71 947 69 58114 1000 210 450 671 78 787 943
88 58031 349 1000 902 47 89 78 628 1000 857 87
80033 1800 141 232 77 314 619 84 768 814 961
88 61025 140 386 434 85 887 678 782 84 932 82144
218 309 20 417 802 28 28 801 81 718 83 985 83008
105 293 810 752 835 991 84088 142 255 60 661 84
785 85074 151 1000 207 85 810 523 77 641 1000
787 845 948 86175 278 432 78 640 618 32 79 826 43
87 95 923 40 47 79 87058 168 215 90 442 906 88429
880 88111 49 222 48 318 890 709
70105 1000 288 1000 414 15 25 538 83 88 1000
780 811 98 902 1000 39 54 77 71151 227 307 839
1000 47 701 39 833 911 61 1000 72089 176 216 310
45 69 80 899 790 73021 1000 252 94 430 85 708
809 62 74890 170 634 854 70 902 4 81 88 75035 88
980 458 600 1000 784 833 43 76101 319 40 724 885
982 1000 77071 183 204 351 894 877 914 78227 484
708 79 67 79342 438 39 727 49 807 920
80075 1000 135 332 56 1000 61 98 450 88
654 774 90 478 81349 685 1000 837 54 903 46 1000
82087 1000 478 82 640 849 907 81 83443 614 733
819 78 1000 982 84119 19 77 85 248 92 1000 304
885 85031 82 153 327 71 557 85 720 60 86072 241
1000 363 631 63 1000 78 721 1000 842 956 64
87000 83 204 68 403 10 808 21 712 909 1000 88088
84 230 83 356 485 502 871 79 1000 708 59 1000 77
893 628 88063 279 764 821 1000 32
80057 63 187 1000 357 847 689 749 61 75 824
970 91010 41 185 874 441 820 784 013 1000 84
92141 224 65 82 347 402 46 653 731 82 613 1000
93289 78 541 618 57 75 859 71 58 938 1000 94006
191 210 653 709 23 85044 408 23 887 644 813 74
978 88213 874 1000 624 65 72 87038 86 285 1000
349 70 81 84 464 61 534 73 1500 78 623 88114 68
1000 88 992 619 98 804 40 950 89088 93 154 98
272 488 1000 93 817 908
100003 912 72 437 518 1000 81 849 788 832

60 934 70 101033 98 1000 178 78 351 1000 98 493
538 48 74 015 38 743 615 102148 272 375 534 705
81 1000 85 804 103088 387 474 678 714 38 1000
825 79 104098 318 504 16 80 803 22 870 105174
244 315 448 538 89 793 870 108070 1000 398 654
889 922 107130 237 41 303 893 808 808 108100 209
432 41 758 815 24 1000 942 97 100059 244 517
685 745
110086 107 338 69 425 847 89 790 111178 294
403 88 895 873 69 112437 510 539 44 78 84 708
1000 633 113010 34 67 146 250 68 80 409 630 80
936 759 1000 77 810 1000 43 928 114101 339 421
41 1000 501 78 788 810 118303 95 437 87 94
883 116047 104 285 389 487 580 615 1000 19 823
117009 1000 395 418 573 731 48 807 909 11
118002 155 84 251 301 1000 23 31 449 671 829
876 118070 111 88 247 343 434 87 1000 615 714
921 91
120006 117 88 1000 329 401 17 897 805 84 68
730 838 41 121237 262 481 681 894 178 108 41 129
44 379 551 712 838 94 1000 971 123126 71 662 801
760 887 124099 1000 141 1000 271 302 81 449
88 608 1000 634 758 883 920 58 125158 87 289
688 915 28 90 126111 20 282 331 89 419 82 639
87 891 965 127165 878 408 608 828 85 78 989
128429 552 81 840 128007 105 38 273 333 64 78
492 825 26 32 48 82 801
130043 71 1000 120 802 415 741 808 12 71
635 69 63 131208 324 82 408 878 873 1000 981
132399 650 784 801 133147 1000 224 390 1000
435 744 69 845 86 134040 63 234 389 443 586 649
908 79 135013 129 62 330 388 404 711 1000 849
944 138031 48 84 198 1000 205 831 48 630 849
761 137238 82 433 78 837 810 98 138811 278 809
650 789 95 831 139023 104 223 308 553 788 883 1000
140002 54 1000 172 73 664 715 1000 889
141090 157 1000 96 287 1000 99 823 428 567
75 731 77 867 923 142329 81 528 89 870 87 719
48 71 901 143081 93 175 404 679 748 144103 89
343 49 83 849 80 415 791 1000 815 145005 410
805 24 751 806 146017 56 1000 134 415 85 75 89
518 83 605 1000 977 147099 1000 134 284 449
728 810 903 148082 318 484 843 913 87 97 149023
18001 37 1000 319 485 658 1000 785 818 951
180107 80 534 680 71 772 940 151085 158 829
87 872 643 180000 788 815 978 93 152014 181 897
408 12 77 802 603 737 842 65 79 95 955 153009
141 62 84 208 485 85 872 1000 637 96 751 81 803
941 184049 85 125 31 61 1000 533 1000 67 719
908 185488 94 813 842 725 189304 92 90 350 78
89 99 592 641 63 1000 745 1000 48 800 600 819
1000 961 92 187048 189 244 360 488 89 600 819
1000 806 39 890 188005 107 89 1000 99 256 485
635 770 892 708 1000 84 189004 80 1000 215 309
37 43 673 824 48 999 1000
180001 225 27 1000 534 71 699 688 95 161032
69 64 272 849 484 999 182077 156 203 60 1000
328 461 98 817 1000 183198 18 90 88 214 17 1000
431 1000 79 818 21 81 87 870 61 88 887 164123
288 382 643 817 72 168248 328 452 85 808 79 90
604 168008 40 93 1000 94 183 230 410 12 65 1000
167180 395 28 1000 68 80 406 20 558 725 168088
93 145 204 92 360 90 406 1000 872 71 74 715 62
937 48 168018 42 201 59 1000 376 870 71 1000 641
727 888
170104 71 238 411 807 764 878 87 90 1000
171077 150 89 1000 203 88 310 518 91 609 377
99 805 85 945 1000 82 172029 51 148 72 307 69
82 621 654 803 32 61 901 32 60 173082 95 1000
157 290 409 18001 613 758 823 66 961 1000 174018
57 85 128 323 640 873 717 828 1000 972 175078
118 1000 329 412 91 825 702 38 832 1000 939
176185 258 380 896 830 52 978 80 177259 85 1000
588 1000 873 702 1000 67 900 2 178005 87 189
288 357 61 430 33 62 705 949 87 179001 415 71
629 652 703 912 24 88
180017 100 31 32 818 849 63 1000 784 48 994
181113 424 644 1000 288 1000 88 182048 181
298 1800 263 453 1000 288 1000 948 183043 1000
175 240 69 387 420 1000 87 714 897 184103 1000
321 81 854 653 892 912 1000 185014 32 223 381
95 464 823 48 608 15 20 799 942 188016 1000 408
18801 876 939 187008 95 149 77 319 449 535 819
80 920 1000 67 188067 80 268 1000 844 425 887
787 84 882 189133 86 358 604 63 803 64 748 1000
933 42
Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu 300000 M.,
2 Gewinne zu 200000, 2 zu 150000, 2 zu 100000, 2 zu
100000, 2 zu 75000, 2 zu 60000, 2 zu 50000, 4 zu
40000, 20 zu 30000, 30 zu 25000, 84 zu 10000, 182
zu 8000, 2404 zu 3000, 3730 zu 1000, 6528 zu 500 M.

2. Ziehung 5. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 9. November 1911, nachmittags.
Die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
4 28 194 349 91 409 872 608 78 95 761 1000
971 66 94 1010 13 704 82 410 401 996 63 929 2110
448 58 816 33 38 603 3103 408 608 77 701 15 47
4175 243 85 79 82 1000 368 79 437 1000 804 629
1000 904 99 5227 64 548 88 76 813 22 98 771 823 38 88
6158 73 282 638 37 51 78 79 704 1000 800 7128
221 1000 416 824 88 731 34 834 925 36 8077 273 325
423 85 88 554 659 729 8068 1000 98 99 138 1000
85 328 464 553 678 1000 930
10189 288 401 504 706 839 81 68 939 84 1000
11418 87 843 809 17 85 1000 910 68 1000 71 83
12018 267 474 82 98 1000 640 1000 624 87 78 709
13008 1000 301 747 90 14862 503 773 805 65 1000
152024 431 45 500 781 82 97 940 85 16135 41
1000 98 861 618 799 17189 369 548 673 911
44 18825 284 1000 301 23 421 87 98 549 734 830
77 85 964 73 81 1000 27119 33 320 453 63 585 871
85 732 834 67 28083 338 80 458 671 609 772 827
29138 307 18 85 80 873 618 28 83 1000
30078 821 493 81 728 1000 936 31025 231 350
407 1000 21 607 1000 10 883 79 1000 81 908 70
32198 248 443 97 664 719 1000 819 925 80 33823
710 40 73 34001 9 1000 43 175 328 889 1000 440
68 824 807 25 82 1000 737 73 35898 308 789 89
38040 110 231 93 408 9 21 824 608 85 844 1000 78
37244 564 684 712 908 38279 328 39 44 848 39028
86 91 189 225 37 321 486 547 885
40100 73 1000 214 22 43 97 803 770 74 889 98
41149 1000 256 1000 373 83 488 700 63 1000 914
1000 82 42021 83 189 1000 283 90 332 42 72 820
64 600 2 84 912 95 43109 231 72 804 84 431 622 718
869 998 44010 1000 477 1000 89 99 802 89 808
1000 781 61 900 68 86 45001 147 618 20 81 1000
758 1000 73 46009 165 287 501 3 729 66 1000 808 911
47088 496 604 770 48121 237 67 809 1000 930
49110 840 773 97 887
50080 1000 369 820 88 98 845 81 1000 762
622 51044 328 69 487 855 86 982 82231 85 348 482
729 927 53018 109 34 204 17 339 83 418 642 88 744
54018 89 345 871 690 724 1000 89 834 1000 848
55119 247 85 344 442 69 519 811 75 1000 360 58088
1000 138 68 78 403 594 684 84 713 53 923 88 94
57078 167 393 96 656 75 606 63 89 730 887 58083
1000 104 208 88 371 82 877 1000 911 88 1000 77
59082 98 186 71 1000 209 90 425 1000 63 652 600
847 82
60010 1000 80 474 83 620 60 928 63 1000
61318 75 618 32 618 68 780 69 881 87 604 62080
841 458 879 705 83229 78 432 99 503 800 22 80 813
64013 404 828 84 651 1000 90 788 873 909 23 88
83 65019 96 1000 184 1000 278 679 6681 109 68
325 73 443 71 87104 1000 95 233 40 1000 843
1000 413 20 693 712 911 88078 152 281 1000 339
90 524 625 718 31 89342 449 67 514 63 784
70123 61 312 472 87 784 889 995 1000 71081
65 90 117 73 98 872 91 633 748 888 987 72073 323
478 558 1000 81 084 757 91 1000 848 89 885 73001
68 168 1000 415 538 39 67 1000 59 797 816 84 88
1000 74085 147 308 1000 87 628 1000 99 1000
60 707 75000 131 368 459 76038 347 1000 448 550
840 77122 68 495 544 718 889 78023 442 48 82
643 644 847 68 1000 905 22 60 78015 67 32 128 32
249 70 74 855 538 90 684 738 822 47 983 97
80069 1000 311 43 691 1000 84 1000 872 81031
64 221 1000 413 14 658 732 928 54 82099 343
601 1000 44 90 792 83080 150 478 1000 600
1000 775 985 84078 110 402 818 84 1000 703 94
85020 84 245 77 352 764 848 995 86044 88 234 44
328 99 471 1000 90 97 614 35 743 871 947 87014
289 382 543 61 600 62 743 874 923 88133 1000 388
1000 561 715 82 67 79 1000 89047 79 172 1000
828 1000 792 844
90104 11 86 310 610 45 74 787 91063 85 139
1000 64 63 238 845 63 97 9

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Mariendorf feiert der Gesangsverein „Krohn“ am Sonnabend, den 11. November, sein Stiftungsfest im Lokale von Blümel, Chausseestr. 226. Da die Billets nur in Arbeiterkreisen angeboten werden, machen wir darauf aufmerksam, daß dieses Lokal der Partei und Gewerkschaften nicht zur Verfügung steht und bitten, die Billets zurückzugeben. Gerade Herr Blümel war es, der durch Verweigerung seiner Unterschrift die Freigabe aller Säle bei den Einigungsverhandlungen mit den dortigen Gastwirten verhinderte. Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Heute Freitag, im Café Gärtner am Bahnhof Bellevue: Wählerversammlung. Genosin Klara Zeitlin spricht über „Weltpolitik und Heimatpolitik“.

Zweiter Wahlkreis. Morgen Sonnabend finden in den Kreuzberg-Festlokalen, Kreuzbergstraße 48, und in Kleins Festlokalen, Hofenstraße 18/15, Unterhaltungsabende statt.

Dritter Wahlkreis. Zu der am Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, stattfindenden „Urania“-Vorstellung sind noch Billets im Wahlvereinsbureau, Neue Hofstr. 23, zu haben. Zur Aufführung gelangt: „Helgoland im Wechsel der Zeit“.

Vierter Wahlkreis. Heute Freitag, den 10. November, abends 8 Uhr, in der Schloßbrauerei, Hauptstraße 129: Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: Vor der Entscheidung.

Was sich die Gegner an Unwahrheiten, Verdrehungen und Verdächtigungen bisher geleistet haben, soll in der Versammlung in gebührender Weise gekennzeichnet werden. Das Wahlkomitee.

Charlottenburg. Die Mitglieder des Wahlvereins werden hiermit auf das am Sonnabend, den 11. November, in den sämtlichen Räumen des Volkshauses, Rosinenstr. 3, stattfindende Stiftungsfest aufmerksam gemacht. Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute Freitag, den 10. November, findet zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen eine Flugblattverbreitung statt.

Straßen. Heute abend 7 Uhr findet über den ganzen Ort eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Anschließend daran Zusammenkunft in den Wahlvereinslokalen zur Entgegennahme von Mitteilungen. Am Montag, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Alte Taverne“, Al-Straße 25: Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: 1. Die Forderungen der Sozialdemokratie in der Kommune. Referent: Stadtverordneter Wilhelm Conrad. 2. Niddorf. Ansprache des Kandidaten Genossen Albert Geibel. 3. Diskussion. — Für diese Versammlung findet Sonntag, den 12. d. Mts., früh 8 Uhr, eine Handzettelerbreitung statt.

Die Parteigenossen wollen für guten Besuch der Versammlung Sorge tragen. Die Bezirksleitung.

Wannsee. Morgen Sonnabend, den 11. d. Mts., abends 8 Uhr, im „Fürstentum“: Versammlung des Wahlvereins.

Schwargendorf. Am Sonnabend, den 11. November, abends von 8 Uhr ab, feiert der hiesige Wahlverein sein 25jähriges Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Aufführungen und Ball. Alle Freunde und Bekannte werden herzlich dazu eingeladen. Eintritt für Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen-Bilbau. Sonntag, den 12. November, nachmittags 3 Uhr, bei Wwe. Wedorm: Wahlvereins-Versammlung. Tagesordnung: Bericht der Funktionäre. Ansprache über eine eventuelle Weihnachtsgeschenkung. Der Vorstand.

Schneidersdorf bei Königs-Wusterhausen. Am Sonntag, den 12. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet in Rogen im Lokal des Herrn W. K. Kolberg eine öffentliche Versammlung statt. Abfahrt von Schneidersdorf mit der Kleinbahn 1.23 Uhr, für Radfahrer 1.30 Uhr. Treffpunkt für alle bei Otto Paetsch um 1 Uhr. Der Vorstand.

Bernau. Sonnabend, den 11. d. Mts., abends 8 Uhr, im Saale des Eithum: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Reichs-, Landes- und Kommunalpolitik. Referent: Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel. 2. Ansprache der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl.

Staesfen. Sonntag, den 12. November, nachmittags 6 Uhr, im Gnädigs Gasthof: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Der Aufbruch der gegnerischen Parteien zur Reichstagswahl und die Sozialdemokratie. Referent: Reichstagskandidat Dr. Karl Liebknecht.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

beschloß gestern über die Notstandshilfe, die ein Antrag unserer Genossen für Arbeiter und Beamte der Stadt gefordert hatte. Dieser Antrag war ausgegangen von der Ueberzeugung, daß die gegenwärtig herrschende Feuerung leider keine vorübergehende sein werde. Darum empfahl er, nicht nur sofortige Feuerungszulagen zu gewähren, sondern diese vom nächsten Etatsjahr ab in feste Lohn- und Gehaltszulagen zu verwandeln. Der Ausschuß kam zu einer bestimmten Entscheidung nur über die Frage, ob zunächst Feuerungszulagen zu gewähren seien. Er erkannte sie als notwendig an, doch ließ er sich nicht ein auf Freisetzung über die Höhe der Zulagen bezw. des Einkommens, bis zu dem ein Anspruch auf sie zustanden werden solle. Der Beschluß des Ausschusses knüpfte die Gewährung der Feuerungszulage an eine Bedürftigkeitsklausel ganz allgemeiner Art, deren Auslegung dem Magistrat überlassen bleibt. In der Stadtverordnetenversammlung kam es gestern zu keiner großen Debatte mehr. In den Magistrat richtete Genosse Weyl die Mahnung, nunmehr schnelle und gute Arbeit zu machen, damit spätestens zu Weihnachten wenigstens die Feuerungszulagen in angemessener Höhe ausbezahlt werden können. Als unser Redner dann die Forderung wiederholte, der Magistrat solle die Feuerungszulagen vom April nächsten Jahres ab, in feste Lohn- und Gehaltszulagen umwandeln, bezog Oberbürgermeister Kirchner sein Gesicht zu einem Nachen, das mehr als deutlich erkennen ließ, wie man im Magistrat hierüber denkt. Für die Freisinnigen gaben Stadtverordneter Cassel und Stadtverordneter Rosenow die Erklärung ab, daß auch sie die Notwendigkeit von Feuerungszulagen anerkennen. Die Versammlung stimmte dem Beschluß des Ausschusses zu, der den Magistrat um eine entsprechende Vorlage innerhalb 4 Wochen ersucht. Ob der Magistrat wenigstens Feuerungszulagen geben will, erscheint auch noch fraglich.

Amliche Wahlkarten zur Reichstagswahl.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat den Antrag gestellt, den Magistrat zu ersuchen, den Reichstagswählern eine amtliche

Wahlkarte zur Legitimation bei Ausübung des Wahlrechts zuzustellen, wie das heute schon bei den Stadtverordneten- und Landtagswahlen geschieht. Der Antrag dürfte die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag nächster Woche beschäftigen.

Wo bringt man Auskünfte und Beschwerden in Postsachen an? Auskünfte und Beschwerden in Post-, Telegraphen- und Fernsprechangelegenheiten werden oft nicht an der richtigen Stelle angebracht. Sie müssen zum mindesten weitergegeben werden, so daß eine Verzögerung in der Erledigung entsteht. Rühlich ist deshalb eine Zusammenstellung der kaiserlichen Ober-Postdirektion Berlin über die Stellen, an die man sich zwecks schneller Erledigung am besten wendet. Wegen Beschwerden, Nachfragen, Anträge über die Bestellung oder Beförderung von Postsendungen und Telegrammen soll man sich an die Bestellanstalt halten. Beschwerden, Nachfragen, Anträge über angelommene Pakete ohne Wertangabe für Berlin sind beim Paketpostamt in der Oranienburger Straße 70 anzubringen. Beschwerden, Nachfragen und Anträge wegen Auslieferung von Postsendungen oder Telegrammen soll man bei der Aufgabeanstalt übergeben. Vollmachtssachen erliegt das Postamt Spanbauer Straße 10/22, 1 Treppe, Zimmer 237. Sonstige Fragen des Post- und Telegraphendienstes sowie die mit dem Postverkehr zusammenhängenden Postfragen legt man am besten den postalischen Auskunftsstellen vor. Diese bestehen beim Briefpostamt in der Königsstr. 61 sowie den Postämtern NW. 7 in der Dorothienstr. 18, SW. 68 in der Lindenstr. 30 und Niddorf 1, Richardstr. 119/120. Anzeigen und Beschwerden über Beschwerden und Unregelmäßigkeiten im Fernsprechbetrieb erliegen die Vermittlungsstellen. Anträge auf Einrichtung, Aufhebung usw. von Fernsprechanschlüssen, auf Aenderung der technischen Einrichtungen von Sprechstellen, auf Aenderung der Eintragung im Teilnehmerverzeichnis, auf Erstattung von Gebühren im Orts-, Nachbarorts- und Vorortverkehr sind schriftlich und frankiert an die eigene Vermittlungsstelle zu richten. Erstattungsanträge über Gebühren für Ferngespräche soll man schriftlich und frankiert an das Hauptfernsprechamt W 56, Französische Straße 83a/83c, adressieren. Endlich erliegt Anträge auf Verlegung von Dachgestängen, Mitteilungen und Dachbeschädigungen, Ausgrabungen usw. das Telegraphendirektorat W. 38, Lützowstr. 95.

Die Nachfrage nach Reichstagskarten zu dem gestrigen „großen Tag“ war außerordentlich stark. Und wird mitgeteilt, daß schon in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag Messengerkorps sich vor dem Portal IV aufgestellt hätten, um bei Eröffnung der Kartenausgabe zuerst an die Reihe zu kommen; auch Offiziersburken hätten sich zu demselben Zwecke frühzeitig eingefunden. Die Leute sollen bis 11 Uhr vormittags dortgestanden haben, um dann zu erfahren, daß Karten überhaupt nicht ausgegeben würden, weil dieselben an die einzelnen Fraktionen noch besonders zu den bisherigen Karten verabfolgt worden seien. Die armen Deutschen hätten infolge Hunger, Durst, Kälte und Müdigkeit einen geradezu bejammernswerten Eindruck gemacht.

Polizeilicher Schutz für ins Ausland reisende junge Mädchen. Ueber die Auslandsreise für minderjährige Mädchen bestimmt eine solche erlassene Verfügung des Regierungspräsidenten folgendes: Da erfahrungsgemäß jugendliche weibliche Personen, die als Varietésängerinnen, Tänzerinnen usw. ins Ausland gehen, großen sittlichen Gefahren ausgesetzt sind, erscheint es angezeigt, bei der Befreiung für solche minderjährige Mädchen mit besonderer Vorsicht vorzugehen. Die Ausstellung eines Passes wird deshalb stets zu versagen sein, wenn die Genehmigung des gesetzlichen Vertreters zu der Reise nicht nachgewiesen wird. Aber auch wenn die Genehmigung vorliegt, die häufig ohne nähere Prüfung gegeben zu werden pflegt, hat die Polizeibehörde vor der Erteilung des Passes die Sachlage eingehend zu prüfen und, wenn besondere Bedenken in sittlicher Hinsicht vorliegen, dem gesetzlichen Vertreter auf diese aufmerksam zu machen und gegebenenfalls die Abreise des Mädchens unter Anrufung des Vormundschaftsgerichts zu verhindern. Sie hat sich hierbei, soweit es erforderlich erscheint, mit der Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels am Polizeipräsidium in Berlin, insbesondere bezüglich Aufklärung über die Personen, durch welche die Mädchen angeworben sind, in Verbindung zu setzen. Die Polizeibehörden werden ersucht, hiernach zu verfahren.

Die Polizeikasse des Polizeipräsidiums scheint nicht immer mit der Sorgfalt zu verfahren, wie das notwendig ist. Und wird folgender Vorfall unterbreitet. Ein früherer Gastwirt Sch. hatte aus seiner Gastwirtschaftlichkeit her eine Polizeikasse von 10 M. zu zahlen. Infolge von Erwerbslosigkeit kam er um Stundung ein, die ihm auch gewährt wurde. Der Termin lief am 5. November ab. Am 4. November zahlte Sch. an die Polizeikasse die 10 M. ab und erhielt auch über die Zahlung eine Quittung. Am Dienstag, den 7. November, erschienen in der Frühe zwei Schulleute in der Wohnung des Sch., um ihn zur Verbüßung der Haftstrafe, die im Falle der Nichtzahlung eintritt, abzuführen. Von der Abführung nahmen die Beamten Abstand, nachdem sie sich von der Zahlung überzeugt hatten. Hätte die Polizeikasse das Revier sofort von der Zahlung benachrichtigt, so hätten die Beamten sich den Weg ersparen können. Die Beamten trifft kein Vorwurf, denn sie wußten von der Zahlung nichts. Aber die Polizeikasse hätte dafür sorgen müssen, daß der Haftbefehl sofort nach Zahlung rückgängig gemacht worden wäre.

Eine Besichtigungstour kaiserlicher Einrichtungen der Stadt Charlottenburg unternahm am Mittwoch eine Anzahl Vertreter der Presse, die vom Charlottenburger Magistrat besonders geladen worden waren. Zunächst wurden den Pressevertretern mündliche Erläuterungen über den Opernhausbau, den Erweiterungsbau des Charlottenburger Rathauses und die Errichtung des geburtsärztlichen Krankenhauses durch den Stadtbaurat Seelig gegeben. Dann ging es nach der Dowebede und dem Sprechsaal, um das gewaltige Leben und Treiben auf den Wasserstraßen Charlottenburgs zu bezeugen. Ein interessantes Bild ist es, daß sich da vor unseren Augen abspielt. Der Wasserverkehr Charlottenburgs ist ein sehr bedeutender und es sind zur Bewältigung desselben riefliche mit allen technischen Fortschritten versehene Kräfte in forwährender Tätigkeit. Beschäftigt wurden ferner der Liegensee, aus dem die Stadt unter Aufwendung großer Mittel eine reizende Landschaft geschaffen hat. Dann ging es nach dem Wasserwerk, von dem aus man eine herrliche Fernsicht genießt. Man bedauert nur, daß durch die Terrainspeculation so manches schöne Stück des Grunewalds der Art zum Opfer fällt.

Eine besondere Freude hatten wir bei Besichtigung der neuen Schule in der Sphelstraße. Sie bot uns so manches Schöne und Erheuliche, das wir auf ihre Einrichtungen noch besonders zurückkommen werden.

Eine Gasexplosion, bei der ein Beamter lebensgefährlich verletzt wurde, ereignete sich gestern morgen am Briegener Bahnhof am Schlesischen Bahnhof. Auf dem Bahnsteig liegt dort ein kleines Dienstgebäude, wie sie auf den hiesigen und Vorortbahnhöfen üblich sind. In dem Dienststraume brannte schon seit Mittwochabend 8 Uhr das Gaslicht schlecht. Gestern morgen um 5 1/2 Uhr fertigte der Inspektionsassistent Gottfried Horn aus der Kopernikusstraße, ein Mann von 46 Jahren, einen Zug nach Briegen ab. Nachdem dieser den Bahnhof verlassen hatte, war Horn ganz allein auf dem Bahnsteig. Andere Beamte und Arbeiter hatten auf dem Gleise zu tun. Keisende waren nicht mehr da. Als sich Horn jetzt nach dem Dienststraume begab, um die nach der Ausfahrt des Zuges vorgeführten Eintragungen zu besorgen, war das Gaslicht ganz

erloschen. Kaum hatte er das Gebäude betreten, als das Personal in der Nähe durch einen starken Knall aufgeschreckt wurde. Scheiben und Fenster flogen in demselben Augenblick in Stücken aus dem Dienstgebäude heraus und auch das Mauerwerk ging zum Teil in Trümmern. Man eilte hin und fand Horn in brennenden Kleidern und schwer verletzt bestimmungslos daliegen. Durch Ueberziehen von Wasser und Zudecken mit Tüchern gelang es bald, die Flammen zu ersticken. Man brachte dann den Verunglückten scheinunglos nach der Rettungswache in der Koppenstraße, wo man sehr schwere Verletzungen an Gesicht, Hals und Brust feststellte. Die Wache leistete dem Verunglückten die erste Hilfe und brachte ihn dann nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, wo er schwer darniederliegt. Wie das Unglück entstanden ist, kann noch niemand sagen. Horn, der einzige, der darüber Auskunft geben könnte, ist auch jetzt noch bestimmungslos. anzunehmen ist aber, daß er das Gaslicht wieder hat anzünden wollen, um die Eintragungen machen zu können. An seinem Streichholz wird sich das Gas, das dem augenscheinlich schabhaften Brenner in großer Menge entströmt war, entzündet haben. Mit den Aufräumarbeiten auf dem Bahnsteig wurde sofort begonnen.

Eine amtliche Meldung besagt: Berlin, 9. November. Heute vormittag 4 Uhr 45 Min. entstand im Dienststraum am Briegener Bahnhof des Schlesischen Bahnhofs eine Fettagasexplosion, bei welcher der Fabrikmeister, Unterassistent Gottfried Horn, mehrere Brandwunden davontrug, gegen die Wand geschleudert wurde und dabei innere Verletzungen und Hautabschürfungen erlitt. Er wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft. Die massiven Wandungen, Türen und Fenster und die Decke des Dienststraumes wurden stark beschädigt. Das elektrische Stellwerk und der Blodapparat erlitten geringere Beschädigungen. Der Eisenbahnbetrieb ist nicht gestört. Die Ursache der Gasexplosion ist darauf zurückzuführen, daß das kleine Standrohr des nächstgelegenen Fettagasbehälters zwischen den Gleisen unblütig geworden war und das herausgetretene Fettagas durch den Kabelkanal nach der Grube unter dem Stellwerk im Dienststraum gedrungen war und sich dort wahrscheinlich durch einen bei der ersten Bedienung des Stellwerks frühmorgens nach der Betriebspause erzeugten elektrischen Funken entzündet hat. Bei der Uebernahme des Dienstes um 4 Uhr 30 Minuten war Gasgeruch nicht wahrgenommen. Die weitere Untersuchung ist im Gange.

Polizei und Radfahrer. Uns wird berichtet: Der Arbeiter Alex Baskin, Burgdorferstr. 8, kam am Mittwochabend gegen 6 Uhr mit seinem Rad von der Arbeit. Er hatte keine Laterne. Als er 50 Meter vom Polizeibureau entfernt war, trat plötzlich aus dem Dunkel ein Schutzmännchen hervor und an den Radler heran. Das hatte zur Folge, daß dieser mit solcher Gewalt vom Rade flog, daß er eine Zeitlang wie betäubt liegen blieb; er hatte sich den linken Arm und die Hand stark verletzt. Der Schutzmännchen nahm das Rad, führte es nach dem Polizeibureau und klingelte gleichzeitig um Hilfe. Als der Verletzte sich zur Unfallstation begeben wollte und am Polizeibureau vorbeikam, wurde er von drei Schutzmännchen gefaßt und in den Hausflur hineingeführt. Nach einiger Zeit wurde er von zwei Schutzmännchen nach der Unfallstation geführt.

Glänzende Bezahlung. Uns wird geschrieben: „Da mir schon oft in der „Berliner Morgenpost“ die Annonce von der Firma Stille, Postleferant S. R. H. des Kronprinzen, Mittelstraße 18, auffiel, worin junge Männer im Alter von 18—24 Jahren als Bahnhofsbuchhändler gegen Gehalt und Provision bei 100 M. Ration gesucht wurden, so glaubte auch ich, mich um eine Stelle bewerben zu sollen. Nach zwei Tagen erhielt ich eine gedruckte Karte mit der Mitteilung, mich mit Zeugnissen usw. vorzustellen. Das tat ich. Nach Kenntnisnahme der Zeugnisse und nach Feststellung meiner Wohnung sagte der mit mir verhandelnde Herr: „Schön! Sie müssen also ein Jahr angeleitet werden und bekommen pro Woche 15 M. Lohn und 1/2 Proz. vom Verkauf.“ Darauf fragte ich, wie hoch sich ungefähr mein Einkommen pro Woche stellen würde, worauf der Herr erwiderte: „Ja, vorläufig können Sie sich nicht auf Prozente rechnen, da Sie doch erst angeleitet werden müssen“ (um Zeitungen verkaufen zu können).“

Da werden also 20jährige Menschen gesucht, um ein Jahr lang für 15 Mark pro Woche ihre Arbeitskraft einer reichen Firma zur Verfügung zu stellen. Das ist so recht die Methode, billige Arbeitskräfte zu erhalten!

Mehrere schwere Straßenbahnunfälle werden vom Mittwoch gemeldet. Gegen 1/6 Uhr abends wurde vor dem Hause Kottbuser Damm 89 der fünfjährige Berner Pingu, dessen Eltern Kochingstraße 31 wohnen, von einem in der Richtung nach Niddorf fahrenden Straßenbahnwagen umgehoben und geriet mit beiden Beinen unter den Schuttrahmen des Vorderpersonals. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagen angehoben und das Kind befreit. Der kleine P. erlitt Bruch des rechten und schweren Querschuß des linken Beines und mußte in das Urban-Krankenhaus eingeliefert werden.

Ein zweiter Unfall ereignete sich gegen 1/8 Uhr abends auf der Charlottenburger Chaussee. Zwischen dem Großen und Kleinen Stern fuhr der Radfahrer Alfred Treng aus der Putzbuscher Str. 44 gegen einen ihm entgegenkommenden Straßenbahnwagen der Linie T und wurde bei dem Anprall in weitem Bogen auf das Straßenpflaster geschleudert. Er erlitt einen Bruch des linken Schlüsselbeines und eine schwere Kopfverletzung. In bestimmungslosem Zustande mußte der Verunglückte nach der Charité übergeführt werden.

In der Ecke der Martin-Luther- und Freisinger Straße verfuhr der sechsjährige Knabe Walter Schwarz, Freisinger Straße 5 wohnhaft, vor einem Straßenbahnwagen der Linie 50 über das Gleis zu laufen. Obwohl der Führer des Wagens sofort alle ihm zu Gebote stehenden Bremsmittel anwandte, konnte er doch nicht mehr verhindern, daß der Kleine umgehoben wurde. Das Kind geriet mit dem rechten Bein unter den Schuttrahmen, konnte jedoch mit Hilfe von Passanten befreit werden. Der Knabe trug eine Fleischwunde am rechten Oberschenkel davon und wurde nach der elterlichen Wohnung gebracht.

Von einer Wagenkollision durchbohrt und getötet. Einen entsetzlichen Tod hat der 77 Jahre alte Schlichtermesser August Rohaupt aus Mittenwalde gefunden. Gestern nachmittag spannte er seine beiden Pferde, die einige Tage ruhig im Stall gestanden hatten, an, um nach Berlin zu fahren. Auf der Chaussee wurden die jungen Tiere unruhig und vergeblich versuchte der Lenker die Rosse zu bändigen. Als ein Automobil vorübergefahren kam, ritten die Tiere aus und R. wurde vom Bod heruntergeschleudert. In diesem Augenblick stieß das Gefährt gegen einen Baum und der Führer fiel so unglücklich, daß er mit der Brust gegen die Deichselstange geriet und sich ihm die Spitze der Deichsel tief in die Brust bohrte. Der unglückliche war so furchtbar zugerichtet worden, daß er wenige Minuten später starb.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich Mittwochabend gegen 6 Uhr am Fehrbelliner Platz in Wilmersdorf, wo gegenwärtig sich die Untergrundbahn im Bau befindet. Ein Wagon stürzte plötzlich in den Schacht hinab, in dem der 20jährige Arbeiter Friedrich Schlüter aus der Westfälischen Str. 57 beschäftigt war. Sch. wurde mit solcher Wucht gegen einen eisernen Träger gedrückt, daß er einen Schädelbruch erlitt und auf der Stelle verstarb. Die Polizei hat eine eingehende Untersuchung eingeleitet.

Eine aufgelöste Boxerveranstaltung. Die Polizei, die gegen die Veranstaltung von Boxkämpfen bekanntlich sehr vorgeht, hat am

Dienstag abend in den Praxialen des Westend, in der Spichernstraße, eine Veranstaltung des National Sporting Club aufgeführt. Dieser Klub hatte einen Wettkampf um die Meisterschaft Deutschlands ausgeschrieben, für den bekannte Boxer, wie Paul Mond-Berlin, Otto Hinz-Hamburg, Iron Aaron-Norford und zahlreiche andere gemeldet hatten. Die Charlottenburger Polizei entsandte kurz vor 9 Uhr einen Kriminalkommissar mit mehreren Beamten, die noch vor Beginn der Vorstellung den Saal besetzten, die Namen der Veranstalter und der beteiligten Boxer feststellten und die Zuschauer, von denen sich bereits einige hundert eingefunden hatten, aufforderten, den Saal zu verlassen. Die Mitglieder des Klubs begaben sich daraufhin in ein anderes Lokal, wo die Meisterschaft, die mit einer Niederlage des Berliner Mond endete, ausgetragen wurde.

Bergigefest haben sich in der vergangenen Nacht und gestern nachmittags der 66 Jahre alte Galvaniseur Franz Braag aus der Rainzer Straße 12 zu Nigsdorf und die 22 Jahre alte Bäckerin Felicitas Müller, die in einem hiesigen Hotel abgestiegen war.

Braag litt seit zwei Jahren an den Nerven. In der vergangenen Nacht um 2 Uhr hörten ihn seine Frau und seine beiden Töchter, die im Nebenzimmer schliefen, schwer röcheln. Sie fanden ihn bewusstlos im Bette liegen. Alle drei liefen sehr zwei Stunden lang nach einem Arzte. Bei dreien, deren Wohnungen sie fanden, sprachen sie vor, aber keiner war zu Hause. Zuletzt, nach zwei Stunden, wandten sie sich an die Unfallstation in der Steinwegstraße. Von dort ging ein Arzt gleich mit, er konnte aber nur noch feststellen, daß der Mann unterdessen gestorben war. Der Kranke hatte Gift genommen. In einem Anfälle nervöser Ueberreizung war ihm der Genuß gekommen, seinem Leiden ein Ende zu machen.

Fräulein Müller lebte mittags in der Kovalisstraße in ein Hotel ein und ging gleich auf ihr Zimmer, nachdem sie sich in das Fremdenbuch eingetragen hatte. Sie zeigte ein verstorbenes Weib. Nach einigen Stunden hörten Angestellte sie in ihrem Zimmer schreien und fanden sie schwer krank auf dem Bette liegen. Sie hatte Sublimat genommen, es aber bald wieder ausgebrochen. Die Lebensmüde wurde nach der Charité gebracht, wo sie bewusstlos daniederliegt. Was sie zu dem Schritt getrieben hat und wo sie wohnt, weiß man nicht.

Bestgestellt ist jetzt der Mann, der vorgestern nachmittags als Dieb aus dem Landwehrkanal gefangen wurde. Die Vermutung, daß es sich um den Kellner Bruno Peters handelte, hat sich bestätigt. Peters kam vor 6 Wochen nach Berlin und wohnte bei seinem Bruder in der Rostitzer 56. Seit 14 Tagen war er verschwunden, nachdem er sich vergeblich um Stellung bemüht hatte. Enttäuschung und Sorge um die Zukunft haben ihn ins Wasser getrieben.

Die Freie Volkshöhle veranstaltet ihr diesjähriges Herbstfest am kommenden nächsten Sonnabend (11. d. Mts.) 8 1/2 Uhr abends im Konzerthalle der Brauerei Goppold in der Gaienseide. Festmessen sind nur bei sofortiger Bestellung in allen Jahrestellen a 60 Pf. inkl. Programm und Festball erhältlich.

Das Programm lautet diesmal: „Der Tanz in Literatur und Musik“. Mitwirkende: Fr. Lolo Barnay (Gesang); Irene Sanden mit ihrem Ensemble (Tanz); Herr Edward v. Winterstein vom Deutschen Theater (Rezitation); das Berliner Tonkünstler-Orchester (Dirigentin Fr. Elisabeth Kupfer); Margarete Wille (Begleitung der Gesänge); L. Z. Grünberg (Begleitung der Tänze).

Das künstlerisch ausgestattete Programm wird am Saaleingang unentgeltlich verteilt.

Verloren hat am Dienstagabend auf dem Wege vom Kaiser-Franz-Grenadierplatz bis zur Pringensstraße ein vierzehnjähriger Laufbursche zwei Hundertmarkstücke. Da die Eltern erlahmsüchtig sind, wird der Finder um Abgabe an Greif, Swinemünder Str. 88, Seitenflügel 4 Treppen, gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenwahlen finden am Sonntag, den 12. November von früh 9 bis abends 7 Uhr statt. Für die dritte Abteilung kommen drei Mieter und drei Hausbesitzer in Betracht. Es scheiden aus im 3. Bezirk der Postsekretär Saueröder, im 5. Bezirk Däumig, im 6. Bezirk Genosse Wagnan, im 7. Bezirk Genosse Rottländer und im 11. Bezirk Turnlehrer Jabel und Rentier Schellack. Die Sozialdemokratie hat den 5., 6. und 7. Bezirk zu verteidigen. Im 3. Bezirk haben wir bereits ein Mandat inne, auch das zweite Mandat muß, trotzdem die Liberalen sich vereinigt haben und mit den „Unpolitischen“ der Hausbesitzergruppe gemeinsame Sache machen, erobert werden. Der 11. Bezirk war bisher eine liberale Domäne, hier müssen daher erhebliche Anstrengungen gemacht werden.

Der 3. Wahlbezirk umfasst folgende Straßen: Waisenstraße, Medischstraße 1-21, Goltzstraße, Grunewaldstr. 12-16 und 78-102, Verlängerte Döblicher Straße, Verlängerte Döblichstraße, Vorderbergstraße.

Wahllokal: Restaurant von Heine, Waisenstr. 26.

Kandidat: Genosse Edward Peterson, Waisenstr. 10.

5. Wahlbezirk: Aller Schöneberger Kirchhof (Waisenstraße), Am Park, Bahnhof Ebersstraße (Ringbahn), Döblicher Str. 23-64, Ebersstr. 37-47, Grüner Straße, Frei-Neuler-Straße, Gutzkowstraße, Hauptstr. 23-64 und 95-145, Pörschstraße, Döblichstraße, Jumbundstr. 15-42, Roberger Straße, Kottbuser Straße (zwischen Grüner und Verlängerte Ringbahnstraße), Rottländer-Str. 51-66, Wäldchenstraße, Vohbergstraße.

Wahllokal: Restaurant zum Bürgergarten, Hauptstr. 56.

Kandidat: Genosse Albin Wolsch, Waisenstr. 12a.

6. Wahlbezirk: Aller Katholisch-Kirchhof (Gräberriedenstraße), Bahnhof Vohbergstraße (Bannschloß), Bahnhofsstr., Erdmannstraße, Gräberriedenstr. 1-20, Hauptstr. 1-22 und 148-163, Heilmstraße, Studienstraße, Neue Kottbuser Straße, Kaiser-Friedrich-Straße, Neue Steinmetzstraße, Studienrauchstraße.

Wahllokal: Restaurant Lindenpark, Hauptstr. 13.

Kandidat: Genosse Paul Wagnan, Altkirchstr. 5.

7. Wahlbezirk: Aller Jüdisch-Kirchhof, Bahnhofs Schöneberg, Brandlindstraße, Gehlerstraße, Döblichstraße, Kottbuser, Kolonnenstraße 22-66, Kriemhildstraße, Wäldchenhof, Wäldchenhof, Privatstraße, Monumentenstr. 1-14 und 31-32.

Wahllokal: Restaurant zur Hölle, Monumentenstr. 32.

Kandidat: Johann Kottländer, Hausbesitzer, Götterstr. 15.

Die sozialdemokratischen Kandidaten des 11. Kommunwahlbezirks sind:

Hermann Fischer, Expedient, Waisenstr. 66, Martin-Luther-Straße 66, Heroldstr. 66, Buchhalter, Hausbesitzer, Rottländer-Str. 66.

1. Abteilungsbezirk: Bahnhof Friedenau, Bahnhofstraße, Bernigantstr. 3-25, Döblichstr. 1a-17, Saarstr. 11-13, Freytagstr. 1-24a und 64-81, Güterbahnhof Wilmersdorf-Friedenau, Götterstr. 3-18, Hauptstr. 65-94, Eponholzstraße, Etterstraße, Wielandstraße, Wilhelm-Daust-Str. 66.

Wahllokal: Restaurant „Zum Wieland“, Wielandstr. 1, Ede Hauptstr. 66.

2. Abteilungsbezirk: Biederstraße, Degaststraße, Gomonstraße, Granastraße, Döblichstr. 1-5 und 9-15, Körnerstraße 46-48, Krenzstraße, Neuer Jüdisch-Kirchhof, Peter-Döblicher-Straße, Rembrandtstraße, Kubensstraße, Straße 66, Thormaldenstr. 1-10.

Wahllokal: Restaurant von Prens, Biederstr. 5, Ede Granastraße.

3. Abteilungsbezirk: Bahnhof Popelstraße, Besenmerische, Götterstr. 1-20, Hauptstr. 1-22 und 148-163, Heilmstraße, Studienstraße, Neue Kottbuser Straße, Kaiser-Friedrich-Straße, Neue Steinmetzstraße, Studienrauchstraße.

Wahllokal: Restaurant von Noort, Ede Kottbuser Str. 66.

4. Abteilungsbezirk: Biederstraße, Degaststraße, Gomonstraße, Granastraße, Döblichstr. 1-5 und 9-15, Körnerstraße 46-48, Krenzstraße, Neuer Jüdisch-Kirchhof, Peter-Döblicher-Straße, Rembrandtstraße, Kubensstraße, Straße 66, Thormaldenstr. 1-10.

Wahllokal: Restaurant von Prens, Biederstr. 5, Ede Granastraße.

5. Abteilungsbezirk: Bahnhof Popelstraße, Besenmerische, Götterstr. 1-20, Hauptstr. 1-22 und 148-163, Heilmstraße, Studienstraße, Neue Kottbuser Straße, Kaiser-Friedrich-Straße, Neue Steinmetzstraße, Studienrauchstraße.

Wahllokal: Restaurant von Noort, Ede Kottbuser Str. 66.

Als Legitimation dient die amtliche Wählerkarte, der Steuerzettel oder die Militärpapiere. Wer bis abends 7 Uhr im Wahllokal sich befindet hat das Recht zum Wählen. Wer aus dem Bezirk verzoogen und in die Wählerliste eingetragen, hat ebenfalls das Wahlrecht.

Parteilosen offen! Es gilt den Sonntag zu einem Siegestag der Sozialdemokratie zu machen. Die Liberalen als laue Anhänger des Reichstagswahlrechts haben gemeinsame Sache mit den Wahlrechtsfeinden, der Hausbesitzergruppe, gemacht, damit beweisen

die Herren, daß sie es mit ihren Grundfragen garnicht ernst nehmen. Wenn ein jeder am Wahltag seine Pflicht und Schuldigkeit erfüllt, dann wird auch Schöneberg gleich den anderen Städten von erfreulichem Erfolg berichten können.

Nigsdorf.

Dem Sohne in den Tod gefolgt. Mit Chankoli hat sich in der vergangenen Nacht der 88 Jahre alte Goldarbeiter Alex Weise, Döblichstr. 28, vergiftet. In der vergangenen Woche erkrankte der fünfjährige Sohn des W. plötzlich an Diphtheritis und zwei Tage darauf starb das Kind. W. nahm sich den Tod seines einzigen Sohnes, an dem er mit großer Liebe hing, derartig zu Herzen, daß er den Entschluß faßte, ihm in den Tod nachzufolgen. In der verfloffenen Nacht vergiftete er sich und als die Ehefrau die Tat entdeckte, war der Lebensmüde bereits tot.

Tempelhof.

Neben untätig verhält sich die Gemeinde der Lebensmittelverteilung gegenüber. Das einzige, was die bürgerliche Vertretung bis jetzt getan hat, war die Erhöhung des Betrages zur Anschaffung von Brennmaterialien von 650 auf 1500 M. Das ist sehr wenig, wenn man bedenkt, daß z. B. unser Nachbarort Mariendorf u. a. eine 10prozentige Erhöhung der Armenunterstützungssätze festsetzte. Der bewilligte Mehrbetrag von 850 M. soll zur Verteilung von Lebensmitteln Verwendung finden. — Nachdem Berlin und andere Gemeinden mit Bezug auf die Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen Ortsstatute erlassen haben, hat nun auch unsere Gemeinde ein Ortsstatut nach dem Muster Berlins angenommen. Danach dürfen an Feiertagen in offenen Handelsgewerben beschäftigte Personen im Sommer nur von 8 bis 10, im Winter von 12-2 Uhr beschäftigt werden. Das Statut tritt am 1. Januar 1912 in Kraft. Der Handel mit Genussmitteln und Blumen bleibt unberührt. — Der nächste Punkt betraf den Erlaß einer Polizeiverordnung betreffend die Anbringung von Gerüsten und Aufstellung von Bauzäunen. Wir haben vor längerer Zeit einmal darauf hingewiesen, daß hierüber die Vorschriften am Ort anders zu sein scheinen wie anderwärts. Nun soll die Verordnung jedenfalls mit Rücksicht auf die Deutung des Feldes „modernisiert“ werden. — Bei der durch Teilung der Quartale sowie der 2. und 3. Vorwahlklasse eingetretene Neubestellung von Lehrstellen regte ein Gemeindevorsteher an, nicht bloß Parallelklassen zu schaffen, sondern auch Ostern- resp. Michaelisoberzeugungen vorzunehmen, damit schwachbegabte Schüler, welche das „Einjährige“ machen wollen, nicht gleich ein ganzes Jahr sitzen bleiben. Von schwachbegabten Kindern der Volksschule ist in den Sitzungen noch nicht geredet worden. — Zwischen Damm und Bürgersteig in der Kaiserin-Augustastr. sollen Rasenstreifen angelegt und mit Tiergarten-Gitter eingefriedigt werden. Fällt der Versuch gut aus, soll das gleiche auch bei der Albrechtstraße geschehen. — Zum Schöpfen wurde an Stelle des verstorbenen Rentiers Road Rechnungsrat Jung, zum Schiedsmann Rentier Rehner, Dorfstr. 10, gewählt.

Vichtenberg.

Der Aufmarsch der Parteien.

Der Bund der Heilbesetzten hat es abgelehnt, bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl wiederum die Kandidaten des Bürgervereins zu unterstützen. Auf diesem Beschluß pfeifen die Leute von der Vorwahlbank. Im Grundbesitzerverein beschlossen sie, die bewährten Kandidaten — die nach dem Kommando Schachtel-Plong tanzten — wieder aufzustellen. Die Wähler, die nicht dem Grundbesitzerverein angehören, die so ordinär sind, als Richtungsagrarier und ohne Grundstückspekulanteninteressen zu existieren, haben selbstverständlich nichts zu sagen. Der Grundbesitzerverein spielt den Vorwand der liberalen und konservativen Partei — im Rathaus, der „Vereinigten Bürgerlichen“. Und es gibt immer noch Trottel, die da nachlaufen!

Adlershof.

Nach fünfwöchentlicher Pause fand am 8. d. M. endlich wieder eine Sitzung der Steuerungskommission statt. Dem Beschluß der ersten Sitzung entsprechend, waren die Fleischermesser geladen, um mit diesen über die Herabsetzung der Detailpreise zu verhandeln, die in Adlershof im Durchschnitt höher sein sollen wie in Berlin. Die Fleischer erklärten sich schließlich bereit, einige Spezialartikel in Schweinefleisch und Rindfleisch herabzusetzen und die Preise bekannt zu geben. Danach wurde über den Ankauf von Kartoffeln beraten. Der Gemeindevorstand, der sich zum gemeinschaftlichen Einkauf mit dem Berliner Magistrat in Verbindung setzte, hat von diesem bis heute noch keine Antwort erhalten. Man kann sich bei Verhandlungen mit den Gutbesitzern des Eindrus nicht erwehren, als verfluchten diese Herren die Kartoffeln an sich zu halten, um später noch höhere Preise zu erzielen. Die Kommission stimmte schließlich einem Angebot aus Sagan zu, nach welchem sie allerbeste rote Speisefertigkartoffeln zum Preise von 3.20 M. pro Zentner abgeben kann. Es sind als erste Sendung 600 Zentner in Aussicht genommen. Diejenigen Einwohner, welche mindestens 2 Zentner mit einmal einlaufen, können dieselben gleich von der Lore abholen, wodurch der Zentner 10 Pf. billiger wird. Der Verkauf findet im Gemeindeamt Bismarckstr. 1, Mittwoch und Sonnabend nachmittags von 5-8 Uhr statt. Lebkäse Klage wurde darüber geführt, daß der Seefischkonsum nachgelassen habe. Der Vertreter der Dampfschiffereigesellschaft hatte brieflich dazu seine Ansicht geäußert, aus der folgendes hervorzugehen ist: Je weiter von der Küste entfernt, um so höher steigt der Seefischpreis. So sind Sachsen und Bayern geradezu vorzügliche Konsumenten. Während in den westlichen Teilen Berlins die Nachfrage dauernd wächst, beginnt sie in den östlichen Vororten abzuflauen. Schluß: Die Arbeiterjugend ist zu wenig geeignet für die Aufnahme der Seefischnahrung! Allerdings fällen Seefische den Magen schwerer. Vielleicht würden die Seefischbissen der östlichen Vororte auch besser über die Junge rutschen, wenn sie es sich leisten könnten, in schön gebräunter Butter zu schwimmen, wie das bei den westlichen Nachbarn der Fall ist. Es wurde nun der Antrag unserer Genossen behandelt, der eine Steuerzulage für die Beamten und Arbeiter fordert. Nach einer Berechnung des Gemeindevorstandes würde dann, wenn allen Beamten und Arbeitern unter 4000 M. Einkommen eine Steuerzulage in Höhe von 3 Proz. ihres Einkommens gezahlt würde, die Summe von 6133.40 M. zu zahlen sein. Das würde die Finanzkraft unseres Ortes bei weitem überschreiten. Er schlägt deshalb vor: Beamte oder Lehrpersonen, welche mehr als 3 Kinder haben, sollen eine einmalige Zulage von 70 M. erhalten, und solche Gemeindearbeiter, welche mehr als 2 Kinder haben, sollen eine einmalige Zulage von 50 M. erhalten. Die Kosten der Ausführung dieses Vorschlages betragen ganze 325 M. Unsere Vertreter wendeten sich dagegen und verlangten, vorläufig mindestens 1000 M. für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Die bürgerlichen Vertreter stimmten dem nicht zu. Sie entledigten sich der unangenehmen Sache, indem sie beantragten: 1. festzustellen, ob unsere Gemeindeglieder im Einkommen nicht besser stehen als die der Nachbargemeinden, und 2. festzustellen, wie groß die Ausgaben für Steuerzulagen werden, wenn die Gehaltsgrenzen a) bei 4000, b) bei 3000, c) bei 2500 M. angenommen werden. Bei diesen drei Gehaltsebenen sollen als Grundlage der Berechnung Familien mit 2 Kindern dienen. Einer der Herren war gegen jede Steuerzulage für unsere Beamten und Gemeindearbeiter, denn, folgerte er, nicht nur unsere Beamten, sondern alle leiden unter der Steuer, und da wir den andern nicht helfen können, lassen wir unsere Beamten und Arbeiter auch darben. Wenn man mit solcher Weisheit und Liebe Nachbarnfragen behandelt, dann wird der Erfolg sicher ausbleiben. Der nächste Seefischverkauf findet am Sonnabend, d. 11. d. M., statt, aber nicht wie sonst beim Kaufmann Sonnide, sondern auf dem Marktplatz bei dem Pächter Herrn Marx.

Alt-Sienide.

Mit der gegenwärtigen Lebensmittelverteilung beschäftigte sich die letzte Gemeindevorsteherung. Der von unseren Genossen gestellte Antrag, der die Anschaffung von Kartoffeln zur Linderung der Not der ärmeren Bevölkerung des Ortes forderte, wurde abgelehnt, dagegen

ein ebenfalls von unseren Genossen eingebrachter Antrag, der der Armenkommission einen Fonds in Höhe von tausend Mark zur Verfügung gestellt wissen wollte, angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß diese zur Linderung der Not verausgabten Mittel nicht als Beihilfe aus öffentlichen Mitteln oder als Armenunterstützung angesehen sind. Die Armenkommission, der unsere Genossen W. Dürre und G. Reue angehören, beschloß in der letzten Sitzung, zunächst 200 Zentner Kartoffeln anzulassen und an Ortsarme unentgeltlich und an linderreiche sowie minderbemittelte Personen zum Preise von 3 M. pro Zentner abzugeben. Die Genossinnen und Genossen, die hiervon Gebrauch machen wollen, ebenso andere bedürftige Personen werden gebeten, bis Montag, den 13. November, den Bedarf an Kartoffeln im Gemeindebureau mündlich oder schriftlich anzubringen.

Friedrichshagen.

Die Erziehung zur Gemeindevorstellung für die dritte Abteilung findet am Sonntag, den 12. November, mittags von 12 Uhr bis nachmittags 8 Uhr, im Restaurant Eiseller, Friedrichstraße 96/97, statt. Der Kandidat der Sozialdemokratie ist der Buchbinder Hans Riele.

Da die Wahl an einem Sonntag stattfindet, ist es Pflicht eines jeden Wählers, seine Stimme abzugeben. Kein Arbeiter, kein Parteigenosse bleibe der Wahl fern in der Meinung, daß es auf seine Stimme nicht ankomme, da und der Sieg doch sicher sei.

Zum zweiten Bezirk gehören die Straßen: Völsbuefstraße, Völsbuefpromenade, Kaiserstraße, Kastanienallee, Kirchstraße, Königstraße, Kurze Straße und Verlängerung, Neu-Kamerun, Straße am Restaurant Haideparck, Pollandsstraße, Rahndorfer Straße und Verlängerung, Scharnweberstraße, Seestraße, Spriehweg, Victoriastraße, Waldowstraße, Wasserwerke und Kolonie Hirschgarten.

Nieder-Schönebeide.

Ein von mindestens 500 Frauen und Männern besuchte öffentliche Einwohnerversammlung tagte am 7. November in Wirtshaus Voreley. Der Referent behandelte das Thema: Die Lebensmittelverteilung und die Aufgaben des Staates und der Gemeinde. Er verband es, in einem einständigen Vortrage den Verarmten die Wirtschaftspolitik des Reiches vor Augen zu führen, und gab dann Erläuterungen, wie die Verteilung vom Staat und der Gemeinde gelindert werden könnte. Reicher Beifall lohnte dem Referenten. Nachdem die Gemeindevorsteher und der Gemeindevorsteher schriftlich eingeladen waren, hatten sie es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Anwesend waren nur vier Gemeindevorsteher der dritten Klasse. In der Diskussion sprach der bürgerliche Gemeindevorsteher Friede und Genosse Diesener im allgemeinen im Sinne des Referenten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heute am 7. November 1911 im Wirtshaus Voreley tagende öffentliche Einwohnerversammlung fordert in Anbetracht der außerordentlichen Verteilungsverhältnisse aller Lebensmittel, die vor allem die breiten Schichten des werktätigen Volkes betrifft, von der hiesigen Gemeindevorstellung:

1. Eine Petition an die Reichsregierung und Reichstag zu richten, um die zeitweilige Aufhebung der Zölle für Lebensmittel, ebenso freie Einfuhr aller Futtermittel und Aufhebung des Systems der Einfuhrzölle, welche eine schwere Benachteiligung des Getreideimports bedeutet;

2. fordern die Versammelten von der Gemeindevorstellung sofort Maßnahmen zu treffen zur Beschaffung der notwendigen Lebensmittel und dieselben zum Selbstkostenpreise an die Einwohner der Gemeinde abzugeben, wie dies von einer Reihe Nachbargemeinden bereits zur Ausführung gelangt ist.

Nach einem kräftigen Schlußwort des Genossen Dehmel, in welchem er auf die kommenden Reichstagswahlen und die im Frühjahr stattfindenden Gemeindevahlen aufmerksam machte, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

Nowawes.

Einbrecher staketen in der Nacht zum Mittwoch dem Konsumvereinslager in der Bietenstraße einen unerwarteten Besuch ab. Sie drangen in die Kellerräume ein und hatten wahrscheinlich die Absicht, durch eine Falltür nach dem oben gelegenen Verkaufsstall zu gelangen, als sie von einem Hausbewohner gestört wurden und rasch die Flucht ergriffen. Die sofort von dem gewetzten Lagerhalter mit dem Wädereipersonal vorgenommene Revision der Räume ergab, daß die Ladenkasse, die nur etwa 2 M. Wechselgeld enthielt, unberührt war und auch von den Wären anscheinend nichts fehlte. Die Diebe, die mit den Verhältnissen anscheinend vertraut waren, hatten die durch starke Kiegel gesicherte Kellertür gesprengt und durch diese auch ihre Flucht bewerkstelligt.

Die Ortskrankenkasse veranstaltet heute (Freitag) abends in der Aula der Volkshöhle in der Schornhorststraße einen Vortrag. Herr Dr. Grzejewski aus Berlin spricht über das Thema: „Ueber Schutz und Pflege des Auges“. Der Vortrag bildet eine Fortsetzung der bisher veranstalteten populären Vorträge über den menschlichen Organismus. Eintritt frei. Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr.

Spandau.

Delegiertenwahl zur Ortskrankenkasse. Am Montag, den 13. d. M., von 8 bis 8 1/2 Uhr abends findet die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse im Lokal von Krause, früher Conrad, Schönwalder Str. 2, statt.

Es ist Pflicht jedes gewerkschaftlich Organisierten, welcher Mitglied obengenannter Klasse ist, seine Stimme für die Liste des Gewerkschaftsartikels abzugeben.

Wahlberechtigt ist jedes Klassenmitglied, welches das 21. Lebensjahr überschritten hat. Auch haben zu dieser Wahl die weiblichen Mitglieder ein Stimmrecht. Es wird erwartet, daß die Mitglieder sich rege beteiligen.

Jugendveranstaltungen.

Nigsdorf. Sonntag, den 12. November: Herbst-Partei nach dem Grunewald und Uhlendörfer (Burschen, Portion 50 Pf.). Am Vormittag finden Wanderungen in drei Gruppen durch den Grunewald statt.

1. Gruppe früh 1/2 Uhr nach Jühlendorf, Krumme Lante, Grunewaldsee.

2. Gruppe früh 1/8 Uhr nach Steglitz, Dapfen und Grunewaldsee.

3. Gruppe 8 Uhr nach Grunewald.

Kochtügel um 1/2 Uhr mittags beim „Alten Fremde“, Abfahrt von den Ringbahnhöfen Berg- und Hermannstraße. Fahrgehd für alle Teilnehmer 40 Pf.

Kantow. Die Arbeiter-Jugend vom Kantow veranstaltet am Sonntag, den 12. November, eine Fußballpartie nach Rahlbors-Grünendörfer. Treffpunkt: Bahnhof Groß-Waldsee-Str. 1 Uhr. Abmarsch 1/2 Uhr. Procoolant und Lieberbäcker nicht vergessen. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“, ist neben das 6. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein neuer Fall Anin? — Jean Baptiste v. Schweiger. Eine Entgegnung von H. Debel. — Die braunschweigischen Landtagswahlen. Von Richard Wagner. — Die Landtagswahlen und das Großdeckerexperiment in Glatz-Verbringen. Von Jean Martin (Wälhauer). — Das englische Parteiensystem und die Arbeiterpartei. Von S. Goble (London). (Einsch.) — Literarische Rundschau: Kar Herwitz, Die Erlösung des Lebens. Von Lipschitz. Zeit- und Literaturkritik. Von G. E. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern stehen zur Verfügung.

Marktpreise von Berlin am 8. November 1911, nach Ermittlung des Amtlichen Preispräsidiums. Marktpreise (Kleinhandel), 100 Kilogramm Erdbeeren, gelbe, zum Kochen 35.00-50.00, weißer, 40.00-60.00, Linsen 40.00-50.00, Kartoffeln 7.00-10.00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1.60-2.40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1.20 bis 1.70, Schmeinefleisch 1.20-1.80, Kalbfleisch 1.50-2.40, Hammelfleisch 1.30-2.00, Butter 2.50-3.20, 60 Stück Eier 3.50-6.40, 1 Kilogramm Karotten 1.00-2.40, Kote 1.20-2.80, Bänder 1.40-3.60, Heide 1.10 bis 2.60, Barch 0.80-2.00, Schale 1.40-3.00, Biele 0.80-1.00, 60 Stück Äpfel 2.40-24.00.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 10. Novbr. 1911:
Anfang 12 Uhr.

R. Cyrenb. Einhorn-Maschine.
Anfang 7 Uhr.

R. Schauspielhaus. Die Räuber.
Anfang 7 1/2 Uhr.

R. Cyrenb. Einhorn-Maschine.
Deutsches. Kamlet.
Kleines. Kostüms-Geburtag.
Saverland. Spezialitäten.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubensprache 48/49.
Von Meran zum Orler.
Felling. Das weiße Land.
Stammerspiele. Gamin.
Neues R. Cyrenb. Theater. Romeo und Julia.
Berliner. Bummelstudenten.
Neues. Das Rädel von Montmartre.
Neues Schauspielhaus. Hans Sonnenwälder's Höllefahrt.
Reibung. Ein Walzer von Chopin.
Neues Operetten. Die moderne Eva.
Königliche Oper. Elbiren.
Königgräzer Straße. Hundstage.
Schiller O. Madame Sans-Gêne.
S. Charlottenburg. Don Carlos.
Friedr. Willb. Schauspielhaus.
Der Kaufmann von Venedig.
Neues Volkstheater. Das Vermächtnis.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Wesien. Die Dame in Rot.
Trianon. Mein Baby.
Zhalia. Bolnische Wirtschaft.
Luifen. Baronesse Claire.
Rose. Michael Kohlhaas.
Golino. Der selige Holschinsky.
Wintergarten. Spezialitäten.
Wissner. Spezialitäten.
Wagner. Spezialitäten.
Serravallo. Schmerzlose Behandlung.
Das Kind der Firma.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Voigt. Die Nacht der Arbeit.
Folies Caprice. Kobi Krach. Nr. 14.
Walhalla. Teufel, das hat einge-schlagen!
Hoad. Witterliebe.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Belle-Alliance. Der Sittenapostel.
Intimes. Der Brandstifter.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Kaiser-Panorama. Neul Hochgebirgskurs in Krol. Indlanerleben Sädamerikad.

Schiller-Theater O. Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Madame Sans-Gêne.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Madame Sans-Gêne.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zur Feier von Schillers Geburtstags:
Zum ersten Male:
Don Carlos.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.

Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.

Bummelstudenten.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Hundstage.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Rädel von Montmartre.
Gedichte: Fritz Hassary.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.
Neues königl. Opern-Theater.
Abends 8 Uhr:

Romeo u. Julia.
Gethian Bachner. Abonnen-Vorst.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die Dame in Rot.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Ein Walzer von Chopin.
Schwan in 3 Akt u. Récit u. Barré.
Für die deutsche Bühne bearbeitet von
Hollen-Baeder.
Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.
Friedrich-Wilhelmstadt.
Schauspielhaus.
Abends 8 Uhr:

Der Kaufmann von Venedig.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
8 Uhr:
Von Meran zum Orler.
Luifen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Baronesse Claire.
Belle-Alliance-Theater
Abendlich 8 1/2 Uhr:
Der Sittenapostel.
Sonabend 4 Uhr: Dornröschen.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Bei aufgehob. Abonnement
Michael Kohlhaas.
Anfang 8 Uhr.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Rotkäppchen. 8 Uhr: Kasernenluft.
Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von
Jul. Freund. Musik von B. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Das neue Programm.
Der Gipfel der Komik! U. a.:
Christienne u. Louise
holländische Duettisten.
Paul Jällich mit seinen Eigenen:
Rohrgergieren. Eine Wahlver-sammlung. Nur noch kurze Zeit:
Ein Abend in einem amerikanischen
Tingel Tangel.

Herrnfeld Theater
Noch nie dagewesener Lacherfolg!
Das Kind der Firma
mit Anton und Dana Herrfeld in den
Quadrillen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Morgen Sonabend:
Tubidum-Fest-Vorstellung!
Zum 100. Male:
Das Kind der Firma
und Schmerzlose Behandlung.

Königstadt-Kasino.
Gde Holzmarkt- u. Alexanderstraße
nahe Jannowitzbrücke.
Vom 1. bis 16. November.
abends 1/8 Uhr: Das Riesen-
Weihnachts-Programm.
Buntes Sommerreise
u. die erstklassigen Spezialitäten.
Sonntags 2 Vorstellungen: nach-
mittags 1/2 u. abends 1/7 Uhr.

Kreuzberg - Festsäle.
SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Koffmanns Sänger.
Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Vollpartout u. Vorzug-
karten gültig.
Nach der Vorstellung:
Drei Tanzkränzchen.
Jeden Mittwoch:
Gr. Frei-Tanz. Anf. 8 1/2 Uhr.
Für Vereine Sonabende noch zu ver-g.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße

Eis-Arena
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Abendlich: Das prächt-
volle Eis-Ballett in un-
übertrifflener Ausstattung
„Alpenzauber“.
Die kleine Charlotte
mit ihrer Novität:
„Der Lichtertanz“.
Einödshofer-Konzert.
Restaurant I. Rangos
Soupers a la Carte.
Ab 8 Uhr u. von 10 1/2 Uhr
abds. halbe Kasenpreise.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berliner Reichstagswahlkreis
Sonntag, den 12. November 1911: 206/10*
Stiftungs-Fest
in den Lokalen:
Mörners Festsäle, Koppenstr. 29
Konzert
angeführt vom **Wagner-Orchester**
unt. Leitung d. Kapellmstr. Hrn. H. Irrgang.
„Die Mühle im Schwarzwald“
im Original. — Mitwirkung des
„Berliner Humor-Quartetts“,
des Gesang-vereins „Sänger-Abteilung I Süd-Ost“
und Mitgliedern
des Turnvereins „Fichte“.
Tanz. Billett 25 Pf. Offene Kasse findet nicht statt. Eröffnung 4, Anfang 5 Uhr.
Billets sind bei den Bezirksführern sowie im Bureau, Stralauer Platz 1/2, zu haben.

Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21
Konzert
unter Leitung des Kapellmeisters Herrn
H. Leppe.
Mitwirkung des
Gesangvereins „Olympia“
sowie der
Liedersängerin Frl. Erna Freimark,
Hrn. Edgar Kanisch und Frl.
Gertrud Aslen-Kebler, Mitglied.
d. Deutschen Schauspielhauses, Düssel-
dorf, Hrn. Heiner Oesterheld, Mit-
glied beider Schiller-Theater, Berlin.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter
und verwandter Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin.
Sonabend, den 11. November 1911, in den
Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain
25. Stiftungs-Fest
verbunden mit
Kunst-Abend
unter Leitung des Herrn Richard vom Deutschen Theater,
außerdem:
Festrede o. Ball o. Kinematograph
Festpolonäse mit Gratisverteilung.
Konzertanfang 8 1/2 Uhr.
Eintrittskarte für Mitglieder 50 Pf., eine Dame frei. Gäste 50 Pf.
Das Komitee.
NB. Die Kollegen werden ersucht recht frühzeitig zu
erscheinen, da um 9 Uhr der Kunstteil beginnt und die Saal-
türen im Konzertsaal während dieser Zeit geschlossen bleiben.

SPORTPALAST
Potsdamer Str. 72
Letzte Woche: **Winzerfest**
mit Aufführung der **Winzerträume.**
Original-Revue
Kunstlaufproduktionen nur erster Sololäufer.
Meisterschaftsboxkampf. Doppelkonzert.
X Eintritt 1 M., bis 7 Uhr abends 50 Pf., Sperrkarte 2 M. X

Grösster Eispalast der Welt!
Brauerei Friedrichshain
Am Königstor. — Grösster Konzertsaal Berlins.
Heute abends: **Dritter**
Karl Heinzius-Abend.
Entree 50, reserviert 75 Pf.

Das
Volkshaus Charlottenburg
Rosinenstraße 3
bietet Vereinen und Gesellschaften drei Säle,
vier Kegelbahnen;
insbesondere einen kleinen Saal mit Bühne
für Hochzeiten und Familien-Festlichkeiten.
Guter Mittagstisch inklusive Bier 70 Pfennig.
Oskar Schade, Oekonom.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das beste Programm
der Berliner Variété-Saison!
Claire Waldoff
mit neuen Schlagern.
Menö
Telepat. Phänome.
The Black cats
engl. Backfisch-Ens.
und die 10 glänzenden
Variété-Nummern.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.

Passage-Panoptikum.
Die himmlischen
Zwillinge
zusammengewachsen.
Lebend zu sehen!
Ohne Extra-Entree.
Voigt-Theater.
Selbstbrunnen Badstraße 59.
Freitag, den 10. November 1911:
Die Macht
der Arbeit.
Komödie in 5 Akten von d. Handl.
Königsberg. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Union Theater
Heute letzter Tag
Die 4 Teufel.
Morgen
5 Premierien
Alexanderplatz
Unter den Linden
Wedding
Moritzplatz
Hasenheide
Asta Nielsen
gastiert in
Zigeunerblut.
Dramatische Pantomime in
3 Akten.



Ansstellung Nordland
Kurfürstendamm 151
nahe Bahnhof Halensee und Char-
lottenburg.
Geöffnet ab 10 Uhr vorm.
125 Polarbewohner
bei Arbeit, Sport und Spiel.
Reantierherde, Polarbären.
Eintritt für Ausstellungen 50 Pf.
Verführungen:
Wochentags 4 1/2, 6 1/2, 9 Uhr.
Letzte Hauptvorführung abends 9 Uhr.
Eintrittspreis 30 Pf.

Zirkus Schumann
A. Schumann
Freitag, den 10. November,
abends 8 Uhr,
keine Vorstellung, sondern
Die Orestie.
Aufführung des Deutsch. Theater.
Morgen Sonabend 7 1/2 Uhr
abends: **Soirée High-Life**
mit ausserwähltem Programm
u. neuen Spezialität. 9 1/2 Uhr:
1000 Jahre
auf dem **Meeresgrund**
Morgen Sonntag,
3 1/2 Uhr nachm. u. abends 7 1/2
in beiden Vorstellungen
auf vielseitiges Verlangen
ungekürzte
Aufführung der großen Fesce
in 5 Bildern
1000 Jahre auf dem
Meeresgrund.

Zirkus Busch
Heute abend 7 1/2 Uhr:
Die größte Sensation d. Neuzeit!
Pignolm. seinem tollkühnen
Todessprung.
Auf vielseitigen Wunsch z. 2. Male:
Prolongiert
Max, Moritz und Pepl,
die drei Menschenaffen
Neu! Finlay-Trio. Herr Ernst
Schumann, Nendressuren.
Frl. Anna Stennis, Schulleiterin.
Geschwister Blumenfeld, Reok
zu Pferde. Clown Petersen,
Moris und Vincent,
Origin.-
Aus-
stattungs-
stück des
Zirkus
Busch
in
5 Bildern.

Casino-Theater
Lotzbringer Str. 57. Täglich 8 Uhr
Trotz des enormen Andranges
Besten Monat
Berliner Kassen-Schlager
Der selige Holschinsky.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Ein Weib a. d. Volke.

Moats Theater.
Direktion: Robert Hill.
Berlin N., Brunnenstraße 15.
Gastspiel im Moabiter Winter-
garten, früher
Artushof, Berleberger Str. 23.
Winterliebe.
Rändl. Lebensbild mit Gef. in 5 Akten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Freitag.

Castans Panoptikum.
Corso-Varieté.
Friedrichstr. 165.
Heitere Künstler-Abende.
12 Attraktionen 12
U. a.:
Das urkom. Zwerginnen-Duett.
Entree 50 Pf.

Volks-Theater.
Rigdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 12. Nov.: Am russischen
Kerker. Schauspiel in 4 Akten
von Karl Delmit.
Montag, 13. Nov.: Ein gefallenes
Mädchen. Schauspiel in 3 Akten
von H. D. Grier.

Nathan Wand
129 Stalher Str. 129.
Die schönsten
Herren-Winter-Paletots u. Ulster
und Anzüge in neu
erfundenen, auf Seide gearbeitete
Garbe, von 4672 L.
Kavaliere getragen,
soll neu, für jede Figur passend,
speziell nach Maß angefertigt sind in
großer Auswahl stets zu handend
billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalher Str. 129.
Schuhstation Stettiner Str.
Bitte im eigenen Interesse auf
Hausnummer zu achten.

Seal
von 9.50 an, Persischer mit
von 6.50 an, für eleg. Damen-
Paletots.
Zuchlager Koch & Seelad G. m. b. H.,
Gertraudenstr. 20-21, Berlin.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.



Leineweber

Königscher Fischmarkt 4, 5, 6, gegenüber der Breite Straße

Für jede Körperform passend!

Anzüge ≡ Ulster ≡ Paletots

25 28 32 36 39 42 48 54 60 68 75 Mark

Für Knaben und Jünglinge:

10 12 15 18 21 25 28 32 36 40 45 Mark

Meine Fabrikate, in eigenen Betriebswerkstätten gediegen verarbeitet, sind preiswert und unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit.

Moderner Schnitt ≡ Grosse Auswahl ≡ Billige Preise



Auf der höchsten Stufe

steht der OXO Bouillon-Würfel der C^s LIEBIG.

Wo es sich um Verbesserung von Suppen, Saucen, Gemüsen usw. handelt, empfiehlt sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extrakt, welches den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Möbelhaus Max Prenzlauer & Schönhauser-Allee 6-7, am Schönhauser Tor

Eröffnung

der neuen Geschäftsräume am

Sonnabend den 11-11-11-11 Uhr

Besichtigung erbeten

Die dunkelste Ecke

wird taghell,

wenn Sie auf Ihrer Lampe

Urania-Salonoel

brennen.

Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte

Urania-Salonoel

(der Name ist gesetzlich geschützt)

zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.

Nur der volle Name

Urania-Salonoel

bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische

Sicherheits-Petroleum

zu erhalten.

215/5*

Urania-Salonoel

bietet größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft. Keine Verwechslung mit österreichischem (galizischem) Petroleum.

Nebstehendes Plakat bezeichnet die Verkaufsstellen.



Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.



No. 57 Maloja operas 5 Pfg.
No. 61 Maloja camellias 6 Pfg.
No. 91 Maloja bouquets 7 Pfg.
No. 24 Maloja eminentes 8 Pfg.
No. 163 Mal. aromatics 10 Pfg.

J. Neumann Cigarren-Fabriken

Ueber 200 Niederlagen in Deutschland!

Neu eingeführt!

Fehlfarben-Sortimente

Jeder Buntel enthält eine Mischung besonders preiswerter Fehlfarben.
Fehlfarben-Sortiment Fortuna 10 Stück 60 Pfg.
Fehlfarben-Sortiment Hanna 10 Stück 75 Pfg.
Fehlfarben-Sortiment Excelsior 10 Stück 1.00 M.

Möbel-Angebot.

Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen (sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Zahlungen. Einlagen unter Postlagerkarte 35, Postamt 103.

Kein Abzahlungsgeschäft.

14615*

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose

Herkules

tragen.

Unerreichte Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf.



Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte, stark Gummischwamm-Polsterung.

Schwere Leder-Pilot-Laschen.

Größe dieser Hosen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe 4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 30-32 — Brückenstr. 27
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 10.
Haupt-Katalog gratis und franko

Nachdr. verboten.
Zigarren-W. Herbst Fabriken

gegr. 1892. — Tel.: IV, 3573.
BERLIN SW., Ritterstr. 53
Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen.
Tarifarbeit.